



universität
wien

Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

**„Kann man in Slowenien über eine Krise der
repräsentativen Demokratie sprechen?“**

Verfasserin

Julija Golob

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2012

Studienkennzahl lt. Studienblatt
Studienrichtung lt. Studienblatt
Betreuer:

A 300
Politikwissenschaft
Univ.- Prof. Dr. Dieter Segert

Danksagung

Diese Diplomarbeit widme ich all jenen, die mich durch mein Studium unterstützt und begleitet haben!

Meinen Eltern Marija und Ignac möchte ich für ihre liebevolle Unterstützung und Ratschläge herzlich danken! Danken möchte ich auch meinen zwei Brüdern Peter und Danijel, die mir stets mit Rat und Tat zur Seite standen, und meinem Schwesterherz Karina für ihr Vertrauen, ihre verständnisvolle Unterstützung und Motivation.

Auf diesem Wege möchte ich besonders meinem Freund Simon danken, der mich mit viel Liebe, Unterstützung und Geduld durch die gesamte Studienzeit begleitet hat! Danke auch seinen Eltern Julij und Olga für Ihre Unterstützung.

Ohne meine vielen Freunde wäre meine Studienzeit nicht so schön gewesen, wie sie es war! Vielen Dank, dass ihr Teil meines Lebens seid!

Besonders bedanken möchte ich mich bei unserer Familien-Freundin Veronika Unfrieds, die mit viel Interesse das Entstehen dieser Arbeit verfolgt hat und mir mit der Verbesserung meiner Rechtschreibung sehr geholfen hat.

Nicht zuletzt möchte ich mich herzlich beim Herrn Univ. Prof. Dr. Dieter Segert bedanken, der meine Diplomarbeit betreut hat und trotz seiner zahlreichen Verpflichtungen immer hilfreich war.

Inhaltsverzeichnis

Danksagung	3
Inhaltsverzeichnis	5
Abbildungsverzeichnis	7
Tabellenverzeichnis	9
1. Einleitung	11
2. Methode	15
3. Theoretische Begriffe und Konzepte	17
3.1. Das Konzept der Demokratie	17
3.2. Direkte Demokratie	18
3.3. Repräsentative Demokratie	21
3.4. Demokratie auf dem Prüfstand	25
3.5. Krise der repräsentativen Demokratie	26
4. Internationale Demokratieindizes zur Demokratie in Slowenien	31
4.1. The Economist intelligence Unit`s Index of Democracy	32
4.2. Freedom House Index:	35
5. Untersuchung über den Zustand der repräsentativen Demokratie Sloweniens	41
5.1. Politisches System Sloweniens seit dem Jahr 1990	42
5.2. Instrumente der direkten Demokratie in Slowenien auf nationaler Ebene	47
5.3. Parteiensystem in Slowenien	53
5.3.1. Polarisierung der Parteien und deren ideologischer Konflikt in Slowenien	61
5.3.2. Populismus in Slowenien	71
5.3.3. Die Schwierigkeiten der letzten Regierung in der Mandatsperiode von 2008 bis 2011	89
5.3.4. Die Vorwahlen im Dezember 2011 und die Probleme der Koalitionsbildung	92
5.4. Wählervolatilität	95
5.5. Zivilgesellschaft und die Partizipationsbereitschaft	100
5.5.1. Zivilgesellschaft in Slowenien	101
5.5.2. Nichtregierungsorganisationen und Zivilgesellschaftlicher Organisationen in Slowenien	104
5.6. Vermittlungsprozesse zwischen der Bevölkerung und dem Staat; die Rolle der Gewerkschaften und Interessenvertreter	108

5.7.	Die Praxis der Direkten Demokratie in Slowenien	115
5.7.1.	Unabhängigkeitsreferendum 1990.....	116
5.7.2.	Volksinitiativen	117
5.7.3.	Konsultatives Referendum	118
5.7.4.	Das gesetzgebende Referendum.....	118
5.7.5.	Themen, Modi und Abstimmungsbeteiligung bei den nationalen Referenden in Slowenien.....	119
5.7.6.	Gesetzesreferendum über die Ladenöffnungszeiten an Sonntagen.....	120
5.8.	Die politische Kultur in Slowenien.....	122
5.8.1.	Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie	124
5.8.2.	Vertrauen in die politischen Institutionen	128
6.	Resümee	131
7.	Bibliographie	137
Abstract		151
Curriculum Vitae		152

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Die wichtigste slowenische politische Parteien in den Post-Sozialistischen Zeit..	59
Abbildung 2: Die Unterstützung der Politiker, die seit 20 Jahren in der Politik tätig sind.....	71
Abbildung 3: Typen der Zivilgesellschaftlicher Organisationen.....	106
Abbildung 4: Civil Society Diamond.....	107
Abbildung 5: Buttom-up Ansatz.....	115
Abbildung 6: Demokratieunzufriedenheit in Slowenien im Jahr 2010 und 2011.....	127
Abbildung 7: Demokratieunzufriedenheit in Slowenien von 1996 bis 2011.....	128
Abbildung 8: Unterstützung des Referendums.....	128
Abbildung 9: Unzufriedenheit mit der Lage in Slowenien und mit der Demokratie.....	129
Abbildung 10: Vertrauen in die zentralen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen.....	130

Tabellenverzeichnis:

Tabelle 1: Das Ergebnis der Parlamentswahlen 2011.....	93
Tabelle 2: Parlamentswahlen 2011.....	95
Tabelle 3: Fragmentierung der Parteiensysteme der EU Beitrittsländer 2004.....	99
Tabelle 4: Wählervolatilität nach Powell/Tucker.....	101
Tabelle 5: Volksabstimmungen in Slowenien seit 1990 bis 2011.....	121
Tabelle 6: Vertrauen in die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen 1994-2004.....	131
Tabelle 7: Vertrauen in die nationale Regierung im Vergleich zu 27 EU Staaten.....	132

1. Einleitung

Das Jahr 2011 war für die slowenische Politik ein politisch instabiles Jahr. Ein allmählicher Niedergang der Mitte-links-Regierung, eine politische Wende nach den Vorwahlen im Dezember 2011 und die darauf folgenden Probleme bei der Koalitionsbildung des neu gewählten Mandatars haben das Jahr gekennzeichnet. Das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen und in die Demokratie haben ihre niedrigsten Werte erreicht und vier Gesetzesvorschläge, über die die Bevölkerung mit einem Gesetzesreferendum abgestimmt hat, wurden von der Bevölkerung abgelehnt. Es scheint, als seien die slowenische Politik und folglich auch ihre Zivilgesellschaft mehr als je von ihrer Polarisierung betroffen.

In meiner Diplomarbeit untersuche ich die Qualität der repräsentativen Demokratie in Slowenien. Meine Forschungsfrage lautet: *„Kann man in Slowenien über eine Krise der repräsentativen Demokratie sprechen?“* Um diese Frage zu beantworten, muss man die slowenische repräsentative Demokratie genauer betrachten und die möglichen Ursachen einer Krise analysieren. Die daraus gewonnen Erkenntnisse sollen meine Hauptforschungsfrage beantworten. In dem Zusammenhang wird im Besonderen auf die möglichen Ursachen und die Auslöser einer Krise der repräsentativen Demokratie eingegangen.

Im ersten Teil meiner Diplomarbeit beschäftige ich mich mit der Demokratietheorie, um bestimmen zu können, was unter Demokratie ganz allgemein und ihren beiden Formen, der direkten und der repräsentativen Demokratie, verstanden wird. Ich versuche zu definieren, was eine Krise der repräsentativen Demokratie ist und welche Faktoren sie beeinflussen. Der Begriff der Demokratie wird aus der politikwissenschaftlichen Perspektive betrachtet.

Es stellt sich die Frage, wie „gut“ entwickelt die Demokratie in Slowenien ist bzw. wie die „Qualität“ der Demokratie einzustufen ist. Anhand des slowenischen politischen Systems wird die Frage nach der Demokratiequalität gestellt und mit welchen Problemen sich diese auseinandersetzt. In Kapitel 4 versuche ich anhand zweier Demokratieindizes darzustellen, wie der Zustand und die Qualität der Demokratie Sloweniens eingeschätzt werden. Ich habe die Demokratieindizes von „The Economist Intelligence Unit's Democracy Index“ und die von

„Freedom House Index“ ausgewählt um darzustellen, wie die Demokratie in Slowenien von Außenstehenden betrachtet wird.

Im fünften Kapitel der Arbeit folgt dann auf Grundlage der Auswertung politikwissenschaftlicher Einschätzungen und von Umfragedaten eine Analyse des Zustands der repräsentativen Demokratie in diesem Land. Um zu den Ergebnissen zu kommen, müssen die möglichen Ursachen und Auslöser einer Krise der repräsentativen Demokratie in Slowenien analysiert werden. In dem ersten Teil wird ein Überblick über das politische System in Slowenien gegeben um darzustellen, wie die politischen Institutionen miteinander verbunden sind. Die Legislative, Exekutive und Judikative in Slowenien werden kurz beschrieben. Im Falle einer Krise der repräsentativen Demokratie wird immer wieder ein Mehr an direkter Demokratie gefordert. Daher untersuche ich die Möglichkeit einer direkten Demokratie in Slowenien und frage mich, ob die direkte Demokratie die slowenische repräsentative Demokratie ergänzt oder ob sie eher eine Alternative zu ihr darstellt. Über diese und weitere Fragen soll die Arbeit Auskunft geben.

Als Bindeglied zwischen der Gesellschaft und dem Staat haben die Parteien eine wichtige Funktion bei der Repräsentation gesellschaftlicher Interessen. Die politischen Parteien werden in dem repräsentativen politischen Modell als *„Äquivalente der direkten Demokratie im modernen Flächenstaat“* bezeichnet. In dem Zusammenhang wird das Parteiensystem Sloweniens untersucht und die wichtigsten Parteien werden beschrieben.

Für eine gut funktionierende repräsentative Demokratie sind sowohl das Verhalten der Elite als auch das Verhalten der Zivilgesellschaft und deren Interessenvertretung von großer Bedeutung. In dieser Arbeit geht es um die Auswirkungen von deren Handlungen auf die Stabilität der repräsentativen Demokratie in Slowenien. Es wird auf die Problembereiche der repräsentativen Demokratie in Slowenien eingegangen und vor allem diejenigen Bereiche werden erörtert, die nach meiner Ansicht Schwächen aufweisen und die einen möglichen Einfluss auf die repräsentative Demokratie haben. In diesem Zusammenhang betrachte ich die Polarisierung der Elite und deren ideologischen Konflikt in Slowenien. Auf ihre entstehungsgeschichtliche Entwicklung wird eingegangen.

Im Rahmen der Untersuchung vom populistischen Phänomen frage ich mich, ob es in Slowenien Parteien gibt, die im wissenschaftlichen Sprachgebrauch als populistisch klassifiziert werden und welchen Einfluss sie auf den politischen Diskurs in Slowenien haben können. Im Falle Sloweniens sehe ich mir die Slowenische Nationale Partei genauer an, die von Zmago Jelinčič als eine Ein-

Mann-Partei geführt wird. Zunächst werden die verschiedenen Definitionsmöglichkeiten von Populismus dargestellt und die möglichen ideologischen Inhalte und auch die populistische Rhetorik der erwähnten Partei werden untersucht. Ich versuche zu erklären, wie das Verhältnis der Polarisierung zwischen den Parteien und dem Populismus zur repräsentativen Demokratie ist. Die Schwierigkeiten der letzten Regierung in der Mandatsperiode von 2008 bis 2011 und die Probleme der Koalitionsbildung nach den letzten Wahlen im Dezember 2011 beziehe ich in meine Analyse mit ein, weil diese meiner Meinung nach eine Folge der starken Polarisierung innerhalb der Elite sind.

Einer der Indikatoren, anhand deren man feststellen kann wie ein Parteiensystem konsolidiert ist, ist die Wählervolatilität. Die Wählervolatilität in Slowenien wird untersucht. Ich versuche zu erklären, ob die stark schwankenden Wahlergebnisse die Parteienqualität und die Stabilität beeinflussen. Daraufhin erläutere ich sowohl die positiven als auch die negativen Folgen der höheren Wählervolatilität.

Die Rolle der Zivilgesellschaft ist in einer repräsentativen Demokratie sehr wichtig, denn eine lebendige Zivilgesellschaft ist für eine nachhaltige Demokratie unerlässlich. In diesem Zusammenhang will ich wissen, welche Stellung die Zivilgesellschaft in der slowenischen Demokratie tatsächlich einnimmt und wie partizipativ sie ist. Ich betrachte die Vertretung der Zivilgesellschaft in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Institutionen, Nichtregierungsorganisationen und in den Gewerkschaften, um die Vermittlungsprozesse zwischen der Bevölkerung und dem Staat zu untersuchen.

Schlussendlich interessiert mich auch, wie und wie häufig die direkte Demokratie im Lande praktiziert wird, und welche Stellung die Bevölkerung und die Parteien dabei einnehmen. In diesem Zusammenhang versuche ich die Frage zu beantworten, warum die Bevölkerung eine Distanz gegenüber dem direktdemokratischen Instrumentarium zeigt und auch, welchen Einfluss die slowenischen Parteien darauf haben.

Jede repräsentative Demokratie sollte von der Bevölkerung getragen und unterstützt werden. Eine Demokratie ist mehr als nur die Summe ihrer Institutionen und für ihre Legitimität, für ihr Funktionieren und ihre Nachhaltigkeit ist eine bestimmte politische Kultur notwendig. In dieser Arbeit wird die politische Kultur in Slowenien untersucht. Dabei sehe ich mir das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen und in die Demokratie anhand von

Umfrageergebnissen an. Die Daten habe ich von einem slowenischen Meinungsforschungsinstitut bekommen.

Abschließend fasse ich die Ergebnisse der Analyse und die Antworten auf meine Forschungsfragen zusammen. Ich versuche die zentrale Fragestellung zu beantworten, ob man in Slowenien über eine Krise der repräsentativen Demokratie sprechen kann. Die Entstehungsursachen und die Hintergründe der aktuellen politischen Schwierigkeiten werden dargestellt. Dabei versuche ich zu zeigen, welchen Einfluss die Elite und auch die Zivilgesellschaft auf die repräsentative Demokratie in Slowenien haben.

2. Methode

Meine methodische Herangehensweise basiert hauptsächlich auf einem empirisch-analytischen Ansatz. Dabei gehe ich deduktiv an das Thema heran. Eine generalisierte Annahme wird aufgestellt, die operationalisiert und in ihren überprüfbaren Bestandteilen untersucht wird. Ich habe mit der Literatur in slowenischer, englischer und deutscher Sprache gearbeitet. Im Rahmen eines Forschungsaufenthaltes in Slowenien habe ich nach relevanten Publikationen slowenischer Autoren gesucht. Die zitierte slowenische Literatur habe ich in die deutsche Sprache übersetzt.

Die Grundlage bilden Publikationen, die sich mit dem zu untersuchenden Thema beschäftigen. Wissenschaftliche Texte, die sich mit osteuropäischen Ländern beschäftigen, speziell auch mit Slowenien, wurden ausgewertet. In Bezug auf die Untersuchung der Möglichkeiten der direkten Demokratie in Slowenien habe ich auch mit slowenischen primären Quellen gearbeitet. Außerdem wurden die Daten von zwei Demokratieindices „The Economist Intelligence Unit's Index of Democracy“ und der „Freedom House Index“ zu Slowenien analysiert. Umfragedaten von Eurobarometer und dem slowenischen Meinungsforschungsinstitut „Politbarometer“ wurden in meine Arbeit integriert. Zum Zweck einer Analyse der Demokratiequalität habe ich politikwissenschaftliche Analysen der Parlamentswahlen von 2008 und 2011, der Wählervolatilität in Slowenien und des Vertrauens in die Institutionen herangezogen.

In Bezug auf die Untersuchung der Meinungen von slowenischen Wissenschaftlern zur ausgewählten Themen, habe ich sowohl auf Beiträge in wissenschaftlichen Zeitschriften als auch auf Artikel in Zeitungen zurückgegriffen. Grafiken und Berichte der Meinungsforschungsinstitute habe ich im Rahmen meiner Analyse verwendet, um den Willen der slowenischen Bevölkerung darzustellen.

3. Theoretische Begriffe und Konzepte

3.1. Das Konzept der Demokratie

Die Konstituierung von Demokratie ist an verschiedene aus Erfahrungen gewonnene Voraussetzungen und Bedingungen geknüpft, denen die Prämisse vorangestellt ist, dass alle politischen Institutionen und Prozesse historischen und regional-kulturellen Kontexten zuzuordnen sind.¹

Es gibt verschiedene Definitionen von Demokratie, hinter denen unterschiedliche Konzepte stehen. Charles Tilly versucht zu erklären, was eine Demokratie ist und wie man entscheiden kann, ob bestimmte Staaten sich als Demokratie qualifizieren und warum das von Bedeutung ist. Er geht davon aus, dass es verschiedene Arten von Demokratie gibt. Er unterscheidet die folgenden vier: die konstitutionelle Demokratie (constitutional), die substantielle (substantive), die prozedurale (procedural) und die prozessorientierte (process-oriented) Demokratie.²

Die **konstitutionelle Demokratie** umfasst verschiedene Typen von Regierungssystemen: die Oligarchien, die Monarchien, die Republiken und andere. Die **substantielle Demokratie** fokussiert sich auf den Zustand der Politik und des Lebens der Bevölkerung, wobei die individuellen Rechte, die soziale Gleichheit und Sicherheit, die öffentliche Beratung und die konsensorientierte Herangehensweise von Politik untersucht werden. Die **prozedurale Definition** von Demokratie untersucht, wie die Politik in einem Staat praktiziert wird, wie sich das System legitimiert; der Fokus wird auf die Wahlen und die Möglichkeit der Mobilisierung der Zivilbevölkerung gelegt. Bei der **prozeduralen Definition** erklärt man die Wege und die Möglichkeiten, wie sich ein Regime als Demokratie qualifizieren kann.

Und schließlich wird auch die **prozessorientierte Demokratie** beschrieben, deren Definition sich von den anderen wesentlich unterscheidet. Tilly erklärt sie anhand der fünf prozessorientierten Kriterien von Robert Dahl. Zum Ersten ist eine effektive Partizipation wichtig, zum Zweiten Wahlgerechtigkeit, zum Dritten aufgeklärtes Verständnis (Enlightened understanding), zum Vierten Kontrolle der Agenda und zuletzt die Inklusion der Erwachsenen. Dahl geht davon aus, dass die Demokratie verschiedene Bedingungen und Rechte hat, die aber nicht in allen Staaten,

¹Berg-Schlosser, 1999, S. 57 zit. nach: Ewert, 2007, S.21.

²Tilly, 2007, S. 7.

die sich als demokratisch bezeichnen, dieselben sind oder im gleichen Maße durchgeführt werden.³

Die Demokratie sollte die Selbstentfaltungs- und Selbstbestimmungschancen maximieren und nicht nur die präpolitischen oder politikintern geformten Präferenzen aggregieren. *„Demokratie arbeitet an der Selbstbestimmung der Menschheit“*, heißt es in Jürgen Habermas Einleitung zur berühmten Studie *„Student und Politik“*, und *„erst wenn diese wirklich ist, ist jene wahr. Politische Beteiligung wird dann mit Selbstbestimmung identisch sein“*⁴ Ergänzend betont Meyer, dass *„die Demokratie ohne Zweifel eine der bedeutendsten Zivilisationsleistungen der Menschheit ist.“*⁵

3.2. Direkte Demokratie

*„Direkte Demokratie ist eine unmittelbare Herrschaft des Volkes ohne Zwischenschaltung repräsentativer Instanzen mit eigenen oder vermittelten Machtkompetenzen.“*⁶

Die athenische Staatsform wird als Urform der direkten Demokratie angesehen. *„Die Demokratie im Staat der Athener ist die Verfassung und die Verfassungswirklichkeit der quantitativen Gleichheit, der Freiheit und der Souveränität des Demos in der Legislative, Exekutive und Judikative.“*⁷

In den aktuellen politikwissenschaftlichen Debatten fragt man sich ständig, ob demokratische Systeme eher repräsentativdemokratisch oder direktdemokratisch sein sollen. Die Frage ist etwa so alt wie der Begriff der repräsentativen Demokratie selbst. Die Praxis zeigt, dass es sämtliche Variationsmöglichkeiten geben kann. Es kann eine repräsentative Demokratie mit direktdemokratischen Elementen existieren oder aber jede Form von Demokratie kann für sich alleine stehen.

Seit der Antike bis in das neunzehnte Jahrhundert war eine Demokratie gleichbedeutend mit direkter Demokratie. Ermessensspielräume ergeben sich jedoch schon bei den grundlegenden

³Vgl. Tilly, 2007, S. 9.

⁴ Habermas, 1969, S. 15. In: Schmidt, 2008, S.241.

⁵ Meyer, 2009, S. 14.

⁶ Meerkamp, 2011, S. 30.

⁷ Ebenda.

Fragen, wo ganz konkret die Grenzlinie zwischen den unterschiedlichen Grundrechten verläuft und wie stark die Betroffenen an der Erörterung und der politischen Entscheidung beteiligt sein müssen, damit die demokratischen Normen erfüllt werden.⁸

Die direkte Demokratie ist als integraler Bestandteil der politischen Gesamtsysteme zu betrachten, bei denen ihre institutionellen Verfahren auf ideale Weise mit den Institutionen der repräsentativen Demokratie verwoben sind und somit eine Systemergänzung darstellen.⁹

„Die Freiheit des Menschen ist den direkten Demokratien ein Kernanliegen. Ein Bürger könne nicht frei sein, wenn er Gesetzen unterworfen ist, denen er nicht zugestimmt hat.“¹⁰

Damit wird betont, dass die Bürger Gesetze beschließen sollten mit denen sie sich dann selbst binden. Dies wäre eine absolute Volkssouveränität, bei der die Herrschenden und die Beherrschten zu einer gemeinsamen Identität verschmelzen. Jedoch hat sich keine einzige Direktdemokratie in der heutigen globalisierten und schnelllebigen Gesellschaft entwickelt. Selbst die Schweiz, die als ein Musterland der direkten Demokratie mit starken Rechten für die Bevölkerung gilt, kann ohne repräsentative Organe nicht funktionieren.¹¹

Beide demokratiepolitischen Konzepte der direkten und der repräsentativen Demokratie spielen in der neuen Geschichte der Demokratie eine entscheidende Rolle. Direkte Demokratie als geschlossenes System ist eigentlich keine praktikable Alternative zur liberalen repräsentativen Demokratie. Jedoch besteht die Möglichkeit einer gut funktionierenden Kombination zwischen den beiden demokratischen Systemen. Dabei sind die Bedeutung und die Rolle der Zivilgesellschaft sehr wichtig und sollten in dem globalisierten Zeitalter aufs Neue entdeckt werden.¹²

Durch die verschiedenen Formen der direkten Demokratie wirkt das Volk unmittelbar an der Gesetzgebung mit und übernimmt mit der Wahl eine Mitverantwortung bei der Politikgestaltung. Aber auch repräsentative Demokratien können Elemente in ihrer Verfassung haben, die das Volk enger in die politischen Entscheidungen einbindet. In diesem Fall also ist die direkte Demokratie kein Gegensatz zur repräsentativen Demokratie, sondern kann vielmehr als

⁸ Vgl. Meyer, 2009, S. 80.

⁹ Vgl. Schiller, 1999, S. 28, zit. nach: Ewert, 2007, S. 21.

¹⁰ Meerkamp, 2011, S. 30f.

¹¹ Vgl. Ebenda, S. 31.

¹² Vgl. Meyer, 2009, S. 80f.

eine Ergänzung betrachtet werden, um eine unmittelbare Kommunikation zwischen dem Volk und der Volksvertretung herzustellen.¹³

Eine direkte Demokratie kann aber auch die Entscheidungsspielräume des Parlaments einschränken, indem sie die Repräsentativorgane an den Willen des Volkes bindet.¹⁴ Dabei zeigen sich auch negative Effekte der direkten Demokratie. Bei Referenden und Volksinitiativen kann es dazu kommen, dass sich vor allem die besonders gut organisierten oder finanzkräftigen Interessen durchsetzen können.¹⁵ Dadurch können Entscheidungen, die direktdemokratisch getroffen wurden, sich als wirtschaftsfeindlich erweisen. Ein weiterer negativer Aspekt ist, dass die direkte Demokratie für einen Staat sehr teuer ist und die Bevölkerung über Themen entscheidet, die sachlich schwer zu verstehen sind. Falsche Entscheidungen könnten getroffen werden. Oder wie im Falle Sloweniens zu erkennen ist, werden die Instrumente der direkten Demokratie von den Parteien als ein machtpolitisches Instrument zur Bloßstellung des politischen Gegners benutzt.

¹³ Vgl. Brenneis, 2009, S. 154.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ Vgl. Meyer, 2009, S. 89.

3.3. Repräsentative Demokratie

Das Prinzip der Repräsentation hat seit der Entwicklung der großflächigen Nationalstaaten im neunzehnten Jahrhundert an Bedeutung gewonnen. Es sind technische und organisatorische Gründe, die es für ein großes Gebiet mit zunehmender Bevölkerung kaum möglich machen, diese Form der direkten Demokratie anzuwenden. Um die autokratischen Herrschaftsverhältnisse zu beenden, sollten die neu entstehenden Nationalstaaten demokratisiert werden, ohne zunächst festzulegen, ob direktdemokratisch oder repräsentativ. Das Prinzip der Repräsentation erwies sich dann als die bestmögliche Annäherung an die demokratischen Normen im Rahmen eines Nationalstaates im Verlauf des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts.¹⁶

John Stuart Mill bevorzugte ein Regierungssystem, das möglichst viele Bürger an der Willensbildung und der Entscheidung bei öffentlichen Angelegenheiten beteiligt, sofern sie fähig sind, sich ein autonomes, informiertes und gemeinwohlorientiertes Urteil zu bilden. Da aber in jedem Gemeinwesen der Großteil der Bürgerschaft nur an wenigen Entscheidungen über öffentliche Angelegenheiten persönlich mitwirken kann, folgt daraus, dass für eine gute Regierungsform nur eine Repräsentativverfassung in Frage kommt.¹⁷ Die repräsentative Demokratie hat die Fiktion der homogenen Bevölkerung (Demos) aus der Antike aufgegeben. Das Prinzip der Repräsentation wird wie folgt erklärt:

„Die Bürger wählen ohne Einschränkung auf der Basis des gleichen Wahlrechts in periodischen Abständen ihre Repräsentanten in die politischen Entscheidungsgremien wie Parlamente, die dann in Namen aller im Lichte der Öffentlichkeit beraten und verbindlich entscheiden.“¹⁸

In verschiedenartigen Formen können direktdemokratische Elemente in den Kern der modernen repräsentativen Demokratie eingebettet werden, da das Prinzip der demokratischen Repräsentation selbst auf höchst unterschiedliche Weise verstanden und begründet werden kann. Dabei steht die repräsentative Demokratie der direkten Demokratie diametral gegenüber. Die unterschiedlichen Interessen werden durch die Vertreter des Volkes repräsentiert.

¹⁶ Vgl. Meyer, 2009, S. 83.

¹⁷ Vgl. Mill, 1958, S. 55, zitiert nach: Schmidt, 2008, S. 134.

¹⁸ Meyer, 2009, S. 83.

Die gewählten Institutionen verpflichten sich, Folgendes durch ihre Repräsentanten zu garantieren: das prozedurale Verfahren wie die periodischen Wahlen für die Legislativkandidaten, die Wahlen mit geheimer Abstimmung, die Existenz von kompetitiven politischen Parteien, das Recht zur öffentlichen Versammlung und die Pressefreiheit.¹⁹ Daher ist es in einer repräsentativen Demokratie wichtig, kompetente Repräsentanten auszuwählen und zu fördern.

In dem früheren Stadium des politischen Repräsentationsdenkens spielten die Parteien noch keine anerkannte Rolle, aber im Verlaufe des neunzehnten Jahrhunderts erfolgte der Übergang vom liberalen Honoratiorenparlament zum demokratischen Parteienparlament. Die Gruppierungen vertraten sehr unterschiedliche Interessen, abhängig von sektoralen oder regionalen Wirtschaftsinteressen. So formierten sich Gruppierungen, die unter dem Namen „Parteien“ eine bestimmte politische Richtung symbolisierten und organisierten sich nach klar abgegrenzten politischen Interessengemeinschaften.²⁰

Die Wahl einer Partei mit einem Parteiprogramm ist ein Auftrag der Wähler, dieses zu verwirklichen. Das Wahlprogramm politischer Parteien kann in diesem Sinne als eine Art Vertrag zwischen Wählern und gewählten Parteivertretern verstanden werden, der die Übereinstimmung einer Reihe von Interessen, Zielen und politischen Maßnahmen festlegt.²¹ Die Repräsentanten haben die Aufgabe zu diskutieren, abzuwägen und dann politisch tätig zu werden. Sie müssen die staatlichen Ausgaben kontrollieren, sich um die Innen- und Außenpolitik kümmern und Regierungsverfahren überwachen. Die Repräsentanten sind verpflichtet, ihre Wähler zu repräsentieren und bei den Institutionen der Regierung und der Bürokratie deren Interessen zu vertreten.²² Auch Meyer beschreibt die Rolle der Parteien in einem politischen System. Parteien sind Organe, die durch ihre Repräsentation ganz bestimmte Interessen und Werte der Gesellschaft vertreten. Die Repräsentativität der Parteien wird daran gemessen wie vielfältig sie die gesellschaftlichen Interessen und Werte in ihrer Unterschiedlichkeit zum Ausdruck bringen. Die politischen Parteien in dem repräsentativen politischen Modell werden als „Äquivalente der direkten Demokratie im modernen Flächenstaat“ bezeichnet.²³

¹⁹ Vgl. Alonso/ Keane/ Merkel, 2011, S. 1.

²⁰ Vgl. Meyer, 2009, S. 85.

²¹ Ebenda.

²² Vgl. Alonso/Keane/ Merkel, 2011, S. 3.

²³ Leibholz, zit. nach: Meyer, 2009, S. 85.

In der politischen Öffentlichkeit wird heutzutage die Übereinstimmung zwischen dem politischen Willen der Gesellschaft und dem Handeln der Parteien kritisch beleuchtet. Die Qualität der demokratischen Institutionen misst sich nämlich nicht nur an dem organisierten System oder der Beteiligungsmöglichkeit der Bevölkerung an allen wichtigen Entscheidungen, sondern auch an deren Nachhaltigkeit. Damit werden die Stabilität und Effektivität der Institutionen geprüft. Daher erweist sich die Frage der günstigsten Kombination unterschiedlicher repräsentativer Organisationselemente und direkter Entscheidungsbeteiligung letztlich immer als eine pragmatische Frage, die von der politischen Kultur und von der Entwicklungssituation eines Landes abhängt.²⁴

Es ist letztendlich der Bürger, der entscheidet, wer ihn in einem repräsentativen demokratischen System vertritt und wer die politische Herrschaft in seinem Namen übernimmt. In der repräsentativen Demokratie ist die Mitwirkung der Bürger von großer Bedeutung.

Je pluralistischer und hochwertiger die Informationen sind und je mehr die Bevölkerung an dem öffentlichen Leben partizipiert, desto mehr Verantwortung könnte von den Repräsentanten auf die Repräsentierten übertragen werden. Das Volk muss in einem demokratischen System willens und fähig sein, sich an den Debatten und Abstimmungen über öffentliche Angelegenheiten zu beteiligen. Die Rolle der Zivilgesellschaft ist in einer repräsentativen Demokratie sehr wichtig.

Seit der Einführung der repräsentativen Demokratie waren viele Kritiker der Meinung, dass sie es der Aristokratie ermögliche, durch Wahlen an die Macht zu kommen. Viele haben nicht geglaubt, dass eine Demokratie sehr wohl repräsentativ sein kann.²⁵ Sie bezweifelten, dass auch die Minderheiten genügend repräsentiert sein würden. In dem Zusammenhang spricht Mill über eine gefährliche Auswirkung der Repräsentativverfassung, die zu „*unechten Demokratie*“ („*False Democracy*“) führen kann. Mit „*unechter Demokratie*“ bezeichnet er ein Regierungssystem der Privilegierten. Er meint, dass sowohl die Bürgerrechte als auch die Wahlrechte der Minderheiten bedroht sein könnten, falls diese Gruppen nicht adäquat repräsentiert werden. Die „*wahre Demokratie*“ („*true Democracy*“) ist für Mill die politische Ordnung, die die Minderheitsrechte angemessen repräsentiert.²⁶

Auch der schweizerische Staatsphilosoph J.J. Rousseau (1712-1778) hat das Konzept der Repräsentation mit der Begründung kritisiert, dass jede Repräsentation, die politische

²⁴ Vgl. Meyer, 2009, S.87.

²⁵ Vgl. Alonso/Keane/ Merkel, 2011, S. 3.

²⁶ Vgl. Mill, 1989, S. 193f, zit. nach: Schmidt, 2008, S. 137.

Entscheidungen in Namen der Bürger ausübt, nicht nur eine Ausdünnung der demokratischen Normen sei, sondern ihre prinzipielle Verleugnung. Rousseau behauptete, dass nur die direkte Beteiligung der Bürger in den Vollversammlungen, einhergehend mit einer guten politischen Beratung über wichtige Themen, den authentischen Willen der Bürger aufzeige. *»Erst im eigentlichen Gesamtwillen des Volkes (volunté generale), der bewusst auf das allen gemeinsame politisch-ethnische Gemeinschaftsinteresse gerichtet war, erfüllte sich der demokratische Anspruch«.*²⁷ Auch die folgende Argumentation kritisiert das Merkmal der Repräsentation: *“Eine Demokratie kann sich nicht in eine repräsentative Demokratie verwandeln, weil die Repräsentation einen illegitimen Transfer von der Macht der Bevölkerung (Demos) auf ihre Agenten (Repräsentanten und Repräsentantinnen) mit sich zieht. Solch ein Transfer ist unmöglich, wenn die Bevölkerung souverän bleiben will.”*²⁸

Kritiker der repräsentativen Demokratie kommen immer wieder auf die kompromisslosen Ansprüche direkter Demokratie zurück. Die repräsentative Demokratie ist und sollte ein Prozess sein, in dem die Rechte und Wünsche der Bevölkerung, die nicht direkt in Versammlungen die Entscheidungen treffen können, berücksichtigt sind. Getrennt von der traditionellen parlamentarischen und präsidentenchaftsdemokratischen Repräsentation bestehen heutzutage viele verschiedene theoretische und ideologische Erklärungen der repräsentativen Demokratie. Die bestehenden Regime werden analysiert und deren Schwierigkeiten untersucht.

Die repräsentative Demokratie ist die Regelungsform der slowenischen staatlichen Ordnung. Der Herrschaftsträger ist das Volk, jedoch übt die Bevölkerung ihre Macht durch ihren Repräsentanten aus, und nur in Ausnahmefällen ganz direkt. Das höchste gesetzgebende Organ der slowenischen Bevölkerung ist nach slowenischer Verfassung die Staatsversammlung. Die Legislative vertritt den Volkswillen und ist von der Judikative und Exekutive getrennt. Dies vertritt das Prinzip der Gewaltenteilung, das der slowenischen Verfassung zugrunde gelegt ist.

Politische Parteien in Slowenien vertreten Interessen, die sich in dem gesellschaftlichen Umfeld gestalten. Damit sind die Parteien wichtige Entscheidungsgremien in der slowenischen repräsentativen Demokratie. Die Interessen, die sich ohne eine parteiliche Unterstützung in den Entscheidungsorganen durchsetzen wollen, haben nur geringe Möglichkeiten zum Erfolg.²⁹

²⁷ Meyer, 2009, S. 82.

²⁸ Alonso/Keane/Merkel, 2011, S. 3.

²⁹ Vgl. Bučar, 1998, S. 81.

3.4. Demokratie auf dem Prüfstand

Die bisherigen Formen nationalstaatlicher Demokratie stehen heute auf dem Prüfstand, da sie von zwei Seiten unter Druck geraten. Erstens von der Bürgerschaft und zweitens von den vielfältigen Formen der Politik des Nationalstaates. Die Bürgerschaft konfrontiert sie mit widersprüchlichen Signalen; einerseits wünschen sich viele Bürger mehr wirkungsvolle Möglichkeiten der politischen Teilnahme, während sich andere wiederum von der Politik abwenden. Der Wunsch nach mehr Partizipation äußert sich nicht nur in vielfältigen Formen eines politischen Engagements der Bürger, sondern auch in der Beteiligung an Unterschriftenaktionen, Demonstrationen oder Bürgerinitiativen.³⁰

Diese Forderungen nach mehr Partizipation basieren auf gesellschaftlichen Veränderungen, höherem Bildungsniveau der Bürger und am gewachsenen gesellschaftlichen Wohlstand.

*Der Politik werden ständig mehr Aufgaben zugewiesen, die immer schwieriger werden. Wenn die Politik unter diesen Bedingungen erfolgreich sein will, muss sie die in der Gesellschaft vorhandenen Fähigkeiten und Kompetenzen mobilisieren und diejenigen, die über die Fähigkeiten und Kompetenzen verfügen, an der Lösung politischer Probleme zu beteiligen suchen.*³¹

³⁰ Vgl. Graf/Willems, 2002, S. 7.

³¹ Willems, 2002, S. 21.

3.5. Krise der repräsentativen Demokratie

Am Anfang des einundzwanzigsten Jahrhunderts wurden viele Herausforderungen für eine liberale repräsentative Demokratie sichtbar. Erstens entwickelten sich viele defekte liberal-repräsentative Demokratien, die aus Prozessen der Demokratisierung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts hervorgegangen waren. Zum Zweiten waren populistische Tendenzen sowohl in alten als auch in neuen repräsentativen Demokratien zu beobachten. Und zum Dritten wird die repräsentative Demokratie heutzutage oft kritisiert, weil die plebiszitären und partizipativen Möglichkeiten in ihr unzureichend sind.³²

In den politikwissenschaftlichen Debatten tritt die Frage auf, ob man über eine Krise der repräsentativen Demokratie sprechen kann und was diese für einen Einfluss auf das gesamte System hat. Wenn wir eine Krise der repräsentativen Demokratie definieren wollen, müssen wir herausfinden was eigentlich eine stabile repräsentative Demokratie ist und wie sie funktioniert, wenn sie von keiner Krise betroffen ist. Vielleicht muss man davon ausgehen, dass sich diese Demokratieform schon seit Beginn an in einer Krise befand? Oder kann man davon ausgehen, dass die repräsentative Demokratie früher so viel besser war als heute, und dass man erst gegenwärtig von ihrer Krise sprechen kann? Zentral ist die Frage, woran man eine solche Krise erkennen und auch messen kann und was die Hauptfaktoren sind, die eine repräsentative Demokratie gefährden. Wie könnte man die These über eine Krise der repräsentativen Demokratie empirisch überprüfen und sie auch messen?

In dem vorherigen Abschnitt habe ich versucht zu erklären, was eine repräsentative Demokratie ist. Jetzt versuche ich zu erklären, was eine Krise der repräsentativen Demokratie eigentlich theoretisch ausmacht.

Dadurch, dass eine gut funktionierende repräsentative Demokratie von den staatlichen Institutionen, von deren Arbeit und Stabilität, von der politischen Kultur und von der Rolle der Bevölkerung abhängig ist, stellt sich hier die Frage, ob eine Krise durch das Scheitern von Institutionen definiert werden kann. Sind die Parteien als Repräsentanten für die Gefährdung der repräsentativen Demokratie verantwortlich, oder aber ist es die Bevölkerung, die durch ihre mangelnde Partizipationsbereitschaft, durch ihren Verlust von Glauben und Vertrauen in das System die Krise mit verursacht?

³² Vgl. Klaus von Beyme, 2011, S. 56.

Tatsache ist, dass eigentlich jedes Kriterium einzeln zu untersuchen ist, allerdings ist wichtig, dass ich sämtliche Faktoren, die eine Krise der repräsentativen Demokratie auslösen können, entsprechend untersuche.

In einer repräsentativen Demokratie sind bestimmte Institutionen für die freie Meinungsäußerung, für die Wahl der Repräsentanten und die Gesetzgebung verantwortlich. Diese Institutionen sind die Parteien mit ihren Repräsentanten, das Parlament, andere Vertreter der Zivilgesellschaft und die Medien. Die Parteien nehmen in der repräsentativen Demokratie eine entscheidende Stellung ein. Nicht nur weil sie verschiedenartige Gruppen und Interessen vertreten, sondern weil sie neben den Individuen auch die Beziehungen zwischen verschiedenen Gruppen erfassen und herstellen.³³

Trotz eines gut funktionierenden Systems der repräsentativen Demokratie erleiden die Institutionen in den Augen der Öffentlichkeit einen Legitimitätsverlust. Wenn man die sinkende Partizipationsbereitschaft, die volatile Wahlbeteiligung, das schwindende Vertrauen in die Institutionen und in die Politiker analysiert, kann man allgemein davon ausgehen, dass sich viel Unzufriedenheit mit der repräsentativen Demokratie aufgebaut hat. Aber genügen diese Argumente, damit wir über eine Krise der repräsentativen Demokratie sprechen können?

Die Parteien haben in den repräsentativen Demokratien eine zentrale Funktion, da sie die Grundlage für eine politische Willensbildung des Volkes bieten. Sie vertreten die Interessen der Bürger und übertragen sie in die Regierungs- und Oppositionspolitik.³⁴ Dabei übernehmen sie die Aufgabe der öffentlichen Kontrolle der politischen Eliten, sie wirken an der Rekrutierung der Angehörigen der politischen Klasse mit und sind in den Prozess der Regierungsbildung involviert. Durch diese Funktionen gelten die Parteien als Schlüsselinstitution der repräsentativen Demokratie.³⁵

Allerdings ist ein relativ niedriges Vertrauen in die politischen Institutionen bzw. in die Parteien erkennbar, vor allem in den ost- und mitteleuropäischen Staaten. In den jungen demokratischen Staaten ist die Wählervolatilität höher als in älteren Demokratien, was letztendlich bedeutet, dass es den Parteien nicht dauerhaft gelingt, die Wähler an sich zu binden und dass das Parteiensystem nicht in der Lage ist, die Wähler stabil zu mobilisieren.³⁶ Die Volatilität in jungen Demokratien war am Anfang nach dem Systemwechsel noch höher als heute. In der

³³ Vgl. Alonso/Keane/Merkel, 2011, S. 8.

³⁴ Vgl. Segert, 2008, S. 51.

³⁵ Vgl. Ebenda.

³⁶ Vgl. a.a.O., S. 53.

Zwischenzeit hat sie sich diese Volatilität zwar stabilisiert, allerdings noch nicht in dem Maße, dass dadurch das Parteiensystem gefestigt wird. Im Allgemeinen sind die Parteienlandschaften in den jungen Demokratien noch immer sehr fragmentiert.

Dieter Segert fasste in seiner Schlussfolgerung zusammen: *„Die Parteien in Ostmitteleuropa erfüllen offenkundig die wichtigen Funktionen für repräsentative Demokratien nur in einem sehr eingeschränkten Maße. Sie sind insbesondere nur schlecht in der Lage, ihre Wählerschaft stabil an sich zu binden und diese nachhaltig für die eigene Politik zu mobilisieren.“*³⁷

Wenn man davon ausgeht, dass die repräsentativen Demokratien auf die Parteien als Vermittler zwischen Wählerschaft und Politikern angewiesen sind, wird die Parteiendemokratie durch den Vertrauensverlust der Bürger in ihre Parteien geschädigt.³⁸ Das Vertrauen in die politischen Institutionen und in die Demokratie ist messbar und das Ergebnis sagt uns, wie die Bevölkerung mit der Herangehensweise der Institutionen vertraut ist und ob sie mit deren Ergebnissen und Leistungen zufrieden ist.

Die Demokratiezufriedenheit in postkommunistischen Staaten wird laut Varga und Freyberg-Inan vornehmlich von zwei Faktoren beeinflusst: Zum Ersten ist sie abhängig vom Vertrauen der Bürger in die wichtigsten demokratischen Einrichtungen, insbesondere dem Parlament, der Regierung und der Judikative und zum Zweiten wird die Zufriedenheit durch die Effizienz ihrer Vertretung und durch ihre Erfahrungen (Häufigkeit und Art) mit politischer Beteiligung bestimmt. Die Beteiligung an Wahlkampagnen, Kontaktaufnahmen zu Abgeordneten und anderen gewählten Amtsinhabern, Wahlbeteiligung und verschiedene Formen des Protests sind Formen der politischen Mitarbeit.³⁹

Eine Demokratieunzufriedenheit geht auch mit einem geringeren Vertrauen der Bürger in die zivilgesellschaftlichen Organisationen wie Nichtregierungsorganisationen oder Gewerkschaften und folglich mit einer schwachen zivilgesellschaftlichen Partizipation einher. Als Folge einer schwachen zivilgesellschaftlichen Kontrolle werden die politischen Eliten gestärkt.⁴⁰

Dies birgt die Gefahr, dass nicht nur die Demokratie und ihre Institutionen an Legitimität verlieren, sondern dass Teile der politischen Elite die Demokratieunzufriedenheit instrumentalisieren, um ihre Rivalen in politischen Prozessen und Institutionen zu marginalisieren. Eine Bevölkerung, die sich nicht an der Politik beteiligt und die kein Vertrauen in

³⁷ Segert, 2008, S. 51.

³⁸ Vgl. Ebenda, S. 61.

³⁹ Vgl. Varga/Freyberg-Inan, 2009, S. 104f.

⁴⁰ Vgl. Ebenda, S. 108.

die wichtigsten Institutionen eines demokratischen Staates hat, wird die Eliten auch nicht kontrollieren können und wird sie nicht dazu bringen, die Interessen von repräsentativen Bürgergruppen zu vertreten.⁴¹

Aus diesem Grund fühlen sich die Politiker der Bürgerschaft kaum verpflichtet und sie vertreten die Bevölkerung nur eingeschränkt. Weil die bürgerliche Kontrolle eher schwach ist, sind die Möglichkeiten der Korruption noch größer. Das kommt daher, dass sich die Politiker gegenüber der Bevölkerung oft kaum verantwortlich fühlen und sie ein politisches Amt übernehmen, um sich persönlich zu bereichern.⁴²

Dabei kann sich unter den Politikern eine starke Polarisierung bilden. Sie blockieren sich gegenseitig und sehen im anderen nicht mehr einen Gegner, sondern einen Feind. Die Polarisierung geschieht auf verschiedene Weisen. Die politischen Gegner beschuldigen sich gegenseitig und geben sich öffentlich die Schuld an den Missständen, die der Bürger bemängelt. Hier muss allerdings gesagt werden, dass solche Vorgehensweisen auch zwischen den Parteien der gefestigten Demokratien üblich sind, allerdings gehen die Autoren Varga und Freyberg-Inan davon aus, dass in den mittel- und osteuropäischen Ländern solche Rivalitäten in schärferem Ton ausgetragen werden. Dadurch versuchen sich die Gegner auszuschließen, die Koalitionspolitik wird erschwert und destruktive Elitenkonflikte bestimmen das Bild und verringern die Effizienz der Politik.⁴³ Der politische Diskurs wird dadurch zu Ungunsten der Demokratie radikalisiert und bestimmte soziale Gruppen werden benachteiligt oder ausgegrenzt. Das Funktionieren der repräsentativen Demokratie wird dadurch gefährdet.

Die Kluft zwischen den polarisierten Politikern einerseits und der Elite und der Bevölkerung andererseits bietet den Nährboden auf dem die populistischen Parteien ihre eigenen Interessen durchzusetzen versuchen. Für die populistischen Parteien sind die mit der Demokratie unzufriedenen Bürger eine wichtige Zielgruppe. Sie wenden eine populistische Taktik an, mit der sie sich selbst als die „guten“ Außenseiter von dem korrupten politischen System darstellen. Häufig versuchen auch Parteien an die Macht zu gelangen, die keine strategisch-programmatischen Inhalte anbieten und die nicht erkennen lassen, dass sie politisch agieren wollen oder können.

Varga und Freyberg-Inan betonen, dass „Eliten, die sich selbst als Außenseiter in einem diskreditierten politischen System darstellen, aus dieser Position heraus die scheinbare

⁴¹ Vgl. Varga/Freyberg-Inan, 2009, S.109.

⁴² Vgl. a.a.O., S. 110.

⁴³ Vgl. Ebenda, S. 105.

moralische eigene Überlegenheit und die Entfernung ihrer Rivalen aus dem politischen Leben propagieren, indem sie sie als korrupt und unfähig aber auch als „Kommunisten“ diffamieren.“⁴⁴ Die Argumentationslinie wird von denjenigen verwendet, die keine organisatorischen oder personellen Kontinuitäten zur kommunistischen Vergangenheit aufweisen.

Der Bevölkerung wird eine radikale Erneuerung versprochen: Mit der Verabschiedung von der korrumpierten Transformationsgegenwart, der Distanzierung vom ideologischen Konflikt und von den polarisierten Streitigkeiten bei der Elite soll dies geschehen. Die Methode wird zur Ausweitung der Macht benutzt, was wiederum die Polarisierung der Parteien, die populistische systemkritische Rhetorik vergrößert und die repräsentative Demokratie gefährdet. Bei alledem fragt man sich, ob es sich hier nur um ein Übergangsphänomen handelt oder ob die Krise ein dauerhaftes Problem in den heutigen jungen Demokratien in Ostmitteleuropa ist.

*„In den Staaten Ostmitteleuropas ist eine populistische Politik verbreitet. Die Beteiligung extremistischer Parteien an der Regierung, eine illoyale Opposition sowie gewaltsame Demonstrationen sind Indikatoren für eine Krise der repräsentativen Demokratie.“*⁴⁵

In dieser Argumentation geht Segert auch auf die Konfrontation zwischen den Gewinnern und Verlierern der wirtschaftlichen Transformation ein und stellt fest, dass Ostmitteleuropa bei vergleichbaren Krisenphänomenen als ein „Trendsetter“ fungiert.⁴⁶

Das Demokratieverständnis in Ostmitteleuropa ist laut Varga und Freyberg-Inan wenig pragmatisch und gefestigt. Dies ermöglicht den politischen Eliten, den Demokratiebegriff mit den neuen Konfliktlinien der mittelosteuropäischen Politik zu unterwandern, obwohl die Demokratie solide vom Volk unterstützt wird. Das Problem dabei ist, dass dieses Demokratieverständnis die Demokratien nur wenig mit der aktiven Beteiligung, mit der Existenz eines pluralistischen Mehrheitssystems oder mit Minderheitenschutz verbindet.⁴⁷

Eine solche Politik entfremdet die Bürgerschaft von der Demokratie noch mehr und ermöglicht so eine Krise der repräsentativen Demokratie.

⁴⁴ Varga/Freyberg-Inan, 2009, S. 111.

⁴⁵ Segert, 2009, S. 49.

⁴⁶ Vgl. ebenda.

⁴⁷ Varga/Freyberg-Inan, 2009, S. 114.

4. Internationale Demokratieindizes zur Demokratie in Slowenien

Nachdem das allgemeine Verständnis von Demokratie, ihren Formen und dem Begriff einer Krise der repräsentativen Demokratie behandelt worden ist, soll in diesem Kapitel auf Grundlage zweier Demokratieindizes geprüft werden, wie in der empirisch vergleichenden internationalen Demokratieforschung der Zustand und die Qualität der slowenischen Demokratie aktuell eingeschätzt werden. Ich habe zwei Demokratieindizes von „*The Economist Intelligence Unit's Index of Democracy*“ und von der amerikanischen Nichtregierungsorganisation „*Freedom House*“ ausgewählt, weil diese den Zustand der Demokratie anhand mehrerer Untersuchungskriterien analysieren und messen. Neben den demokratischen Rechten und den gewährleisteten persönlichen Freiheiten werden auch die Aktivitäten der Zivilgesellschaft und die politische Kultur des Staates untersucht. Es hat mich interessiert, wie die slowenische Demokratie von Außenstehenden betrachtet und analysiert wird.

Die Untersuchung des Zustandes der Demokratie von „*The Economist Intelligence Unit's Index of Democracy*“ hat mich deswegen noch besonders interessiert, weil nach deren Analyse der Zustand der Demokratie in Slowenien von der vollen zur defekten Demokratie abgesunken ist. Als Begründung dafür wurde sowohl eine gering entwickelte politische Kultur als auch ein niedriges Partizipationsniveau der Bevölkerung angegeben.

„*Freedom House*“ untersucht neben dem Zustand der Demokratie auch die allgemeine politische Situation jedes Staates. Im Rahmen der Berichte von „*Nation in Transit*“ und „*Freedom in the world*“ wurden die slowenischen Verhältnisse untersucht, der Status wurde bewertet und die Ergebnisse in dem Bericht beschrieben.

Zuerst habe ich die Ergebnisse der Demokratieindizes von „*The Economist Intelligence Unit's Index of Democracy*“ dargestellt und danach folgen die von „*Freedom House*“.

4.1. The Economist intelligence Unit`s Index of Democracy

„The Economist Intelligence Unit`s Index of Democracy“ untersucht den Zustand der Demokratie in ungefähr 165 unabhängigen Staaten der Welt. Fünf Kategorien eines jeden Staates werden in dem Bericht „Democracy index 2010“, erstellt und von „The Economist Intelligence Unit`s Index of Democracy“ untersucht: Zum Ersten untersucht man den Wahlprozess und den politischen Pluralismus in dem Staat, zum Zweiten die Bürgerrechte, zum Dritten das Funktionieren der Regierung, es folgen die politische Partizipation der Bürger und zuletzt die politische Kultur. Die fünf Kategorien sind miteinander verbunden und bilden ein kohärentes konzeptionelles Ganzes.⁴⁸

Jede Kategorie wird zwischen Null und Zehn bewertet und der Durchschnitt der gesamten Ergebnisse entspricht schließlich den Gesamtindizes der Demokratie. Damit ist Zehn die bestmögliche Bewertung und Null die schlechteste.

Die untersuchten Staaten werden folgenden vier Regimetypen zugeordnet: vollständige Demokratien (*full Democracies*), defekte Demokratien (*flawed Democracies*), hybride Regime (*hybrid regimes*) und autoritäre Regime (*authoritarian regimes*).⁴⁹ Anhand der Bewertung werden die Länder den vier verschiedenen Regimetypen zugeordnet. Die Staaten, die zwischen 8 und 10 bewertet sind, gehören zu dem Regimetyp der vollständigen Demokratie, zu den defekten Demokratien gehören diejenigen, die zwischen 6 und 7.9 bewertet sind, zu den hybriden Regimen diejenigen, die zwischen 4 und 5.9 liegen und zu den autoritären Regimen diejenigen mit der Bewertung unterhalb einer Punktzahl von 4.⁵⁰

Obwohl fast die Hälfte der Weltstaaten als Demokratien bezeichnet wird, werden laut „Democracy index 2010“ nur 26 Staaten als vollständige Demokratien betrachtet. Weitere 53 Staaten gehören zum Regimetyp der defekten Demokratie, 55 Staaten zu dem eines autoritären Regimes und 33 Staaten werden als hybrides Regime klassifiziert.⁵¹

⁴⁸ Vgl. Democracy index 2010, S. 29.

⁴⁹ Vgl. Ebenda, S. 1.

⁵⁰ Vgl. a.a.O., S. 31.

⁵¹ Vgl. a.a.O., S. 2.

“Freedom is an essential component of democracy, but not sufficient. In existing measures, the elements of political participation and functioning of government are taken into account only in a marginal and formal way.”⁵²

Der freie und gerechte Wahlprozess und die Rechte der Bürger sind für eine gut funktionierende Demokratie eine notwendige, aber nicht ausreichende Bedingung. Sie müssen zusätzlich von einer transparenten und effizienten Regierung, weitgehender politischer Partizipation und einer stützenden politischen Kultur begleitet werden. Dies sind die Gründe, warum man in einem Staat neben der Struktur der Demokratie auch ihr Funktionieren zu untersuchen hat.

Denn man muss betonen, dass eine Demokratie mehr als nur die Summe ihrer Institutionen ist und für ihre Legitimität, für ihr Funktionieren und ihre Nachhaltigkeit eine gesunde politische Kultur notwendig ist. Eine passive und apathische politische Kultur und eine abhängige und schwache Zivilgesellschaft sind mit einer Demokratie nicht in Einklang zu bringen.⁵³ Auch die Partizipation der Bevölkerung ist für die Demokratie von großer Bedeutung. Neben den politischen Institutionen sind auch verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen und die Möglichkeiten einer aktiven Partizipation der Bevölkerung an der Politikgestaltung zu gewährleisten. Das Wichtigste daran ist, dass eine gesunde Demokratie eine aktive, partizipierende Zivilgesellschaft benötigt, die nicht nur bei den Wahlen in Erscheinung tritt, sondern auch aktiv an den öffentlichen politischen Debatten teilnimmt und sich den verschiedenen Organisationen oder Parteien anschließt. Denn ohne Partizipation des größeren Teils der Zivilgesellschaft könnte eine Demokratie in einem Staat nicht nachhaltig gewährleistet sein und könnte von kleineren elitären Gruppen geführt werden, womit sie sich von einer lebendigen Demokratie entfernen könnte.⁵⁴ Infolge dieser Argumentationen wird die politische Kultur des Staates und die Partizipation der Zivilgesellschaft eines jeden Staates untersucht und bewertet.

Laut „*Democracy index 2010*“ sind heute viele demokratische Systeme im Rückgang. Die globale politische Krise im Jahr 2008 hatte einige negative Trends in der politischen Entwicklung verursacht.⁵⁵

⁵² Democracy index 2010, S. 29.

⁵³ Vgl. a.a.O., S. 30.

⁵⁴ Vgl. Ebenda.

⁵⁵ Vgl. a.a.O., S. 2.

Von der vollständigen zur defekten Demokratie

Der stärkste Rückgang des Demokratiezustands in Europa wurde in den Staaten von Osteuropa sichtbar. Bei 19 von 28 Staaten Osteuropas sind die Werte der Demokratiebewertung zwischen den Jahren 2008 und 2010 gesunken. Einige Staaten wurden laut der Untersuchung in eine andere Kategorie der Regime verschoben. Von den europäischen Staaten sanken Griechenland, Italien und Slowenien von der Kategorie der vollständigen Demokratie zur Kategorie der defekten Demokratie ab.

Die Bewertungen der politischen Freiheiten und Bürgerrechte sind bei fast allen neuen EU-Mitgliedsstaaten mit den Bewertungen der alten Mitgliedsstaaten vergleichbar. Der Unterschied liegt in den Kategorien der politischen Partizipation und der politischen Kultur, was einer Reflektion der Anomie und der Schwäche der demokratischen Entwicklung entspricht. Nur ein Staat in der Region von Osteuropa, die Tschechische Republik, wird laut dem Bericht „*Democracy index 2010*“ als eine vollständige Demokratie bewertet.⁵⁶

Slowenien ist laut der Studie von „*Democracy index 2010*“ von der Kategorie der vollständigen Demokratie in die Kategorie der defekten Demokratie abgesunken. Als defekte Demokratie (*flawed democracy*) werden diejenigen Staaten bezeichnet, die zwar freie und gerechte Wahlen gewährleisten und die Bürgerrechte respektieren, in denen aber in anderen Bereichen signifikante Schwächen aufgetreten sind: bei der Ausübung der Governance, bei der Entwicklung der politischen Kultur und bei dem Partizipationsniveau der Bevölkerung.

Noch im Jahr 2008 war Slowenien das 30. Land unter 167 Ländern, die laut „*The Economist Intelligence Unit's Index*“ als vollständige Demokratien bewertet waren. Aber bei der jüngeren Analyse des Zustandes im Jahr 2010 waren die Bewertungen schlechter. Der Wahlprozess und die gewährleisteten Bürgerrechte wurden positiv bewertet und können sich mit den alten Demokratien vergleichen. Aber auf der anderen Seite werden die folgenden Untersuchungsbereiche schlechter als je bewertet: Die mangelnde politische Partizipation, die Zunahme der politischen Apathie bei der Bevölkerung und die erhöhte Unzufriedenheit mit der politischen Elite waren für einen Rückgang des slowenischen Demokratiezustands entscheidend.

⁵⁶ Vgl. *Democracy index 2010*, S. 8.

Das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen war in Slowenien laut dem Bericht geringer als je zuvor. Nur ein Drittel der Bevölkerung ist mit dem Funktionieren der Demokratie in Slowenien zufrieden.⁵⁷ Obwohl die grundlegenden demokratischen Formen in dem Staat geregelt sind, ist das noch keine Garantie, dass andere Kriterien der Demokratie, wie zum Beispiel die politische Kultur, die auf Vertrauen basiert, gut funktionieren. In dem Bericht wurden noch die starke Fragmentierung der Parteienlandschaft und die hohe Wählervolatilität in Slowenien erwähnt. Die Wurzeln der Parteien seien zu schwach und sie wären von dem Vertrauensverlust der Bevölkerung beeinflusst.

4.2. Freedom House Index:

Neben der Demokratiebewertung von „*The Economist Intelligence Unit's Index of Democracy*“ hat mich auch eine Alternative interessiert und so habe ich mir die Jahresberichte von der amerikanischen Nichtregierungsorganisation „*Freedom House*“ angeschaut. „*Freedom House*“ ist eine weltweit bekannte Non-Profit-Organisation, die seit 1970 den Stand von persönlicher Freiheit und demokratischen Rechten in 194 Ländern der Welt misst und jedes Jahr die Berichte dieser Studien und Messungen veröffentlicht. In jedem Bericht von „*Freedom in the World*“ sind die politischen Rechte und die Freiheitsrechte numerisch bewertet und der allgemeine Stand der Freiheit jedes Staates wird bekannt gegeben. Die beurteilten Länder werden in die Kategorien frei, teilweise frei oder unfrei eingeteilt.

Die Kategorien der politischen Rechte und der Freiheitsrechte werden zwischen 1 und 7 bewertet. Das Wert 1 steht für volle Rechte und Freiheiten und 7 für fehlende Rechte und Freiheiten. Gesamtbewertung des Status wird durch die Bewertung der politischen Rechte und der Freiheitsrechte festgelegt.⁵⁸

Ich habe mir sowohl die Berichte von „*Freedom in the World*“ über Slowenien für 2010 und 2011 als auch die Landesberichte „*Nations in Transit*“ für 2010 und 2011 angeschaut. Beide Berichte wurden von Freedom House veröffentlicht. Anhand eines Fragenkatalogs der politischen Rechte und Bürgerfreiheiten bewertet ein internationales Expertenteam den Stand der Freiheit. Die Autoren des Landesberichts „*Nations in Transit 2010*“ sind Damjan Lajh und Alenka Krašovec, und der Autor des Landesberichts „*Nations in Transit 2011*“ ist Damjan Lajh. Dabei besteht jedoch die Gefahr, dass die Ergebnisse subjektiv ausgewertet werden. Die

⁵⁷ Vgl. Democracy index 2010, S. 10.

⁵⁸ Vgl. http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=351&ana_page=373&year=2011 (Stand: 12.12.2011)

Autoren beantworten die Fragen aus dem Fragenkatalog und erstellen einen Bericht über die Ergebnisse.

Meiner Meinung nach sind die Landesberichte von „*Nations in Transit*“ aufwändiger und berücksichtigen mehr Aspekte als die Studie von „*Freedom in the world*“. In dem Bericht von „*Nations in Transit*“ für 2011 wird jede untersuchte Kategorie numerisch bewertet, es wird eine Begründung dafür abgegeben und am Ende wird als Summe einzelner Bewertungen die Gesamtbewertung des Status erstellt.

In dem Bericht von „*Freedom in the World*“ für 2010 waren die Ergebnisse der Untersuchung folgende: Allgemein nimmt die Zahl der als unfrei eingestuften Länder kontinuierlich zu. Der Status Sloweniens wird als frei beschrieben. Sowohl die politischen Rechte wie auch die Freiheitsrechte wurden mit 1 benotet. Wahlen sind in Slowenien seit der Unabhängigkeit frei und gerecht. Italienische und ungarische Minderheiten sind im slowenischen Parlament gerecht vertreten. Auch die Minderheit der Roma ist in allen Magistraten vertreten. Allerdings haben sich die Bürger, die aus anderen Staaten des ehemaligen Jugoslawiens stammen, über eine Diskriminierung beschwert.⁵⁹

Die letzten Lokalwahlen im Oktober 2010 wurden analysiert. Dabei wurde betont, dass die unabhängigen Kandidaten die absoluten Gewinner der Wahlen waren, denn 70 unabhängige Kandidaten wurden zum Bürgermeister gewählt. Die Wahlbeteiligung war eher niedrig: 50.28 % beim ersten und 48.81 % beim zweiten Wahlgang.⁶⁰ Es wurden nur wenige Frauen gewählt. Weiterhin wird festgestellt, dass Dr. Peter Bossman als erster schwarzer Bürgermeister in Slowenien die Wahlen in der Stadt Piran gewonnen hat.⁶¹

Die Kategorie der lokalen demokratischen Governance wird in dem Bericht von „*Nations in Transit 2011*“ seit dem Jahr 2005 mit 1.50 bewertet.⁶² Die Bewertung im Vergleich zum vorigen Jahr 2010 hat sich nicht geändert.

Redefreiheit und Pressefreiheit sind in Slowenien durch die Verfassung garantiert. Jedoch berichtete man im Jahr 2010 über den zunehmenden Druck der Regierung auf die Medien. Einige Medien, wie *Mladina* und *Dnevnik*, die über die Regierung kritisch berichteten, beschwerten sich darüber, dass es schwieriger werde, eine gesicherte Berichterstattung

⁵⁹ Vgl. Freedom in the World 2010, S. 2.

⁶⁰ Vgl. Nations in Transit, 2011, S. 24.

⁶¹ Vgl. Freedom in the World, 2011, S. 2.

⁶² Vgl. Nations in Transit, 2011, S. 1.

durchzuführen.⁶³ Die Journalisten beklagten, dass sie eine Selbstzensur ausüben müssten, damit sie keine Probleme mit dem Arbeitgeber hätten.⁶⁴ In dem Bericht von „*Nations in Transit*“ aus dem Jahr 2011 wurde auch von dem Journalisten Jaka Elikan von der Zeitschrift *Finance* gesprochen, der von dem Sohn des damaligen Bürgermeisters der Hauptstadt Ljubljana, Zoran Jankovič, eine Morddrohung erhielt. Der Journalist untersuchte die Machenschaften der beiden Söhne des damaligen Bürgermeisters Zoran Jankovič und in diesem Zusammenhang sei er bedroht worden. In dem Bericht wurde erwähnt, dass auch auf den öffentlichen Rundfunksender RTV Slowenien ein dauerhafter Druck von Seiten der Politik ausgeübt werde. Im Dezember 2010 wurde der Gesetzesvorschlag über RTV Slowenien von den Bürgern bei einem Referendum mit 72 % der Stimmen abgelehnt. Die Regierung hatte behauptet, dass sich mit dem Gesetz die politische Beeinflussbarkeit auf den staatlichen Rundfunkdienst reduzieren würde, während die Opposition vor der möglichen Gesamtprivatisierung der RTV Slowenien gewarnt hat.⁶⁵ Die Bewertung der slowenischen Freiheiten stieg von 1,75 Punktzahlen im Jahr 2002 auf 2,25 Punktzahlen im Jahr 2011. Dies weist darauf hin, dass sich die Lage der freien Medien verschlechtert hat.

In dem Bericht von „*Freedom in the world*“ von 2010 und 2011 wurde das Problem der Korruption angesprochen, wobei die Beziehungen zwischen den Parlamentariern und den Unternehmern betont wurde. Slowenien ist laut „*Transparency International's Corruption Perception Index 2010*“ unter den 178 Staaten auf Platz 27, wobei Platz eins von dem Staat mit der niedrigsten Korruption eingenommen wird. In dem Bericht „*Nations in Transit*“ 2011 wurde die Korruptionsaffäre um den Ankauf der finnischen Patria-Radpanzer erwähnt, wegen der sich auch der Ex-Premier Janez Janša vor dem Bezirksgericht Ljubljana verteidigen muss. Im Jahr 2002 wurde die Kategorie der Korruption mit 2.00 bewertet, im Jahr 2006 hat sich die Bewertung auf 2.25 erhöht und sowohl im Jahr 2009 als auch im Jahr 2011 erreichte die Bewertung 2.50. Die Korruption in Slowenien war also im Laufe der letzten 10 Jahren angestiegen.

Religionsfreiheit ist in Slowenien durch die Verfassung gesichert, jedoch zeigen sich Diskriminierungstendenzen gegenüber der muslimischen Gemeinschaft. Das zeigt sich bei der Frage des Baus von Moscheen in Ljubljana. Die vierzigjährigen Bemühungen, eine Moschee in Ljubljana zu bauen blieben weiterhin ohne Ergebnis.⁶⁶

⁶³ Vgl. *Freedom in the World*, 2010, S. 3.

⁶⁴ Vgl. *Freedom in the World*, 2011, S. 2.

⁶⁵ Vgl. *Nations in Transit*, 2011, S. 32.

⁶⁶ Vgl. *Freedom in the World*, 2011, S. 2.

Die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheiten sind in Slowenien respektiert, da ungefähr 21.000 Nichtregierungsorganisationen aktiv und frei an dem Gestaltungsprozess der Politik beteiligt sind und deren Beteiligung von der Regierung berücksichtigt wird. Obwohl es viele NRO in Slowenien gibt, sind nur einige davon in dem Prozess der öffentlichen Politikgestaltung aktiv tätig.⁶⁷ Die Rechte für die Gründung und den Zusammenschluss von Gewerkschaften sind für die Arbeitnehmer gesichert. Sie haben das Recht zum Streiken und zum Verhandeln.

Der Gewerkschaftsverband Sloweniens (ZSSS) hat ungefähr 300.000 Mitglieder und ist mit vier Sitzen in dem slowenischen Nationalrat vertreten. Die Hauptinteressen des Gewerkschaftsverbandes Sloweniens sind die Pensionsreform und die Erhöhung des Mindestlohns.⁶⁸

Im Jahr 2010 musste sich die Regierung mit mehreren Protesten der Zivilbevölkerung auseinandersetzen. Im Mai 2010 eskalierte die Studentenbewegung. Die Studenten protestierten gegen die neue Arbeitsmarktreform und damit gegen das von der Regierung neu vorgeschlagene Minijob-Gesetz.⁶⁹

Die Protestbewegung der Arbeiterschaft im September 2010 hat gegen folgende Bestimmungen protestiert: gegen die Regierungsabsichten den Mindestlohn zu reduzieren, gegen die Erhöhung der Pensionsaltersgrenze und gegen weitere Beschränkungen der Pension- und Sozialfürsorge. Obwohl mehrere Reformen für den Arbeitsmarkt dringend notwendig waren, weigerten sich die slowenischen Politiker, die Reformen noch vor den nächsten Wahlen durchzuführen.⁷⁰ In dem Bericht „Nations in Transit 2010“ wurden noch einige erfolgreiche Zivilbevölkerungsinitiativen erwähnt. Zum Beispiel die Aktion „Reinigt Slowenien an einem Tag“, die von den „Ökologen ohne Grenzen“ initiiert worden war und an der über 200.000 Slowenen teilgenommen haben.

Außerdem wurde in dem Bericht noch dargestellt, dass die Aktivitäten der Zivilgesellschaft im Laufe der Jahre seit der Unabhängigkeit gesunken sind. Am stärksten aktiv war die Zivilgesellschaft Ende der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, als die Unabhängigkeit Sloweniens und die Transformation zur Demokratie angestrebt wurden. Die Kategorie der Zivilgesellschaft wurde in dem Bericht von „Nations in Transit 2011“ mit 2.00 (im Jahr 2002 mit 1.75) bewertet.⁷¹

⁶⁷ Vgl. Nations in Transit 2011, S. 530.

⁶⁸ Vgl. Freedom in the World, 2011, S. 2.

⁶⁹ Vgl. Nations in Transit 2011, S. 530.

⁷⁰ Vgl. Freedom in the World, 2011, S. 3.

⁷¹ Vgl. Nations in Transit 2011, S. 530.

Die Gerichtsbarkeit in Slowenien ist unabhängig. Der Bevölkerung sind durch Verfassung ihre Gleichheit vor dem Gesetz und das Prinzip der Unschuldsvermutung garantiert. Allerdings leidet die slowenische Gerichtsbarkeit unter dem gewaltigen Rückstau der noch zu bearbeitenden Fälle. Die Bewertung der Kategorie der Gerichtsbarkeit und ihrer Unabhängigkeit wurde mit der Punktzahl 1,75 eingestuft.⁷²

Der Bericht von „*Freedom in the world*“ von 2010 beschreibt das Problem der „*izbrisani*“ (zu Deutsch die „*Ausgelöschten*“. Das sind Menschen, deren Staatsbürgerschaft noch nicht geklärt ist.)⁷³, von dem ungefähr 25.761 Menschen betroffen waren. Im Jahr 2009 wurde von der slowenischen Regierung dieses Problem wieder aufgegriffen, um den Status jener „*Ausgelöschten*“ zu klären, die ihre Rechte noch nicht wieder gewonnen hatten. In 2010 wurde ein Gesetz erlassen, das nach 18 Jahren den Status der Staatsbürgerschaft für die immerhin noch 4000 bis 5000 Menschen regeln soll.⁷⁴

⁷² Vgl. Nations in Transit 2011, S. 534.

⁷³ Im Jahr 1991, als Slowenien ein eigener Staat wurde, hatten Bürger aus den anderen jugoslawischen Teilrepubliken sechs Monate Zeit, um die slowenische Staatsbürgerschaft zu beantragen. 171.132 Menschen beantragten ihre slowenische Bürgerschaft. Die 25.761 Betroffenen wurden dann im Februar 1992 kurzerhand aus dem Personenregister gestrichen, buchstäblich "ausgelöscht" und als "Ausländer ohne geregelten Status" geführt. Damit blieben sie ohne Krankenversicherung, Ausweise und Aufenthaltsgenehmigung. (Vgl. o.V.: Fremde in der eigene Heimat, der Standard, online abrufbar unter: <http://derstandard.at/1246542518604/Fremde-in-der-eigenen-Heimat>, 19.07.2009)

⁷⁴ Vgl. o.V.: Gesetz für „Ausgelöschte“ Der Standard, 9.3.2010, online abrufbar unter: <http://derstandard.at/1267743627660/Gesetz-fuer-Ausgeloeschte> (Stand 15.11.2011).

5. Untersuchung über den Zustand der repräsentativen Demokratie Sloweniens

Im Rahmen meiner Diplomarbeit untersuche ich die Qualität der repräsentativen Demokratie in Slowenien. Die zentrale Frage lautet: Besteht in Slowenien eine Krise der repräsentativen Demokratie? In diesem Kapitel soll es darum gehen, die möglichen Ursachen und Auslöser einer eventuell vorhandenen Krise zu untersuchen.

Ich beginne mit der Darstellung des politischen Systems in Slowenien seit dem Jahr 1990, wobei ich auf das Verhältnis der Regierungsinstitutionen untereinander eingehe. Bevor die Praxis der direkten Demokratie in Slowenien dargestellt wird, müssen dann die Möglichkeiten der direkten Demokratie, die laut Verfassung der Bevölkerung zur Verfügung stehen, dargestellt werden. Es ist notwendig aufzuzeigen, welche Partizipationsmöglichkeiten die slowenische Zivilgesellschaft hat, um sich an dem Gesetzgebungsverfahren zu beteiligen und ihre Rolle in dem demokratischen System Sloweniens zu stärken. Schließlich wird dargestellt, wie das slowenische Parteiensystem aufgebaut ist, welche politischen Parteien sich seit der Unabhängigkeit des slowenischen Staates gebildet und wie sie sich entwickelt haben.

Für das Funktionieren des politischen Systems ist sowohl das Verhalten der politischen Eliten als auch das der Bevölkerung von Bedeutung. Um das Verhalten der politischen Elite zu untersuchen beginne ich mit der Untersuchung der Parteien, denn sie sind die wichtigsten Akteure in einer repräsentativen Demokratie. Es interessiert mich, wie sie ihre Rolle als Vertreter der Bevölkerung wahrnehmen und mit welcher Rhetorik sie in dem politischen Prozess auftreten. Dabei gehe ich auf die Polarisierung der Parteien und auf die Möglichkeit eines zunehmenden Populismus ein. In diesem Zusammenhang beschreibe ich sowohl die Schwierigkeiten der letzten Regierung als auch die bei der Koalitionsbildung nach den Vorwahlen am 8. Dezember 2011. Ob die Parteien in der Lage sind, ihre Wähler an sich zu binden, zeigt uns auch die Wählervolatilität, was ich in dem darauf folgenden Kapitel untersucht habe.

Im weiteren Verlauf der Analyse wird auf die Zivilgesellschaft und die Gewerkschaften eingegangen, um das Verhalten der Bevölkerung und ihrer Interessenorganisationen darzustellen. Darauf folgt eine Untersuchung der Praxis der direkten Demokratie in Slowenien sowie die Analyse der politischen Kultur, vor allem des Vertrauens der Bevölkerung in die Institutionen und in die Demokratie. Wenn das Vertrauen der Menschen in die Politik sehr niedrig ist und die politische Beteiligung Mängel aufweist, kann dies eine repräsentative Demokratie gefährden. Daher muss auch diese Problematik bedacht werden.

5.1. Politisches System Sloweniens seit dem Jahr 1990

Slowenien ist eine demokratische Republik mit einem parlamentarischen System. Der Staat hat im Jahr 1991 eine grundlegende Verfassung über seine Unabhängigkeit und Selbständigkeit beschlossen und damit hat sich der Staat als demokratisch, rechtsstaatlich und sozial gegründet. Es wurden damit die rechtlichen Grundlagen für jene Institutionen geschaffen, die es dem Staat ermöglichen, dass er als solcher souverän handeln und sich als moderner Staat im internationalen und europäischen Umfeld einordnen kann.⁷⁵

Die Präambel der Verfassung hebt die freie demokratische verfassungsrechtliche Ordnung hervor, die die allgemeinen Menschenrechte und Grundfreiheiten garantiert. Sie basiert auf der grundlegenden Verfassungsurkunde über die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Republik Slowenien vom 25. Juni 1991. Die Präambel der Verfassung akzentuiert gleich zu Anfang die Feststellung, dass die ehemalige Sozialistische Republik Jugoslawien gesetzlich nicht geregelt war und dass schwerwiegende Grundfreiheits- und Menschenrechtsverletzungen in dieser Zeit begangen worden waren.

In Slowenien gilt das Prinzip der Gewaltenteilung, das zwischen der gesetzgebenden, der vollziehenden und der rechtsprechenden Gewalt unterscheidet. Das Prinzip der Gewaltenteilung wird in Slowenien durch das parlamentarische System verwirklicht. Die entscheidende Rolle hat das Parlament, das alle Gesetze verabschiedet, die Regierung dagegen führt die Gesetze aus und die Gerichte übernehmen die Aufgabe der Rechtsprechung. Die drei Gewalten werden miteinander durch das Prinzip der „Checks and Balances“ („der Kontrolle und des Ausgleichs“) verbunden.⁷⁶

Das parlamentarische System in Slowenien hat jedoch einige Besonderheiten. Die Stellung des Parlaments wird im Verhältnis zu der Regierung hervorgehoben, denn das Parlament hat umfassende Zuständigkeiten bei der Regierungsbildung. Wenn in Slowenien über das Parlament gesprochen wird, ist damit nur die Staatsversammlung (državni zbor) gemeint, denn der Staatsrat (državni svet) hat als zweite Kammer im Parlament nur geringe Zuständigkeiten. Allerdings spielt der Staatsrat bei den Gesetzgebungsverfahren eine Rolle, weil er die verabschiedeten Gesetze mit einem suspensiven Veto belegen, Gesetzesvorlagen einbringen und Stellungnahmen zu Gesetzen abgeben kann. Dazuhin kann er noch Referenden

⁷⁵ Vgl. Bučar, 1998, S. 7.

⁷⁶ Vgl. Trstenjak, 2010, S. 34.

ausschreiben oder parlamentarische Untersuchungen fordern. Jedoch hat der Staatsrat der Regierung gegenüber keine Zuständigkeiten, weder bei der Wahl des Regierungschefs oder der Minister, noch beim Misstrauensvotum.⁷⁷ Der Staatsrat ist daher eine „*unvollkommene zweite Kammer*“.

In die Staatsversammlung werden 90 Abgeordnete für vier Jahre gewählt. Sie ist das gesetzgebende Organ und übernimmt eine wichtige Rolle bei der Regierungsbildung, denn das Parlament wählt den Ministerpräsidenten auf Vorschlag des Staatspräsidenten sowie alle Minister, ob Fachminister oder Minister ohne Portefeuille. Jeder Ministerkandidat muss zu einer Anhörung vor den zuständigen Parlamentsausschuss.⁷⁸ Die Staatsversammlung kann der Regierung oder jedem Minister das Misstrauen aussprechen und damit ist die Regierung stark von der Staatsversammlung abhängig. Wenn der Verdacht auf Gesetzesverstöße besteht, kann die Staatsversammlung die parlamentarischen Untersuchungen einfordern.

Die oberste Behörde der Staatsverwaltung ist die Regierung, bei der auch die vollziehende Gewalt liegt. Die Regierung hat 17 Mitglieder: den Ministerpräsidenten, die 14 Fachminister und zwei Minister ohne Portefeuille. Die Verwaltungsaufgaben auf staatlicher Ebene werden von den 14 Ministerien und den Regierungsdiensten übernommen. Die Verwaltungseinheiten, die die Aufgaben der Staatsverwaltung auf lokaler Ebene übernehmen, repräsentieren hingegen den „*verlängerten Arm*“ des Staates. Die slowenische Regierung ist dem Parlament gegenüber verantwortlich, allerdings hat die Regierung auch die Möglichkeit auf die Tätigkeit der Staatsversammlung einzuwirken, da sie mit Zustimmung des Staatspräsidenten vorzeitige Neuwahlen ausschreiben und damit die Staatsversammlung auflösen kann.⁷⁹ Eine besondere Stellung in der slowenischen Regierung übernimmt der Ministerpräsident, der einen wesentlichen Einfluss auf die Tätigkeiten der Regierung hat. Trotz der starken Rolle der Regierung in Slowenien, vertritt ein Teil der Rechtslehre in Slowenien die Ansicht, dass in Slowenien die Regierung noch immer nicht jene Stellung einnimmt, die sie ihrer Meinung nach im System der Gewaltenteilung haben sollte. Damit ist gemeint, dass die Regierung noch immer dem Parlament beziehungsweise der Staatsversammlung zu stark untergeordnet sei.⁸⁰

Die Stellung der slowenischen Regierung ist sehr von dem Machtverhältnis der Parteien im Parlament abhängig. Die Stärke der Koalitionsparteien und die Anzahl der Mandate beeinflussen die Macht und die Stabilität der Regierung. Diese wiederum werden in hohem Maße von dem

⁷⁷ Vgl. Trstenjak, 2010, S. 34.

⁷⁸ Vgl. Ebenda S. 35.

⁷⁹ Vgl. Ebenda.

⁸⁰ Vgl. Brandt, 2010, S. 59.

Wahlsystem bestimmt. In Slowenien gibt es das Verhältniswahlrecht, das eine größere Anzahl der Parteien im Parlament ermöglicht. Die parteiliche Vertretung im Parlament hat einen Einfluss auf die politische Orientierung der Regierung.⁸¹

Die rechtsprechende Gewalt wird von Gerichten und ihren Richtern ausgeübt. Die Richter werden von der Staatsversammlung auf Vorschlag des Richterrates gewählt und üben ihr Amt auf Dauer aus. Der Richterrat hat sechs Mitglieder, die von den Richtern gewählt und fünf Mitglieder die von der Staatsverwaltung gewählt werden.⁸²

Das Staatsoberhaupt, der Staatspräsident, wird für eine Amtszeit von fünf Jahren unmittelbar von der Bevölkerung gewählt und kann sein Mandat höchstens zweimal hintereinander ausüben. Er vertritt den Staat, ist der Oberbefehlshaber der Verteidigungskräfte der Republik Slowenien und schreibt die Wahlen zur Staatsversammlung aus. Der Staatspräsident hat gewisse Zuständigkeiten bei der Regierungsbildung, im Krieg und im Ausnahmezustand. Er schlägt dem Parlament einen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten vor. Er schlägt weiterhin die Richter des Verfassungsrechts, die Mitglieder des Rechnungshofs und die Mitglieder des Rates der Zentralbank vor und ernennt die Botschafter. Hingegen hat er keinerlei Einfluss auf die Benennung der Minister. Diese Aufgabe fällt dem designierten Ministerpräsidenten zu. Falls es der Staatsversammlung nicht gelingt einen Ministerpräsidenten zu wählen, kann der Präsident die Staatsversammlung auflösen. Wenn sich der Staatspräsident mit seinem Vorschlag nicht durchsetzt, hat die Staatsversammlung das Vorschlagsrecht.⁸³ Der Staatspräsident hat nur einen geringen Einfluss auf das Parlament und die Regierung, wie auch umgekehrt die Regierung und das Parlament auf den Staatspräsidenten. Im Fall der Verletzung der Verfassung oder von anderen schweren Gesetzesverletzungen kann die Staatsversammlung auf Vorschlag von mindestens 30 Abgeordneten eine Anklage gegen den Staatspräsidenten vor dem Verfassungsgerichtshof erheben. Dieser kann den Staatspräsidenten mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen aller Richter des Amtes entheben oder aber ihn freisprechen.⁸⁴ Seit der Unabhängigkeit Sloweniens genoss der Staatspräsident ein hohes Maß an Legitimität und gesellschaftlichem Vertrauen.

In einer repräsentativen Demokratie sind die Wahlen eines der wichtigsten Rechtsinstitute. Die Bürger wählen ihre Repräsentanten, die einen bestimmten Auftrag haben, um wichtige politische Entscheidungen im Namen der Staatsbürger zu treffen. Das Wahlsystem umfasst

⁸¹ Vgl. Brandt, 2010, S. 75.

⁸² Vgl. Trstenjak, 2010, S. 36.

⁸³ Vgl. Lukšič, 2010, S. 91.

⁸⁴ Ebenda, S. 92.

somit alle Rechte und Verfahren, die sich auf das Wahlrecht, die Bestimmung der Wahlbezirke und der Wahlorgane, auf die Kandidatur sowie auf die Bestätigung der Kandidatenlisten, auf die Stimmabgabe in den Wahlkabinen, die Feststellung der Wahlergebnisse, die Aufteilung der Mandate, die Wahrung des Wahlrechts und Ähnliches beziehen.⁸⁵ Die im Dezember 1991 verabschiedete Verfassung sieht ein allgemeines und gleiches Wahlrecht vor und gesteht das aktive und passive Wahlrecht jedem Staatsbürger und jeder Staatsbürgerin zu, der/die das 18. Lebensjahr vollendet hat. Damit kann jeder Staatsbürger wählen, der das 18. Lebensjahr vollendet hat und auch als Abgeordneter oder für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren. Im Jahr 1996 wurde über das Wahlsystem mit einem Referendum abgestimmt. Die Wähler konnten sich zwischen drei Systemen entscheiden: zwischen dem Verhältniswahlrecht, dem kombinierten Wahlsystem und dem Mehrheitswahlrecht mit zwei Durchgängen. Von den drei Vorschlägen erhielt keiner die absolute Mehrheit, jedoch fand das Mehrheitswahlrecht mit zwei Wahlgängen die höchste Zustimmung. Weil das Mehrheitswahlrecht mit zwei Durchgängen nicht sofort implementiert wurde, stellte der Verfassungsgerichtshof fest, dass sehr wohl das Mehrheitswahlrecht mit zwei Durchgängen durch das Referendum angenommen worden war und dass es gesetzlich von der Staatsversammlung festgeschrieben werden müsse. Trotz einiger Versuche gelang es der Staatsversammlung nicht, das neue Wahlgesetz im Sinne des Spruchs des Verfassungsgerichtshofs anzunehmen, also entschloss sie sich, stattdessen die Verfassung abzuändern. Die Verfassung wurde dahingehend ergänzt, dass die Wahlen zur Staatsversammlung nach dem Verhältniswahlrecht abzuhalten sind.⁸⁶

Die Mitglieder des Staatsrates werden mittelbar gewählt. Da sie die Vertreter bestimmter Interessen sind, werden sie auf der Grundlage eines besonderen Wahlrechts von den Trägern dieser Interessen gewählt. Sie werden in den entsprechenden Interessenverbänden und lokalen Gemeinschaften nach Wahlkörpern gewählt, die aus den Mitgliedern der Vertretungsorgane der Interessenverbände bzw. aus den lokalen Gemeinschaften zusammengesetzt sind.⁸⁷

Der Staatspräsident wird unmittelbar durch allgemeine und geheime Wahlen von der Bevölkerung gewählt. Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten können von den Abgeordneten der Staatsversammlung, von politischen Parteien, von der Regierung und auch direkt von den Wählern (mit mindestens 5.000 Unterstützungsunterschriften) vorgeschlagen werden.⁸⁸

⁸⁵ Toplak, 2010, S. 114.

⁸⁶ Vgl. a.a.O., S. 115.

⁸⁷ Vgl. a.a.O., S. 125.

⁸⁸ Vgl. Ebenda, S. 126.

Lokalwahlen umfassen insbesondere die Bürgermeisterwahlen und die Gemeinderatswahlen. Die Bürgermeister werden unmittelbar mit absoluter Mehrheit gewählt. Wenn im ersten Wahlgang kein Kandidat die Mehrheit erreicht, folgt eine Stichwahl zwischen den beiden erfolgreichsten Kandidaten. Die Gemeinderäte werden in unmittelbaren Wahlen ermittelt und haben je nach Einwohnerzahl 7 bis 45 Mitglieder. Gemeinderäte, die 7 bis 11 Mitglieder haben, werden nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt, während diejenigen, die aus 12 oder mehr Räten bestehen, nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden. Auch die Vertreter der Stadtviertelgemeinschaften werden nach dem Verhältniswahlrecht gewählt, während bei der Wahl der Vertreter der Dorf- und Ortsgemeinschaften immer das Mehrheitswahlrecht angewandt wird.⁸⁹

Die Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments werden nach dem d'Hondt'schen Verfahren durchgeführt. Von politischen Parteien oder mindestens 3000 Wählern werden die Kandidatenlisten vorgeschlagen, die maximal sieben Namen enthalten können. Erstmals wird auch eine Frauenquote vorgeschrieben, das heißt, dass auf jeder Liste beide Geschlechter zu mindestens 40% vertreten sein müssen. Die Wähler stimmen entweder für die gesamte Kandidatenliste, oder aber sie präferieren einzelne Kandidaten.⁹⁰

Die slowenische Demokratie enthält Merkmale einer direkten und indirekten Demokratie. Laut Art. 3 der Verfassung geht die Staatsgewalt vom Volke aus. Sie kann unmittelbar oder mittelbar durch Wahlen ausgeübt werden.⁹¹ Typische Instrumente der direkten Demokratie in Slowenien sind das Volksbegehren als Initiativrecht (Volksinitiative), das Gesetzesreferendum (Volksabstimmung), das Verfassungsreferendum und das Petitionsrecht.⁹² Mehr zu der Ausübung der direkten Demokratie in Slowenien werde ich in einem selbständigen Kapitel ausführen. Die indirekte Demokratie bezieht sich vor allem auf das Verhältnis zwischen den Abgeordneten, der Staatsversammlung und dem Volk. Die politischen Parteien sind in der slowenischen indirekten bzw. repräsentativen Demokratie von maßgebender Bedeutung. Die Abgeordneten übernehmen die Vertretung des Volkes und sind in ihren Entscheidungen selbstständig. Sie können während der Zeit ihres Mandates nicht abberufen werden, denn in Slowenien gilt das freie Mandat der Abgeordneten, weil sie nicht an die Weisungen der Wähler gebunden sind.⁹³

⁸⁹ Vgl. a.a.O., S. 129.

⁹⁰ Vgl. Ebenda.

⁹¹ Trstenjak, 2010, S. 36.

⁹² Brenneis, 2009, S. 135.

⁹³ Vgl. Trstenjak, 2010, S. 37.

5.2. Instrumente der direkten Demokratie in Slowenien auf nationaler Ebene

Mit der Verfassung der Republik Slowenien (*Ustava Republike Slovenije, URS*) aus dem Jahre 1991 wurden die wichtigsten Formen der direkten Demokratie in das slowenische Rechtssystem eingeführt. Die unmittelbare Beteiligung der Bevölkerung bei der Annahme der wichtigsten Entscheidungen wird damit auf der staatlichen und auch auf der lokalen Ebene gefördert.⁹⁴ Die wichtigsten Instrumente der direkten Demokratie in Slowenien werden in dem folgenden Kapitel dargestellt.

Petitionsrecht

Das Petitionsrecht ist in der slowenischen Verfassung in Artikel 45 dargelegt. Dieser lautet: „Jeder Staatsbürger hat das Recht, Petitionen und andere Anregungen allgemeiner Bedeutung einzubringen“ (URS, Artikel 45). Das Petitionsrecht ist in Slowenien ein Recht, das jedem Einzelnen zusteht und das bei allen staatlichen Organen eingebracht werden kann. In der Praxis werden die eingegangenen Petitionen an das Parlament weitergeleitet, die dann dort von der Petitionskommission (*Komisija za peticije*) behandelt werden.⁹⁵

Volksbegehren (Volksinitiative)

Um einen Volksbegehren (*ljudska iniciativa*) beim Parlament zu beantragen braucht man in Slowenien die Unterstützung von nur 0.25% der Bevölkerung.⁹⁶ Das Gesetz über das Referendum und über die Gesetzesinitiative bzw. das Volksbegehren ZRLI (*Zakon o referendumu in ljudski iniciativ*) regelt das Verfahren beim Volksbegehren. Es bestimmt, dass die Wähler einen ausgearbeiteten Vorschlag zur Verfassungs- bzw. Gesetzesänderung vorlegen können.⁹⁷ Nach Artikel 88 URS steht das Gesetzesinitiativrecht der Regierung, jedem Abgeordneten und mindestens fünftausend Wählern zu. Artikel 97 URS. erweitert diesen Kreis noch um den Staatsrat. Jeder Wähler, jede politische Partei sowie jede andere Vereinigung von Staatsbürgern kann einen Volksbegehren starten.

⁹⁴ Vgl. Kaučič, 2010, S. 135.

⁹⁵ Vgl. Vospernik, 2000, S. 77.

⁹⁶ Vgl. Brenneis, 2009, S. 155.

⁹⁷ Vgl. Kaučič, 2010, S. 143.

Die Initiative wird von der Initiativgruppe dem Staatsversammlungspräsidenten übergeben. Innerhalb von 60 Tagen müssen dann alle Unterschriften gesammelt werden. Wenn die Unterschriften gesammelt sind, werden diese wiederum dem Staatsversammlungspräsidenten übergeben.⁹⁸ Die Gesetzesinitiative muss von der Staatsversammlung behandelt werden. Gerade wegen dieser sehr niedrigen Hürde von fünftausend Unterstützungsunterschriften kommt es zwar recht häufig zu Volksinitiativen, diese führen aber nur selten zu einem entsprechenden Gesetzesbeschluss der Staatsversammlung.⁹⁹ Denn mit dem Volksbegehren können die Wähler die Entscheidungen mitgestalten und ihren Inhalt beeinflussen, jedoch können sie nicht unmittelbar die endgültige Entscheidung herbeiführen. Diese endgültige Entscheidung fällt in die Zuständigkeit der Staatsversammlung.¹⁰⁰ Die Staatsversammlung kann aber die Initiative ablehnen und muss die Entscheidung gegenüber den Proponenten nicht begründen, daher bleibt oft die Initiative „auf halbem Wege“ stecken. Ein Volksbegehren zur Änderung der Verfassung ist ebenfalls möglich, bedarf jedoch der Unterstützung von 30.000 Wählern.

Konsultatives Referendum (Volksbefragung)

Ein rein konsultatives Referendum (*posvetovalni referendum*) ohne Bindung des Gesetzgebers ist in der slowenischen Verfassung nicht vorgesehen, sehr wohl aber im entsprechenden Ausführungsgesetz ZRLI (ZRLI Art. 26 ff (*Zakon o referendumu in ljudski iniciativi*, Gesetz über Volksbegehren und Volksabstimmung)). Ein konsultatives Referendum wird von der Staatsversammlung ausgeschrieben und behandelt die Fragen, die aus deren Zuständigkeitsbereich sind und die für die Staatsbürger von großer Bedeutung sind.¹⁰¹

Das konsultative Referendum kann im ganzen Staatsgebiet oder nur in einem Teilgebiet abgehalten werden (ZRLI, Art. 27) und ist nur für die Entscheidung über eine ganz bestimmte Frage möglich (ZRLI, Art. 28). Die Staatsversammlung ist nicht an das Ergebnis der Abstimmung gebunden (ZRLI, Art. 29). Das Verfahren ist dem Verfahren des gesetzgebenden Referendums ähnlich, allerdings ist das Ergebnis nicht bindend. Auf nationaler Ebene ist das konsultative Referendum bisher weitgehend bedeutungslos, wohingegen es auf kommunaler Ebene recht häufig zur Anwendung kommt.¹⁰²

⁹⁸ Vgl. Vospernik, 2000, S. 77.

⁹⁹ Vgl. Brenneis, 2009, S. 156.

¹⁰⁰ Vgl. Kaučič, 2010, S. 143.

¹⁰¹ Vgl. Vospernik, 2000, S. 79.

¹⁰² Vgl. Brenneis, 2009, S. 161.

Das gesetzgebende Referendum (Volksabstimmung)

Sehr große Bedeutung kommt in Slowenien dem gesetzgebenden Referendum (*zakonodajni referendum*) zu, das sicher das „stärkste“ Instrument der direkten Demokratie in Slowenien ist. Eine solche Volksabstimmung kann zu allen Fragen durchgeführt werden, die Gegenstand der Gesetzgebung der Staatsversammlung sein können.¹⁰³ Eine große Besonderheit des gesetzgebenden Referendums ist, dass vier verschiedene Akteure das Referendum verlangen können. Diese Besonderheit macht Slowenien im Vergleich mit anderen Staaten zum Unikum. Die Staatsversammlung in Slowenien kann selbst nach dem Artikel 90 Abs. 1 und 2 URS ein Referendum ausschreiben oder sie muss es tun, wenn dies ein Drittel der Abgeordneten, des Staatsrates oder 40.000 (2.6% der Wahlberechtigten) Wähler verlangen.¹⁰⁴

Bei einem Referendum sind alle wahlberechtigten Staatsbürger abstimmungsberechtigt. Der Gesetzesantrag gilt als angenommen, wenn bei dem Referendum die Mehrheit der Beteiligten dafür stimmen. Das Ergebnis eines Referendums wird durch ein Gesetz geregelt, dass von der Staatsversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der anwesenden Abgeordneten verabschiedet wird (URS, Artikel 90 Abs. 1 und 2).

Die slowenische Verfassung sieht keinerlei Beschränkungen vor, was die Materie betrifft, auf die sich ein Referendum beziehen kann. Ein Referendum ist in Slowenien über alle Gesetze möglich, es gibt jedoch Ausnahmen: Kein Referendum darf durchgeführt werden, wenn **erstens** schnelle Gesetzesreaktionen wegen außerordentlichen Erfordernissen des Staates, Naturkatastrophen oder Verteidigungsinteressen dies verlangen, wenn **zweitens** das schon beschlossene Budget davon betroffen ist und **drittens** bereits ratifizierte internationale Verträge damit verhindert werden sollen.¹⁰⁵

Ein vorangehendes Referendum, das als Vorlage für ein neues Gesetz verwendet wird, ist möglich. Ein Referendum kann aber auch erst nach dem erfolgten Gesetzesbeschluss vorgeschlagen werden. Man spricht dann von einer nachträglichen Volksabstimmung. Diese nachträgliche Volksabstimmung wird von der Opposition immer wieder als Mittel eingesetzt, um die von der Regierungsmehrheit beschlossenen Gesetze zu Fall zu bringen. Der zulässige Gegenstand des Gesetzesreferendums wird weder durch die Verfassung noch durch das

¹⁰³Vgl. Brenneis, 2009, S. 156.

¹⁰⁴Vgl. Ebenda.

¹⁰⁵Vgl. Vospernik, 2000, S. 81.

Ausführungsgesetz beschränkt, zudem kann das Referendum sowohl das Erlassen eines Gesetzes als auch die Aufhebung eines Gesetzesbeschlusses zum Ziel haben.¹⁰⁶

Das gesetzgebende Referendum stellt sich als ein besonders mächtiges Instrument der parlamentarischen Opposition dar. Dessen Ausschreibung kann nämlich auch von einem Drittel der Abgeordneten der Staatsversammlung verlangt werden.¹⁰⁷

Das gesetzgebende Referendum (*predhodni referendum*) über einen Gesetzesvorschlag kommt in Slowenien häufig zur Anwendung. Es darf nur über eine oder zwei Fragen des Gesetzesvorschlags abgestimmt werden und nicht über einen ganzen Gesetzesvorschlag. Die Besonderheit des Referendums liegt darin, dass das Volk vor dem Beschluss des Gesetzes abstimmen kann und das Parlament ist an das Resultat des Referendums gebunden.

Damit greift das Gesetzesreferendum stark in die Autonomie des Parlamentes ein, und das Volk übernimmt gewissermaßen selbst die Rolle des Gesetzgebers. Das bedeutet aber noch nicht, dass das Ergebnis des Referendums im Gesetzgebungsverfahren tatsächlich berücksichtigt wird, weil eben die Staatsversammlung die Operationalisierung des Referendumsergebnisses übernimmt.¹⁰⁸

Das Referendumsbegehren muss sich auf ein Gesetz beziehen, das vom Parlament behandelt wird, aber noch nicht in dritter Lesung ist (ZRLI, Art. 17, Abs. 1). Die Frage, die der Gegenstand des Referendums ist, muss klar ausgedrückt werden. Wenn die Staatsversammlung feststellt, dass dem nicht so ist, muss die Initiativgruppe die Verbesserung durchführen. Wenn die Initiativgruppe keine Nachbesserung zusichert, wird das Referendum nicht ausgeschrieben (ZRLI, Art. 15). Abgewiesene Proponenten haben ein Beschwerderecht beim Verfassungsgericht (ZRLI, Art. 15, Abs. 3). Auch die Staatsversammlung kann das Verfassungsgericht anrufen, wenn nach deren Ansicht das Referendumsbegehren verfassungswidrig ist. Die obersten Richter müssen dann innerhalb von dreißig Tagen entscheiden.

Die Initiative wird dem Parlamentspräsidenten übergeben und er entscheidet innerhalb von drei Tagen über den Zeitraum für die Unterschriftensammlung. Die Länge der Frist ist davon abhängig, ob die Initiative vor oder nach der ersten Lesung des Gesetzes beantragt wurde. Im ersten Fall liegt sie zwischen 45 und 60 Tagen, im zweiten Fall zwischen 30 und 45 Tagen (ZRLI, Art. 17, Abs. 2). Die Staatsversammlung ist verpflichtet das Ende der Unterschriftensammlung

¹⁰⁶ Vgl. Brenneis, 2009, S. 160.

¹⁰⁷ Vgl. Lukšič 2004, S. 656, zit. nach: Brenneis, 2009, S. 157.

¹⁰⁸ Vgl. Vospernik, 2000, S. 81.

abzuwarten, bevor sie mit der dritten Lesung beginnt (ZRLI, Art. 17, Abs. 3). Die Unterschriftensammlung funktioniert so, dass das Innenministerium ein Formblatt bereitstellt, das die Wähler persönlich vor dem zuständigen Organ unterschreiben müssen (ZRLI, Art. 13, Abs. 4). Die ausgefüllten Formblätter müssen sie den Initiatoren übergeben.

Kommt das Referendumsbegehren zustande, muss die Staatsversammlung innerhalb von 30 Tagen das Referendum ausschreiben. Anschließend prüft das Verfassungsgericht, ob das Referendumsbegehren der Verfassung nicht widerspricht. Wenn das Begehren nicht verfassungswidrig ist muss die Staatsversammlung 7 Tage nach Erhalt der Entscheidung des Verfassungsgerichts das Referendum ausschreiben. Nach Artikel 90 Abs. 1 URS und Art. 25 Abs. 1 ZRLI ist die Staatsversammlung an das Ergebnis des Referendums gebunden.

In einigen Fällen hat sich das als problematisch erwiesen, da das Gesetz vom Parlament beschlossen werden muss. Im Fall, dass das Referendum von der Minderheit im Parlament verlangt wurde, konnte die Mehrheit des Parlaments die Umsetzung des Referendums doch noch verhindern. Es geschah bereits, dass das Parlament den Willen der Wähler nicht berücksichtigt hat. In vielen Fällen war das Parlament einfach untätig. Es sind jedoch laut Verfassung und laut ZRLI Gesetz keine Rechtsmittel vorgesehen, mit denen die Nichtumsetzung des Referendumsbegehrens angefochten werden könnte. Obwohl laut Artikel 25 Abs. 3 URS, die Staatsversammlung an die Durchsetzung des Referendumergebnisses auf ein Jahr nach der Abstimmung gebunden ist, kommt es nicht immer zur Anwendung.¹⁰⁹ Die Frist von einem Jahr ist allerdings zu kurz, weil sie dem Wähler keine zuverlässige Zusicherung gibt, dass die Referendumsentscheidung innerhalb dieser Zeit tatsächlich berücksichtigt wird.

In der Praxis hat sich schon gezeigt, dass diese Gesetzeslücke ausgenutzt wurde und die Referendumsentscheidung zwar angenommen, sie aber nicht in die Gesetzesformulierung übernommen wurde. Auch die Ergebnisse des Referendums aus dem Jahr 2003 wurden nicht berücksichtigt. Bei diesem Referendum wurde über die Ladenöffnungszeiten an den Sonntagen abgestimmt.

Eine Möglichkeit des gesetzgebenden Referendums ist auch das nachträgliche Referendum oder Vetoreferendum, das nur über die Annahme oder Ablehnung eines schon beschlossenen Gesetzes entscheidet.¹¹⁰ Dabei entsteht kein Problem, weder wegen des konkurrierenden Referendumbegehrens noch wegen der Operationalisierung des Ergebnisses. Sieben Tagen nach dem Beschluss des Gesetzes können der Staatsrat oder 30 Abgeordnete der Staatsversammlung

¹⁰⁹ Vgl. Kaučič, 2010, S. 139.

¹¹⁰ Cerar 1996, S. 315.

ihr Referendumsbegehren anmelden, für die Sammlung der 40.000 Unterschriften wird hingegen eine Frist von dreißig Tagen gewährt. Die Unterschriftsammlung erfolgt genauso wie beim gesetzgebenden Referendum. Das Referendum muss sieben Tage nach Eintreffen des Referendumsbegehrens von der Staatsversammlung ausgeschrieben werden.¹¹¹

Das Referendum zur Verfassungsänderung

Ganz ähnlich wie das Gesetzesreferendum ist das verfassungsändernde Referendum (*ustavnorevizijski referendum*) gestaltet. Für eine Verfassungsänderung müssen zwei Drittel aller Abgeordneten zustimmen (Art. 169, URS). Jedoch kann ein Drittel aller Abgeordneten die Abhaltung eines Referendums über eine Verfassungsänderung verlangen (Art. 170, URS). Für das Referendum zur Verfassungsänderung ist die Mindestbeteiligung von 50 % der Stimmberechtigten vorgeschrieben.¹¹² Das Ergebnis bindet die Staatsversammlung außerdem länger als beim Gesetzesreferendum und zwar für zwei Jahre. Die allgemeine Tendenz der slowenischen Verfassung, für eine Verfassungsänderung ein besonderes Verfahren vorzusehen, zeigt sich auch bei den Bestimmungen über die Volksabstimmung: Die Gültigkeit der Annahme durch das Volk bedarf einer Mindestbeteiligung von über 50 % der Bevölkerung und die Bindungswirkung hält doppelt so lange an, nämlich 2 Jahre.¹¹³ Bisher ist es in Slowenien noch zu keinem einzigen Verfassungsreferendum gekommen.

¹¹¹ Vgl. Brenneis, 2009, S. 157.

¹¹² Vgl. Ebenda, S. 162.

¹¹³ Vgl. Cerar, 1995, S. 82, zit. nach: Brenneis 2009, S. 162.

5.3. Parteiensystem in Slowenien

„A political party is an association of citizens trying to realize their political objectives by democratically forming the political will of citizens and by proposing candidates for parliamentary, presidential and local elections.“¹¹⁴

Parteien sind für die repräsentative Demokratie die zentralen Akteure, deshalb wird das Parteiensystem in Slowenien dargelegt und die wichtigsten Parteien werden beschrieben.

Jeder kann Mitglied bei einer der politischen Parteien Sloweniens werden, der die Bedingungen des vorgeschriebenen Gesetzes und den Parteienstatus erfüllt. Seit Ende des 19. Jahrhunderts entstanden die ersten politischen Parteien auf slowenischem Gebiet. Schon damals bildeten sich in der Parteienlandschaft zwei große Blöcke und ein kleiner aus. Die ersten beiden Blöcke waren der katholische und der liberale Block, der dritte war der soziale Block. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat sich die Linke Arbeiterpartei, die später zur Kommunistischen Partei wurde, in der politischen Arena durchgesetzt. Diese Parteienvielfalt hat sich dann bis zum zweiten Weltkrieg in der Politik auf slowenischem Gebiet etabliert.¹¹⁵

Nach dem zweiten Weltkrieg wurden alle politischen Parteien verboten und durch die sozialpolitischen Organisationen ersetzt. Die führende Rolle übernahm dabei der Kommunistische Völkerbund. Damit setzte sich das Einparteiensystem durch. Die Kommunistische Partei hatte die absolute Herrschaft über den staatlichen Apparat und somit auch die Führung auf der ganzen politischen Bühne übernommen. Gleichzeitig wollte sie auch über das soziale Leben der Gesellschaft bestimmen. Sie duldete keine neuen Zusammenschlüsse, aber als im Jahr 1989 das Monopol hierfür durch einen Annex zum Gesetz abgeschafft wurde, öffnete sich die politische Landschaft.¹¹⁶

Die Herrschaft der Kommunistischen Partei endete nach 45 Jahren im Jahr 1990 mit den ersten freien Wahlen. Eine Koalition von neuen politischen Parteien, genannt DEMOS (Demokratische Opposition Sloweniens), gewann diese Wahl. Die Koalition DEMOS bestand aus drei neu gegründeten Zusammenschlüssen die sich später als politische Parteien in dem slowenischen

¹¹⁴ Zver/ Brezovšek/Haček, 2007, S. 136.

¹¹⁵ Vgl. a.a.O., S. 134.

¹¹⁶ Vgl. Ebenda.

demokratischen System etablierten: Die Slowenische Demokratische Partei, die Slowenische Christliche Partei und die Sozialdemokratische Partei. Diese Koalition hat durch eine erfolgreiche Zusammenarbeit und Homogenität die Unabhängigkeit Sloweniens erkämpft. Obwohl sich die Parteien ideologisch unterschieden, waren sie fest entschlossen zusammenzuarbeiten, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen: Die Unabhängigkeit Sloweniens.¹¹⁷

Krašovec meint, dass die modernen slowenischen Parteien ihre Wurzeln in den zivilgesellschaftlichen Bewegungen haben, da sie als sozialer Akteur in die politische Bühne eingestiegen sind.¹¹⁸

Die Kommunistische Partei hatte sich schon in der Mitte der achtziger Jahre teilweise transformiert, da sie unter dem Druck der demokratischen Opposition und allgemeiner Unzufriedenheit mit dem System stand. Trotzdem hat die kommunistische Elite ihren politischen Einfluss bewahren können¹¹⁹

Nach dem Ende der kommunistischen Einparteiendiktatur konnten sich die noch jungen Parteien und Bürgerbewegungen frei entfalten. Allerdings bestand die Befürchtung, dass nach deren anfänglichem Triumph die alten Parteieliten die Herrschaft wieder übernehmen könnten, auch wenn sie sich neue Namen und postkommunistische Erscheinungsformen zugelegten.¹²⁰ Die ehemalige Kommunistische Partei hat sich von ihrem veralteten Image gelöst und sich in eine politische Partei mit liberalem Erscheinungsbild verwandelt. Nach der Auflösung von DEMOS reformierte sich die ehemalige sozialpolitische Organisation zu einer neuen politischen Partei Sloweniens und betrat die politische Bühne.¹²¹

Es gab noch eine weitere Befürchtung und zwar „*dass es zu einer Explosion des Parteiensystems mit zahlreichen Neugründungen und damit zu einer hochgradigen Zersplitterung und ideologischen Fragmentierung mit allen Problemen der Mehrheitsbildung kommen könnte, dass also Vielparteiensysteme mit polarisiertem Pluralismus entstehen würden.*“¹²²

Im slowenischen politischen System gab und gibt es nach wie vor Tendenzen in Richtung des polarisierten Pluralismus. Die Parteienlandschaft in Slowenien ist extrem vielfältig. Von den insgesamt 58 politischen Parteien wurden bei den Wahlen am 21.9.2008 sieben Parteien in die

¹¹⁷ Vgl. Zver/Brezovšek/Haček, 2007, S. 135.

¹¹⁸ Vgl. Krašovec, 2000, S. 24 zit.nach: Zver/ Brezovšek/Haček, 2007, S. 135.

¹¹⁹ Vgl. Zver/Brezovšek/Haček, 2007, S. 135.

¹²⁰ Vgl. Veen, 2005, S. 25.

¹²¹ Vgl. Zver/Brezovšek/Haček, 2007, S. 135.

¹²² Veen, 2005, S. 25.

Staatsversammlung gewählt. Dazu kommen noch die beiden Vertreter der autochthonen italienisch- und ungarisch-sprachigen Minderheiten, die zusammen eine Fraktion bilden.¹²³

In Slowenien besteht ein Mehrparteiensystem und dadurch können auch kleinere und jüngere Parteien an die Macht gelangen, wenn sie koalitionsfähig sind. Ein proportionales Wahlsystem bietet den kleineren Parteien größere Chancen als ein Mehrheitssystem. Die Hürde für den Einzug ins Parlament liegt seit dem Jahr 2000 bei 4 Prozent (vor 2000 lag die Hürde bei 3.3 Prozent).¹²⁴

Dadurch sind verhältnismäßig viele Parteien im Parlament vertreten.¹²⁵ Um eine neue Partei zu gründen braucht man nur 200 Unterschriften von der Bevölkerung, außerdem ein Parteiprogramm und interne Regeln.¹²⁶ Anhand der oben erwähnten Abläufe kann man sagen, dass es sehr einfach ist, in Slowenien eine neue Partei zu gründen.

Laut Meinungsforschungsstudien in der Periode zwischen 1995 und 2006 herrscht bei der slowenischen Bevölkerung keine große Begeisterung, wenn neue Parteien gegründet werden. Zwischen 10 und 15 Prozent der Bevölkerung stimmt der Gründung der neuen Parteien zu, was ein eher niedriges Ergebnis ist.¹²⁷ Trotzdem haben bei den Parlamentswahlen im Dezember 2011 neue Parteien gesiegt, wobei die „Partei Positives Slowenien“ und die neu gegründete Liste von Gregor Virant in Führung lagen. Beide Parteien wurden erst kurz vor den Wahlen gegründet und erhielten zusammen mehr als 36 Prozent der Wählerstimmen.

Es gibt in Slowenien keine Parteien, die das System ablehnen und es werden auch keine solchen Forderungen aufgestellt. Stattdessen ist die slowenische politische Landschaft durch ideologische Konflikte belastet, die auf dem kulturellen Kampf und der Beziehung zur jüngeren Geschichte basieren. Der Konflikt vertieft die Polarisierung in der Gesellschaft. Neben der Polarisierung ist es auch ein Problem, dass die Zivilgesellschaft in der Beziehung zu politischen Parteien und Eliten zu schwach ist, und dass die Politik immer mehr personalisiert wird.¹²⁸

Postkommunistische Parteien sind durch eine hohe Fragmentierung und hohe Wählervolatilität bestimmt. Das Vertrauen in diese Parteien ist allerdings niedrig. Obwohl viele Spaltungen ähnlich sind wie die in den westeuropäischen Parteien, ist die wesentliche Differenz bei

¹²³ Vgl. Brenneis, 2009, S. 177.

¹²⁴ Vgl. Fink-Hafner/Krašovec, 2011, S. 11.

¹²⁵ Vgl. Mareš, 2011, S. 362.

¹²⁶ Fink-Hafner, 2001, zit nach: Fink-Hafner/Krašovec, 2011, S. 7.

¹²⁷ Vgl. Fink-Hafner/Krašovec, 2011, S. 14.

¹²⁸ Vgl. Zver/Brezovšek/Haček, 2007, S. 136.

postkommunistischen Parteien die zwischen der kommunistischen und antikommunistischen Linie.¹²⁹

Nach der politischen Transformation und Demokratisierung am Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, können wir zwei Gruppen von Parteien in Slowenien identifizieren: neu entstandene Parteien und die transformierten Parteien. In der folgenden Tabelle sind die wichtigsten Parteien in der postsozialistischen Ära aufgelistet und näher beschrieben.

Die Slowenische Liberale Partei (*Slovenska Ljudska Stranka, LDS*) war die größte parlamentarische Partei in der Periode zwischen 1992 und 2004 (mit einer kurzen sechsmonatigen Unterbrechung im Jahr 2000), die eine liberale Politik aus sozialen und ökonomischen Sichtweisen vertrat. Zwischen 2004 und 2008 war sie als oppositionelle Partei im Parlament tätig, wobei es allerdings in dieser Zeit zu einer inneren Spaltung gekommen ist und viele Mitglieder und Abgeordnete die Partei verlassen haben.¹³⁰ Im Jahr 2008 bildete die Partei eine Regierungskoalition mit den führenden Sozialdemokraten (SD). Allerdings war die Zahl ihrer Mitglieder zurückgegangen. Die LDS verließ im Sommer 2011 die Regierungskoalition, was im September zum Scheitern der Regierung beigetragen hat. Bei den Wahlen im Dezember 2011 erhielt die Partei LDS 1.48 Prozent der Stimmen und musste das Parlament nach 21 Jahren verlassen.¹³¹

Auch die Slowenische Demokratische Partei (*Slovenska Demokratska Stranka, SDS*) ist seit der Unabhängigkeit Sloweniens Mitglied im Parlament. Sie wurde als Slowenische Sozialdemokratische Partei im Jahr 1989 gegründet und wurde später zur Slowenischen Demokratischen Partei umbenannt. Die Partei befindet sich auf dem Mitte-rechts-Spektrum. Bei den Wahlen 2008 siegte die Partei unter der Leitung vom damaligen Präsidenten und späteren Premierminister Janez Janša und übernahm die Mitte-rechts-Regierungsführung¹³² Bei den Wahlen im Dezember 2011 bekam sie als zweitstärkste Partei 26.19 Prozent der Wählerstimmen.

Die Sozialdemokratische Partei (*Socialdemokratska stranka, SD*), gegründet im Jahr 1989, ist im slowenischen Parlament schon seit den ersten Wahlen 1990 vertreten. Im Jahr 2008 siegte die Partei bei den Wahlen und ihr Vorsitzender Borut Pahor übernahm die Regierungsführung.

¹²⁹ Vgl. Bertelsman Transformation Index, 2010, S. 10.

¹³⁰ Vgl. Krašovec/Haughton, 2011, S. 200.

¹³¹ Vgl. a.a.O., S. 200f.

¹³² Vgl. Ebenda.

Jedoch hatte Pahor bei der Regierungsführung viele Probleme und seine Mitte-links-Regierung befand sich in der Krise. Nach der zweiten Hälfte ihrer Amtszeit war sie ständig unter dem politischen Druck der Opposition, aber gleichzeitig wurde sie von innerer Spaltung und Instabilität heimgesucht. Die Regierung wurde am 20. September 2011 durch eine Vertrauensabstimmung im Parlament gestürzt.

Die Slowenische Volkspartei (*Slovenska Ljudska Stranka*, **SLS**), gegründet im Jahr 1988, war zwischen 1996 und 2008 Koalitionsmitglied. Die Partei ist die rechtliche Nachfolgerin der 1892 gegründeten Katholischen Volkspartei (*Katoliška narodna stranka*). Sie vertritt die traditionellen gesellschaftlichen Werte und die Interessen der Bauern und Bäuerinnen. Sie hat auch einige staatliche Eingriffe in die Wirtschaft befürwortet. Im Jahr 2000 kam es zur inneren Spaltung, was zur Folge hatte, dass einige Mitglieder die Partei verließen und die neue Partei Nova Slovenija (Neues Slowenien, Slowenische Christliche Volkspartei Partei, **NSi**) gründeten¹³³

Die Neue Slowenische Christliche Volkspartei (*Nova Slovenija*, *Krščanska ljudska stranka*, **NSi**) wurde im Jahr 2000 gegründet und ist Mitglied der Europäischen Volkspartei. Zwischen den Jahren 2000 und 2008 war die Partei im Parlament vertreten. Nach den Wahlen im Jahr 2008 hatte sie die Vier-Prozent-Hürde nicht erreicht und war bis zum Jahr 2011 im Parlament nicht anwesend, jedoch hat sie bei den Wahlen im Dezember 2011 eine Rückkehr ins Parlament geschafft.

Eine weitere Partei, die erwähnt werden muss, ist die Demokratische Partei der Rentner Sloweniens (*Demokratska stranka upokojencev*, **DESUS**), die im Jahr 1991 entstanden ist und die Interessen der Rentner vertritt. Die Partei war an vielen verschiedenen Koalitionen beteiligt. Seit dem Jahr 1996 ist sie Mitglied des slowenischen Parlaments.¹³⁴

Die Slowenische Nationale Partei (*Slovenska Nacionalna Stranka*, **SNS**), geleitet von dem umstrittenen Politiker Zmago Jelinčič, wurde im Jahr 1991 gegründet und war 1992 bis 2011 im Parlament vertreten. Sie wirkte jedoch bei keiner Koalition mit. Als Oppositionspartei war sie sehr stark. Wegen ihrer Rhetorik wird die Partei als nationalistisch und populistisch bezeichnet. Bei der Wahl im Jahr 2011 hatte sie aber überraschenderweise die Vier-Prozent-Hürde nicht erreicht und musste aus dem Parlament aussteigen.

Die Parteien **ZARES** und die Slowenische Partei der Jugend (*Slovenska Stranka Mladih*, **SMS**) sind neu gegründete Parteien und beide mussten nach den Wahlen 2011 das Parlament verlassen.

¹³³ Vgl. Krašovec/Haughton, 2011, S. 200.

¹³⁴ Vgl. a.a.O., S. 200f.

Die Partei ZARES wurde im Jahr 2007 nach der inneren Spaltung von LDS gegründet und war Koalitionsmitglied der Mitte-links-Regierung in der Mandatsperiode zwischen 2008 und 2011.¹³⁵

Names in english	Slovenian names	Year created	Years in parliament	Years in Government
Liberal Democracy of Slovenia	<i>Liberalna demokracija Slovenije (LDS)</i>	1989 (as the Liberal Democratic Party)	from 1990 on	14
Slovenian Democratic Party	<i>Slovenska demokratska stranka (SDS)</i>	1989 (as the Social Democratic Party of Slovenia)	from 1990 on	8
Social Democrats	<i>Socialni demokrati (SD)</i>	1989 (as the Party of Democratic Renewal)	from 1990 on	9
Slovenian People's Party	<i>Slovenska ljudska stranka (SLS)</i>	1988 (as the Slovene Farmers' Party)	from 1990 on	14
New Slovenia – Christian People's Party	<i>Nova Slovenija – Krščanska ljudska stranka (NSi)</i>	2000	2000–2008	4
Slovenian National Party	<i>Slovenska nacionalna stranka (SNS)</i>	1991	from 1992 on	0
Democratic Party of Retired Persons of Slovenia	<i>Demokratska stranka upokojencev Slovenije (DeSUS)</i>	1991 (but only became an independent political actor in 1994)	from 1996 on	12
Youth Party of Slovenia	<i>Stranka mladih Slovenije (SMS)</i>	2000	2000–2004	0 (in 2000 signed a separate agreement with PM on a support of government)
Zares – New politics	<i>Zares – Nova politika (Zares)</i>	2007	from 2008 on	2
Slovenian Christian democrats	<i>Slovenski krščanski demokrati (SKD)</i>	1989	1990–2000	6

Abbildung 1: Die wichtigste slowenische politischen Parteien in der Post-Sozialistischen Zeit

Quelle: Krašovec/Haughton, 2011, S. 200.

Die slowenischen Politologinnen Danica Fink-Hafner und Alenka Krašovec haben sich in der wissenschaftlichen Studie: »*The Stability of the slovenian party system: reasons for the success or failure of new parties*« mit der Voraussetzungen für Erfolg oder Misserfolg der neuen Parteien in der slowenischen Parteienlandschaft beschäftigt und vier neue Parteien untersucht, die in der Konsolidierungsperiode zwischen 1992 und 2011 in dem Parlament vertreten waren.

Sie haben folgende kleinere Parteien untersucht: DESUS (die Demokratische Partei der Rentner Sloweniens, entstanden im Jahr 1991), ZARES (entstanden im Jahr 2007), SMS (die Partei der Jugend Sloweniens, entstanden im Jahr 2000) und die NSi (Neues Slowenien, Christliche Volkspartei, entstanden im Jahr 2000).

Die Faktoren, die für die Entstehung der neueren Parteien wichtig sind und sie auch beeinflussen, sind folgende: Institutionelle Richtlinien (Wahlen), neue Normen, Verschiedenartigkeit von sozialer Diversität, sozio-ökonomische Ungleichheiten, politische Faktoren, das Verhalten der bestehenden politischen Parteien, Verhaltensweisen der Wählerschaft, Charakteristika des Parteienwettbewerbs und strukturelle Charakteristika des politischen Systems des Staates.¹³⁶

¹³⁵ Vgl. Krašovec/Haughton, 2011, S. 201f.

¹³⁶ Vgl. Fink-Hafner/Krašovec, 2011, S. 7.

Allerdings wird ein Erfolg der kleineren und neueren Parteien nicht nur durch die gerade erwähnten Faktoren erreicht, sondern ist auch von anderen Faktoren abhängig, die in der Studie noch beschrieben wurden: die finanzielle Leistungsfähigkeit der Partei, die organisatorische Struktur der Partei und ein neuer sozialer Aspekt, der spezielle soziale Gruppen anspricht, sich dort die potentielle Wählerschaft sucht und sich langfristig auf politische Fragen fokussiert. Eine klare Darstellung der ideologischen Positionierung sowie die Möglichkeiten einer Koalitionsbildung sind sehr wichtig für den Erfolg der kleineren Parteien.¹³⁷

Laut der Studie wurde festgestellt, dass die Demokratische Partei der Rentner Sloweniens (DESUS) mehr Erfolg hatte und länger im Parlament vertreten war, weil sie auf eine bestimmte soziale Gruppe, nämlich die der Rentner, fokussiert war und außerdem weitreichende politische Anliegen von ihr vertreten wurden, wie zum Beispiel die Rentenreform, die den sozio-ökonomischen Status der Rentner direkt betrifft. Die Partei appelliert an eine breite Gruppe der Bevölkerung, nach dem Prinzip von „catch-all“ und bezieht damit auch jüngere Teile der Bevölkerung ein. Geht es hier doch um eine Frage, die generationsübergreifend diskutiert werden sollte. Die Partei hat sich als koalitionsfähig erwiesen, denn seit dem Jahr 1996 hat sie mit allen Koalitionen kooperiert und mit ihnen die Diskussion über die Rentenreform geführt.¹³⁸

Andererseits haben die drei kleineren Parteien Zares, Nsi und MSI mehr Probleme mit einer dauerhaften Vertretung im Parlament. In der Studie wurde festgestellt, dass die ideologischen Diskussionen, die zwischen Links und Rechts polarisieren, keinen längerfristigen Erfolg zeitigen. Dies betrifft die Partei NSi die katholisch konservative Werte vertritt, die Partei Zares, die ihre eigene Zielgruppe in der Wählerschaft nicht gefunden hat und die Partei MSI.

Bei den Wahlen im Dezember 2011 gelang der Partei NSi eine Rückkehr ins Parlament, weil sie in der Zwischenzeit ihre Policy-Orientierung verstärkt, die verlorenen Stimmen wieder gewonnen und sich innerlich gefestigt hat. Die Parteien Zares und MSI mussten jedoch nach den Wahlen im Dezember 2011 das Parlament verlassen.

Die slowenischen politischen Parteien müssen sich mit vielen Schwierigkeiten auseinandersetzen, die sowohl mit der organisatorischen Ebene als auch mit der politischen Ebene verbunden sind. Um erfolgreich ihre Funktion zu erfüllen, muss eine Partei erstens ihre Mitglieder in den politischen Entscheidungsprozess involvieren, effizient beim Erreichen ihrer Ziele sein und dazuhin muss sie noch über gute organisatorische Fähigkeiten und Kompetenzen verfügen. Diese Fähigkeiten sind bei den slowenischen Parteien unzureichend entwickelt. Ein

¹³⁷ Vgl. Fink-Hafner/Krašovec, 2011, S.10.

¹³⁸ Vgl. Ebenda, S. 19.

Mangel an interner Demokratie und Elitismus innerhalb der Partei erschwert die positive Entwicklung der Parteien in Slowenien.¹³⁹

Neuerlich ist in der slowenischen Parteienlandschaft noch ein weiteres Merkmal zu beobachten, nämlich eine personalisierte bzw. eine Politik, die nicht parteiausgerichtet ist. Dies entwickelte sich auf der lokalen politischen Ebene, weil man sich starke Persönlichkeiten wünschte, die nicht von der Parteipolitik belastet waren. Das wird durch das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Parteien verursacht. Erstmalig wurde das deutlich bei den lokalen Wahlen im Jahr 2002, als der parteilose Gegenkandidat Boris Popovič zum Bürgermeister der Stadt Koper gewählt wurde und Zoran Jankovič zum Bürgermeister der Hauptstadt Ljubljana. Bei den letzten Lokalwahlen im Oktober 2010 waren die unabhängigen Kandidaten die absoluten Gewinner der Wahlen, denn 70 unabhängigen Kandidaten wurden als Bürgermeister und Bürgermeisterin von der Bevölkerung gewählt.

Zoran Jankovič war vorher Geschäftsführer und Mitinhaber von der Einzelhandelskette Mercator. Beide Männer sind ohne Bindung an eine Partei in die Politik eingestiegen und haben sich im Wahlkampf als „Nicht-Politiker“ dargestellt. Zoran Jankovič hatte im Rahmen seines Wahlkampfes seine Erfahrungen im Wirtschaftsbereich und die damit verbundenen Management-Fähigkeiten betont und geäußert, dass ein Bürgermeister der Stadt ein Manager sein sollte und kein Politiker.¹⁴⁰ Im Oktober 2011 hat Zoran Jankovič eine Partei, die Pozitivna Slovenija (*Positives Slowenien*), gegründet und bei den Parlamentswahlen im Dezember 2011 auch mit 28,51 Prozent gesiegt.

Wie man sieht, ist die Parteienlandschaft in Slowenien vielfältig. Es existieren die Parteien, die kontinuierlich dem Parteiensystem Sloweniens angehören und die von der Zunahme der Polarisierung betroffen sind, sowie einige neue Parteien. Diese neuen Parteien praktizieren eine Herangehensweise, die stark personenbezogen ist. Eine personalisierte Politik, die nicht unbedingt parteiausgerichtet ist, gewinnt an Bedeutung. Auf der anderen Seite verlieren die Parteien, die ihre ideologische Positionierung nicht klar darstellen auf dem politischen Feld an Bedeutung. Um die Hintergründe der Polarisierung in Slowenien besser zu verstehen, werde ich dies in dem nächsten Kapitel näher beschreiben.

¹³⁹ Vgl. Tomšič/Prijon, 2010, S. 11.

¹⁴⁰ Vgl. Ebenda, S. 12.

5.3.1. Polarisierung der Parteien und deren ideologischer Konflikt in Slowenien

Meiner Meinung nach, ist die slowenische Parteienlandschaft von der starken Polarisierung beeinflusst, was die repräsentative Demokratie gefährdet und negative Auswirkungen hat. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen daher einerseits die Ursachen und Entstehungshintergründe der Polarisierung zwischen den Parteien, andererseits ihr Einfluss auf die Stabilität der repräsentativen Demokratie in Slowenien.

Mit der Unabhängigkeit haben die Bürger der Republik Sloweniens in einem jahrhundertelangen Kampf um die Volksbefreiung ihre Selbständigkeit erreicht und damit ihre Eigenstaatlichkeit zur Geltung gebracht.¹⁴¹ Nach der Unabhängigkeit stellte sich die Frage, ob die Gesellschaft fähig ist, ihre neu erworbene Eigenstaatlichkeit mit demokratischen Leben zu erfüllen, ob sich die Gesellschaft tatsächlich von dem Realsozialismus verabschiedet hat und ob sie zu einer eigenen Staatlichkeit fähig ist. Mit dem Systemwechsel rückte die Frage nach dem Umgang mit der Vergangenheit in den Vordergrund, bezogen auf die Jahre von 1946 bis 1990. France Bučar hat gleich nach der Unabhängigkeit des Staates die slowenische Gesellschaft gewarnt, dass sie von den historischen Wurzeln noch immer nicht befreit sei.¹⁴² Seiner Meinung nach können die ehemaligen Ideologeme die Gesellschaft noch immer beeinflussen.

Der Charakter des ehemaligen Regimes determiniert die Art des Übergangs zur Demokratie, die Art und Weise der politischen Spaltungen, die Beziehungen zwischen den politischen Akteuren sowie die institutionellen Entscheidungen, die in dem Prozess der politischen und gesellschaftlichen Transformation vorgenommen werden.¹⁴³

Die postkommunistischen Staaten sind durch mehrere Spaltungen (sogenannte Cleavages) gekennzeichnet, die aus früheren Entwicklungen resultieren. In der slowenischen politischen Arena können wir charakteristische Typen von Cleavages erkennen, obwohl die Situation in Slowenien noch komplizierter ist, da in dem Staat auch spezifische ideologische Spaltungen auftreten.

¹⁴¹ Vgl. Amtsblatt RS, Nr. 33/91-I, 42/97, 66/00, 24/03, 69/04 und 68/06

¹⁴² Vgl. Repe, 12. 11. 2010, S. 3

¹⁴³ Vgl. Tomšič/Prijon, 2010, S. 5.

Die Haupttypen von Spaltungen:

1. Die struktural-politische Spaltung, die sich auf zwei spezifische Gruppen bezieht. Zum einen auf die Gruppe derjenigen, deren ehemalige Positionen im früheren Regime ihnen bestimmte Privilegien und Ressourcen gesichert haben und zum anderen auf die Gruppe, die keinen Zugang zu solchen Ressourcen und Privilegien hatten.
2. Die kulturelle Spaltung ist bestimmt durch die Traditionalisten, die eine bestimmte partikulare Tradition erhalten wollen und die Modernisten, die eine Verwestlichung der Gesellschaft anstreben.
3. Die sozio-ökonomische Spaltung, die zwischen Gewinnern und Verlierern der postkommunistischen Transition unterscheidet.¹⁴⁴

Neben den Hauptspaltungen gibt es in Slowenien zusätzlich noch die Spaltung zwischen den religiösen und ethnischen Gruppen sowie auch ideologische Spaltungen. Die ideologischen Spaltungen zeigen sich bei der Beziehung zum Kommunismus und zu Vergangenheit im Allgemeinen, sowie bei nationalen Symbolen und der Rolle der Kirche. Die Prävalenz dieser Konflikte wird als problematisch angesehen, da sie zur politischen Polarisierung führen kann.

Bei den struktural-politischen Spaltungen gibt es sowohl eine Spaltung zwischen „links-positionierten“ und „rechts-positionierten“ Parteien, als auch zwischen „alten“ und „neuen“ Parteien. Diese Charakterisierung bezieht sich in formaler Hinsicht auf die institutionelle Herkunft der politischen Parteien. Einerseits auf die Parteien, die Nachfolger der früheren kommunistischen Regime sind und andererseits auf die Parteien, die in dem Prozess der Demokratisierung entstanden sind. Der Konflikt zwischen „neu“ und „alt“ bezieht sich also auf die Vorteile und Privilegien, die während der Transition erzielt worden waren.¹⁴⁵

Die Spaltung zwischen „Links“ und „Rechts“, die gleichzeitig eine Spaltung zwischen „Neu“ und „Alt“ vorweist, ist eine speziell slowenische Erscheinung und unterscheidet sich von den westlichen Modellen. Positioniert sich eine Partei im „linken“ Lager, so gilt sie gleichzeitig als „alte“ Partei und umgekehrt, die rechtspositionierten Parteien gelten als „neu“. Anhand dieser Klassifikation gehören die Sozialdemokraten (SD), die Liberale Partei Sloweniens (LDS) und die Partei ZARES zu den „linken“ Parteien und die Slowenische Demokratische Partei (SDS), die Slowenische Volkspartei (SLS) und Neues Slowenien (NSi) zu den „rechten“ Parteien.¹⁴⁶ Auf der

¹⁴⁴ Vgl. Tomšič/Prijon, 2010, S. 5f.

¹⁴⁵ Vgl. Tomšič, 2008, zit. nach Tomšič/Prijon, 2010, S. 8.

¹⁴⁶ Vgl. Tomšič/Prijon, 2010, S. 9.

Basis dieser Spaltung polarisierte sich sowohl die slowenische Politik als auch die slowenische Gesellschaft.

Es wird noch ein weiteres Phänomen deutlich: In der Übergangsphase entstanden bei der Privatisierung des ehemals staatlichen Eigentums soziale und wirtschaftliche Beziehungen. Die neu entstandenen Führungsstrukturen hatten schon im alten Regime wegen ihrer damaligen Position den Zugriff auf die wirtschaftlichen Ressourcen und behielten ihn auch zum großen Teil nach der Privatisierung des staatlichen Eigentums. Die Mehrheit dieser Führungskreise unterstützt die „linken“ und die Mehrheit der unterprivilegierten Bevölkerung unterstützt die „rechten“ politischen Kräfte. Jan Makarovič bezeichnete dieses Phänomen als „leftist conservatism“ und begründete dies folgendermaßen: *“We can thus witness a phenomenon of so called „leftist conservatism“, where the parties of leftist orientation in practice uphold the interests of the business elite while rightist or conservative parties advocate demand of the underprivileged strata.”*¹⁴⁷

Die slowenische Politik der postkommunistischen Zeit wurde zu einem großen Teil von symbolischen und ideologischen Konflikten bestimmt, die noch heute zu einer politischen und sozialen Polarisierung beitragen. Diese ideologischen und symbolischen Konflikte sind zurückzuführen auf die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen, der Jahre der kommunistischen Ära und auf die Position der Katholischen Kirche und anderer Religionen in der Gesellschaft.

In diesem Zusammenhang vertreten die „Linken“ eine außerordentlich „milde“ Haltung gegenüber der kommunistischen Zeit, während sie dem öffentlichen Engagement der Kirche sehr skeptisch gegenüber stehen. Im Gegensatz hierzu nehmen die „Rechten“ eine sehr kritische Stellung zum Kommunismus ein und unterstützen die Kirche.¹⁴⁸

Das slowenische politische Leben ist somit durch den Wettstreit zwischen zwei politischen Blöcken gekennzeichnet, wobei die einen als Vertreter des „links-liberalen“ Blocks auftreten und die anderen den „Frühlingsblock“ bzw. den „Mitte-rechts-Block“ vertreten. Allerdings ist keiner der beiden Blöcke innerlich vollständig homogen.¹⁴⁹

¹⁴⁷ Makarovič, 1993, S. 195, zit. Nach: Tomšič/Prijon, 2010, S. 9.

¹⁴⁸ Vgl. Tomšič/Prijon, 2010, S. 9f.

¹⁴⁹ Vgl. Ebenda, S. 10.

Der neue Staat Sloweniens hat nach der Wende eine Gesellschaft geerbt, die innerlich sehr zerrissen war. Das war die Folge der ständigen Gegensätze, die zwischen den beiden Weltkriegen entstanden sind und dem Monopol der kommunistischen Partei.¹⁵⁰

Wegen der Zwangsvereinheitlichung unter dem kommunistischen System, konnte die Gesellschaft ihre Vielfalt nicht aufbauen. Als schließlich das kommunistische Monopol unterging, zeigte sich wieder die alte politische Teilung, und zwar zwischen den beiden Polen von Kommunisten vs. Liberalen auf der einen und Antikommunisten vs. Konservativen auf der anderen Seite.¹⁵¹

Die Polarisierung zwischen Postkommunismus und Antikommunismus war für die Ausgestaltung des entstehenden Parteienwettbewerbs in Slowenien ausschlaggebend. Die Parteien entwickelten bipolare Lagerstrukturen, in denen viele untergegliederte Splitterparteien eingebunden waren. Obwohl die Parteienlandschaft in Slowenien seit der Unabhängigkeit sehr fragmentiert ist, haben sich jedoch durch die Parteienbündnisse zwei Pole ausgebildet. Zwar hat die Polarisierung zwischen Postkommunismus und Antikommunismus mittlerweile an Bedeutung verloren, besitzt jedoch noch immer eine bemerkenswerte Prägekraft in der slowenischen Parteienlandschaft. Die anhaltende Vitalität der Lagerbildung ist heute weniger auf inhaltlichen Differenzen, dafür mehr auf emotional aufgeladenen, historisch motivierten Vorbehalten gegründet.¹⁵²

Die Grundlage für die Polarisierung sowohl in der slowenischen Parteienlandschaft als auch in der Gesellschaft muss man näher erklären. Dabei ist es wichtig, das Verständnis der Problematik von beiden Polen in Betracht zu ziehen.

Als die kommunistische Nomenklatura in Slowenien gezwungen wurde ihr politisches Monopol aufzugeben, hat sich die Frage gestellt, ob sie sich von der politischen Bühne verabschieden wird. Dazu war sie nicht bereit und daher hat sich die kommunistische Nomenklatura an dem politischen Kampf beteiligt, was ihr durch die neue mehrparteiliche parlamentarische Ordnung ermöglicht wurde.¹⁵³

Formal wurde der kommunistischen Nomenklatura nicht untersagt, sich in das neue politische System einzufügen. Slowenien hat keine Lustrationsgesetze erlassen, während diese in Tschechien sofort nach der Wende verabschiedet wurden. Allerdings gibt es noch immer

¹⁵⁰ Vgl. Bučar, 2009, S. 124.

¹⁵¹ Vgl. Bučar, 1998, S. 11.

¹⁵² Schroeder/Kalass, 2010, S. 9.

¹⁵³ Vgl. Bučar, 1998, S. 12.

politische, geschichtliche und moralische Diskussionen darüber, ob Lustrationsgesetze von Bedeutung wären oder nicht.¹⁵⁴ Denn ohne diese wurde den ehemaligen Angehörigen der kommunistischen Nomenklatura ermöglicht, im Staatsdienst zu bleiben und weiterhin politische Mandate auszuüben. Rein rechtlich ist dagegen nichts einzuwenden, moralisch allerdings sehr wohl nach der Meinung von Bučar. Er stellt die Frage, ob es moralisch vertretbar ist, dass dieselben, die während des kommunistischen Regimes an der Macht waren, sich nun um wichtige politische Positionen bewerben. Immerhin war das kommunistische Regime für Bürgerkrieg und Revolution verantwortlich.¹⁵⁵

Auch viele kleinere Parteien, bei denen ehemalige Kommunisten Mitglieder wurden, haben sich im demokratischen System etabliert. Diese gemeinsame Abstammung verbindet die Parteien in einer gemeinsamen Vorgehensweise.

Die Frage, ob ehemalige Angehörige der kommunistischen Nomenklatura Führungsaufgaben übernehmen sollten, war nach der Systemwende für die Ausrichtung der Politik von großer Bedeutung. Wenn die kommunistische Nomenklatura im neuen Slowenien politische Macht erhielte, könnte sich dies als Hindernis für die junge Demokratie, für das Mehrparteiensystem und für die Unabhängigkeit des Staates erweisen.

France Bučar meint dazu:

*„Für das zukünftige Verhalten und die Ausrichtung der slowenischen politischen Parteien ist dieses Dilemma ausschlaggebend, und auch die Zweckmäßigkeit und Legitimität des Antikommunismus und die Frage der nationalen Aussöhnung hängt von dieser Frage ab.“*¹⁵⁶

Die neuen Parteien, die den Altkommunisten gegenüberstehen verwendeten als Strategie des Widerstandes den Vorwurf des Antikommunismus und teilweise auch den des Revanchismus. Die Strategie des Antikommunismus wurde benützt, um ehemalige oder mutmaßliche Kommunisten ins Abseits zu stellen. Es wurde ihnen vorgehalten, dass sie ihre Sympathien für das alte System in das neue hineintragen und sich dadurch von der demokratischen Zusammenarbeit distanzieren würden. Jedoch auch in Slowenien gibt es bei den sozialdemokratischen und liberalen Parteien so manche reformkommunistische Gruppen, die sich nach dem Systemwandel demokratisiert haben. Und dadurch betrifft die Strategie des

¹⁵⁴ Vgl. Bučar, 1998, S. 33.

¹⁵⁵ Vgl. Ebenda, S. 30.

¹⁵⁶ Ebenda, S. 34.

Antikommunismus nicht nur die extremen linken, sondern auch die sozialdemokratischen und liberalen Politiker.¹⁵⁷

Dem Anschein nach geht es um einen ideologischen Konflikt. Eine Gruppe wirft der anderen ihren Kommunismus vor und diese kontert mit dem Vorwurf der nicht mehr aktuellen Strategie des Antikommunismus und des extremen Klerikalismus oder auch Konservatismus.

Hierzu jedoch meint Bučar, dass die Gruppe, die sich dem Vorwurf des Kommunismus ausgesetzt sieht, kaum mehr an der kommunistischen Ideologie interessiert ist, sondern viel mehr daran, politische Macht zu erhalten. Und wenn die Antikommunismus-Strategie politisch benutzt wird, ist dies außerdem mehr eine Art Propaganda, um an die Macht zu kommen, denn ernsthaft glaubt niemand mehr, dass der Kommunismus für das neue System eine Bedrohung darstellt.¹⁵⁸ Beide Vorgehensweisen im politischen Diskurs werden nur angewendet, um die eigene Macht zu stärken.¹⁵⁹

Varga und Freyberg-Inan bezeichnen die erwähnten politischen Strategien des Antikommunismus als „*destruktiven Elitenwettbewerb*“, da oft Bündnisse zwischen Mitte-rechts-Parteien und kleineren Rechtsparteien geschmiedet werden. Dies führt dann dazu, dass die Politik der Toleranz der letzteren Unterstützung bekommt und der politische Diskurs zu Ungunsten der Demokratie radikalisiert wird. Für sie ist der Kommunist noch immer das Hauptproblem slowenischer Gesellschaft. Dadurch werden bestimmte soziale Gruppen ausgegrenzt.¹⁶⁰

Ein weiteres Hindernis, das die slowenische Gesellschaft polarisiert und den politischen Diskurs erschwert ist, dass niemand die Verantwortung übernimmt, damit die Ereignisse und Verbrechen aus der kommunistischen Ära endlich aufgeklärt werden. Weil die ungeklärten Verbrechen aus der slowenischen Geschichte die Menschen noch immer polarisieren und dafür keine moralische Verantwortung übernommen wurde, sollte mehr daran gearbeitet werden. Spomenka Hribar, die sich für die Aussöhnung der slowenischen Gesellschaft einsetzt, meint, dass eine moralische Verantwortung für die Verbrechen aus der Vergangenheit übernommen werden muss. Das bezieht sich auf die Massenmorde, die in Zeit der Revolution unmittelbar nach Kriegsende 1945 geschehen sind. Es wurden bis heute schon über 600 Massengräber auf slowenischem Territorium entdeckt. Diese Verbrechen wurden aber niemals als solche öffentlich

¹⁵⁷ Vgl. Varga/Freyberg-Inan, 2009, S. 105.

¹⁵⁸ Vgl. Bučar, 1998, S. 13.

¹⁵⁹ Vgl. Ebenda, S. 12.

¹⁶⁰ Vgl. Varga/Freyberg-Inan, S. 105.

benannt und anerkannt, so dass kein Heilungsprozess im Bewusstsein der slowenischen Gesellschaft in Gang gesetzt werden konnte. Spomenka Hribar betonte, dass die Regierungen von diesem Thema nichts wussten und auch nichts wissen wollten.¹⁶¹

Man fragt sich nun: Was ist die Aufgabe einer solchen Aufklärung der Ereignisse und Verbrechen? Sollen nur Täter vor Gericht gestellt und bestraft werden, oder auch diejenigen, die von diesen Verbrechen gewusst haben, aber nicht direkt daran beteiligt waren? (Vorausgesetzt natürlich, diese Menschen sind noch am Leben.) Soll die Politik diese Aufgabe übernehmen, oder soll das Ganze objektiv und akademisch aufgearbeitet werden und dadurch zur Aussöhnung beitragen?

Mit diesen Traumata aus der Geschichte sehen sich viele Gesellschaften konfrontiert, besonders diejenigen, die noch keine dauerhafte demokratische Tradition haben. Das ist vor allem für die Gesellschaften von Ost- und Südosteuropa charakteristisch. Die Berührung mit der Geschichte oder anders gesagt, die Gestaltung des historischen Bewusstseins ist eine sehr komplexe Frage. Einige Gesellschaften (Franzosen / Deutsche) haben sehr gute Studien über dieses Thema, man könnte sogar über ein eigenes Gebiet der Geschichtsschreibung sprechen. In Slowenien beschäftigen sich damit sehr wenige Wissenschaftler und das noch auf der eher oberflächlichen Ebene - zum Beispiel mit Denkmälern, Straßennamen, die eine oder andere Nostalgie, also einen Sehnsucht nach Vergangenheit, und so weiter.¹⁶²

Die Mehrheit der jüngeren Generation wird öfters durch die Politikervorgaben mit der Geschichte konfrontiert. Zu oft wird Geschichte von der Politik für den eigenen Nutzen instrumentalisiert. Wie kann das funktionieren?

Es gibt mehrere Gründe für die Instrumentalisierung der Geschichte für den eigenen politischen Nutzen: Erstens, um sich den Machtanspruch durch Verdienste aus der eigenen Vergangenheit zu sichern und zweitens kann man durch Potenzierung der Geschichte die eigenen Affären überspielen. Dabei gibt es noch einige andere Methoden, um die Geschichte zu instrumentalisieren: Manipulationen und präventive Anschuldigungen werden angewendet, um sich die Macht zu erhalten und vom eigenen Verhalten abzulenken.¹⁶³

Diese Art Einfluss zu nehmen wird erst mit dem Generationswechsel weniger werden, meint der Historiker Dr. Božo Repe. *„Erst wenn die ältere Generation der Politiker keinen Einfluss mehr*

¹⁶¹ Vgl. Hribar, 2009, S. 179.

¹⁶² Vgl. Repe, Delo 6. März 2010, S. 1.

¹⁶³ Vgl. a.a.O., S. 2.

*haben wird, um ihre eigene Fehler zu verstecken und ihre eigene historische Rolle zu verteidigen, wird der Einfluss eines derartigen Handels reduziert“.*¹⁶⁴

Aber kann eine Gesellschaft tatsächlich eine politische Handlung überblicken und sofort durchschauen, ob es sich hier um Manipulation handelt, um politische Kämpfe, um die Geschichte für den eigenen Nutzen zu instrumentalisieren, oder sind die geschichtlichen Darstellungen vielleicht doch wichtig und richtig, damit ein gemeinsames Bewusstsein entstehen kann?

*“Die Erfahrungen aus der Geschichte zeigen, dass die Dinge, die falsch oder gar nicht geregelt werden, auf die eine oder andere Art und Weise wieder erscheinen, was die Entwicklung der Gesellschaft blockiert und verlangsamt.“*¹⁶⁵ Dabei fragt man sich, ob sich diejenigen an der politischen Spitze bewusst sind, wie bedeutungsvoll die Aussöhnung für die slowenische Gesellschaft wäre.

Der Historiker Dr. Božo Repe meint, dass die Aussöhnung im slowenischen politischen Diskurs eher ein Beharren auf den eigenen Standpunkten ist, als die Suche nach einem Kompromiss.¹⁶⁶

*„Demokratien sind fähig über ihren eigenen Fehler zu diskutieren, was in autoritären Regimen anders ist, denn diese heben nur ihre Vorzüge hervor.“*¹⁶⁷

Der ewige Konflikt zwischen den zwei Extremen beeinflusst sowohl das politische Klima als auch die Aktivität der Bevölkerung in dem demokratischen System. Die Demokratie ist ein System, das auf der persönlichen Integrität und auf den moralischen Standards von deren Mitgliedern basiert. *„Eine von den wichtigsten Werten ist, dass eigene Ansichten, obgleich sie für den Einzelnen maßgeblich sind, nicht dem Anderen aufgezwungen werden, und dass wir im Gegenteil auch bereit sind die anderen Ansichten zu verstehen.“*¹⁶⁸

Die Entscheidungen über politisch relevante Fragen werden in reifen demokratischen Gesellschaften anhand von fachlichen und rationalen Überlegungen getroffen. Dies ist bei ehemaligen kommunistischen Gesellschaften anders Entscheidungen werden dort unter anderem auch anhand der ideologischen Differenzen gefällt. Differenzierungen der

¹⁶⁴ Repe, Delo 6. März, 2010, S. 1

¹⁶⁵ Repe, Delo 21. November, 2010, S. 1.

¹⁶⁶ Vgl. Repe, Delo 27. April, 2008, S. 1.

¹⁶⁷ Repe, 12. November. 2010, S. 1.

¹⁶⁸ Bučar, 1998, S. 44

slowenischen Gesellschaft anhand der ideologischen Gegensätze sind für die slowenische Gesellschaft für die gesamte Epoche ihres nationalen Bewusstseins charakteristisch.¹⁶⁹

Bei genauer Ansicht sind die beiden Pole (Kommunismus gegen Antikommunismus) jedoch nicht ideologische, sondern nur machtbestimmte Strategien, auch wenn sie in dem politischen Diskurs so erscheinen. Damit haben sie aber eine starke emotionale Wirkung auf die Bevölkerung.¹⁷⁰

Weil in der kommunistischen Ära seit 1945 viele Oppositionelle entweder ermordet oder vertrieben worden waren und diese Verbrechen nicht öffentlich aufgearbeitet wurden, ist dieses Thema für die slowenische Gesellschaft und deren nationalem Bewusstsein noch immer hoch emotionalisierend. Es geht hier schlichtweg um einen Kampf zwischen Recht und Unrecht.

Im Jahr 2009 wurde in der Nähe der Stadt Celje ein Massengrab aus der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg entdeckt. 4000 Tote waren wahrscheinlich Opfer der Partisanen. Zur gleichen Zeit sollte eine neue Straße in Ljubljana nach dem ehemaligen Diktator Tito benannt werden, was zu heftigen Debatten in Slowenien führte. Der Stadtrat beschloss diese Namensgebung, allerdings annullierte das Verfassungsgericht im Oktober 2011 diesen Beschluss. Die Begründung für dieses Urteil war, dass der Name Tito nicht nur die Befreiung des slowenischen Staates von der faschistischen Okkupation im zweiten Weltkrieg symbolisiert, sondern auch das totalitäre und kommunistische Nachkriegsregime, das von umfangreichen Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet war.¹⁷¹

Die Bewertung dieser neuesten Ereignisse spaltet nicht nur die Historiker, sondern auch die politischen Parteien, denn diese verkörpern die Nachfahren der Partisanen-Generation und des nationalkonservativen, bürgerlich-katholischen Sloweniens.¹⁷²

Mit solchen Voraussetzungen lässt sich kein Übereinkommen finden, das für die nationale Existenz so wichtig wäre.¹⁷³ Die Polarisierung beeinflusst nicht nur konkrete politische Fragen, sondern bestimmt die ganze Struktur der slowenischen Gesellschaft und ihre Zerstrittenheit.

¹⁶⁹ Vgl. Bučar, 2009, S. 101.

¹⁷⁰ Vgl. Bučar, 1998, S. 13.

¹⁷¹ Vgl. Ustavno sodisce razveljavilo poimenovanje Titova cesta (4.10.2011) (das Verfassungsgerichtshof annullierte die Strassenbenennung nach Tito), Online abrufbar unter: <http://www.rtslo.si/slovenija/ustavno-sodisce-razveljavilo-poimenovanje-titova-cesta/267677> [Stand: 14.11.2011].

¹⁷² Vgl. o.V: Schatten der Vergangenheit (15.5.2009), Online unter URL: <http://oe1.orf.at/artikel/214027> [Stand: 14.11.2011].

¹⁷³ Vgl. Bučar, 1998, S. 14.

Weil die slowenische Bevölkerung so stark polarisiert ist, ist es auch für einen Großteil der Menschen unmöglich, sich politisch zu betätigen.¹⁷⁴ Sie betätigen sich deswegen nicht an der politischen Arbeit der alten Parteien, weil sie davon überzeugt sind, dass diese mit der kommunistischen Nomenklatura noch nicht gebrochen haben, dass sie die begangenen Verbrechen nicht eingestehen wollen oder können.

In dem Politbarometer der Meinungsforschung vom Dezember 2010 wurde folgende Frage gestellt: Sollen die Politiker, welche die slowenische parteipolitische Bühne schon seit 20 Jahren beherrschen, ihre Positionen den neuen unbelasteten Politikern überlassen? 83 Prozent der Befragten stimmten zu, 8 Prozent der Befragten stimmten nicht zu und 9 Prozent haben die Frage nicht beantwortet.

„Sollen die Politiker, welche die slowenische parteipolitische Bühne schon seit 20 Jahren beherrschen, ihre Positionen den neuen unbelasteten Politikern überlassen?“

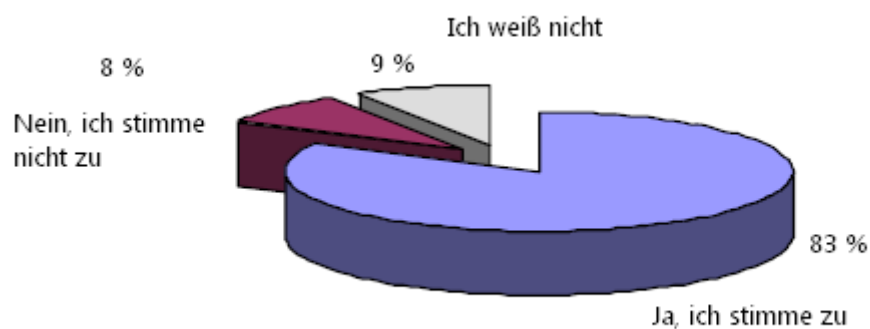


Abbildung 2: Frage über der Unterstützung der Politiker, die seit 20 Jahren in der Politik tätig sind.

Quelle: Politbarometer 12/2010, S. 48.

Die demokratischen Werte sind zu wenig in der Öffentlichkeit verankert und die Rolle der Zivilgesellschaft ist zu schwach, um es Kritikern möglich zu machen, auf die Strategien hinzuweisen, die in dem politischen Machkampf benutzt werden.¹⁷⁵

Von einer erfahrenen und zukunftsorientierten Politikführung erwartet man, dass sie die Vergangenheit nicht verantwortungslos zu ihrem eigenen Nutzen instrumentalisiert. Man erwartet von den politischen Handlungsträgern, dass sie kompetente politische Diskussionen führen.¹⁷⁶ Was das Niveau einer Diskussion ausmacht, ist die Kultur des Dialogs und die ist in

¹⁷⁴ Vgl. Ebenda, S. 40.

¹⁷⁵ Varga/Freyberg-Inan, S. 105.

¹⁷⁶ Vgl. Repe, Delo, 6. März 2010, S. 2.

Slowenien noch immer sehr niedrig. Das wird auch zu einem Großteil von den Medien beeinflusst. Viel zu oft benutzen sie selektiv bearbeitete Aussagen, die sie aus dem Zusammenhang reißen, mit anderen Kontexten vermischen und dadurch wieder einen Rechts-links-Konflikt herstellen. Für eine medienwirksame Diskussion ist häufig nicht die Referenz eines Diskutanten ausschlaggebend, sondern ob er provokativ auftritt und ob er das sagt, was von ihm erwartet wird. Die Folge davon ist, dass man nur schwer einen kompetenten Gesprächspartner findet, der noch in den Medien auftreten möchte. Dadurch wird der Politik wieder ein Feld überlassen, das eigentlich von Wissenschaftlern bearbeitet werden müsste.¹⁷⁷

Es stellt sich nun die für Slowenien wichtige Frage, wie man ein gemeinsames Gesellschaftsbewusstsein erreichen könnte, wo doch die Hypothek aus der Vergangenheit noch immer vorhanden ist. Und gerade weil dieses gemeinsame nationale Bewusstsein noch nicht stabilisiert ist und der Staat durch Kleinlichkeiten und Unerfahrenheit geprägt wird, wären gemeinsame Ziele und eine kompetente Zusammenarbeit von größter Bedeutung.¹⁷⁸

Bučar meint, dass die Ansichten und Grundinteressen einer Gesellschaft, was ihre eigenen Angelegenheiten betrifft, von entscheidender Bedeutung für sie sind und daher für alle einheitlich sein sollten. Der Kern einer geregelten freien Gesellschaft ist, dass der Bereich der individuellen Freiheit so weit wie möglich zugelassen sein sollte.¹⁷⁹

5.3.2. Populismus in Slowenien

Der Populismus ist in den politikwissenschaftlichen Untersuchungen ein Merkmal, das eine repräsentative Demokratie gefährden kann und dadurch interessiert mich, ob in Slowenien Populismus an Bedeutung gewinnt. In dem folgenden Kapitel betrachte ich die möglichen Entstehungshintergründe der populistischen Politik und den Einfluss der populistischen Akteure auf die Stabilität der repräsentativen Demokratie in Slowenien. Im Zentrum der Untersuchung steht die Slowenische Nationale Partei unter der Führung von Zmago Jelinčič, die seit dem Jahr 1992 in der slowenischen Parteienlandschaft zu beobachten ist und die wegen ihrer populistisch-nationalistischen Rhetorik bekannt ist. Hier muss aber erwähnt werden, dass die Charakteristika des Populismus in der Parteienlandschaft Sloweniens nicht alleine auf die Slowenische Nationale Partei begrenzt sind, sondern dass sie auch bei anderen Parteien zu finden sind. Ich habe die Slowenische Nationale Partei exemplarisch ausgewählt, weil sie schon seit der Unabhängigkeit Sloweniens in der politischen Arena kontinuierlich vertreten ist und eine gewisse

¹⁷⁷ Vgl. Repe, Delo, 6. März 2010, S. 3.

¹⁷⁸ Vgl. Bučar, 2009, S. 106.

¹⁷⁹ Vgl. Ebenda, S. 107.

Aufmerksamkeit und Unterstützung von der slowenischen Bevölkerung erhält. Das Gefährliche daran ist nicht nur der Erfolg der Partei, sondern die lang anhaltende Unterstützung seitens der Bevölkerung. Diese Unterstützung könnte dafür sorgen, dass der Populismus mit seiner spezifischen Rhetorik sich weiter ausbreiten könnte. Ich beginne mit der Erklärung, was unter Populismus zu verstehen ist und wie eine repräsentative Demokratie durch ihn beeinflusst werden könnte.

Der Populismus ist heutzutage ein sehr umstrittener Begriff in der politikwissenschaftlichen Forschung. Es gibt viele Begriffsbestimmungen, jedoch keine allgemeingültige. Es gibt vereinfachende Definitionen dieses Begriffes, die ihn jedoch nicht ausreichend erklären, oder populärwissenschaftliche, die ihn als simplifizierende Lösungsmöglichkeit sehen, oder aber wird der Populismus als eine Spielart des „Opportunismus“ verstanden.¹⁸⁰

Nach Hans-Georg Betz zeichnet sich der Populismus als ein *„Mangel an großen Visionen und umfassenden ideologischen Projekten aus.“*¹⁸¹ Pierre-Andre Taguieff erklärt den Begriff als einen politischen Stil, der bei verschiedenen Ideologien auftreten kann. Canovan meint, dass Populismen zwar spezifische ideologische Inhalte hätten, aber aufgrund ihrer politischen Heterogenität und Kontextabhängigkeit nur schwer auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen seien.¹⁸²

Rensmann wiederum sagt, dass es schwer sei, einen gemeinsamen Nenner des Populismus zu finden und es wenig Sinn mache, nach einem solchen zu suchen. Denn sowohl die Ideologien als auch die Parteien befinden sich in einem Prozess des Wandels und stellen keine ahistorischen statischen Einheiten dar.¹⁸³

Für mich ist es überlegenswert, in wieweit in der etablierten demokratischen Politik und politischen Kultur Sloweniens spezifische neue Elemente politischer Rhetorik und Ideologie Fuß gefasst haben, die sich wissenschaftlich unter den Begriff des Populismus einordnen lassen. Zuerst betrachte ich die Kriterien und Grundlagen, die uns erklären, was eine populistische Ideologie sein soll und im welchem Verhältnis sie zur Demokratie steht. Dabei muss man sich fragen, in wieweit sich eine populistische Ideologie konzeptualisieren lässt und welche möglichen Erscheinungsformen einer solchen Ideologie eine politische Kultur des Staates beeinflussen kann.

¹⁸⁰ Vgl. Rensmann, 2006, S. 61.

¹⁸¹ Georg-Betz, 1994, 107 zit. nach: Rensmann, 2006, S. 61.

¹⁸² Rensmann, 2006, S. 62.

¹⁸³ Vgl. Ebenda.

Die Konsequenzen des Populismus für eine Demokratie sollte man auch dahingehend untersuchen, in wieweit die Erscheinungsform eines populistischen Demokratieverständnisses eine Antithese zur repräsentativen Parteiendemokratie darstellt. Damit eine solche Analyse möglich ist, muss ich sowohl auf einige Kernelemente einer populistischen Ideologie eingehen als auch versuchen zu verstehen, in welcher Umgebung und unter welchen Umständen sich der Populismus etablieren kann.

Als erstens interessiert mich das Verhältnis von Modernisierung und Populismus und deren Einfluss aufeinander. Modernisierung ist die Entwicklung einer Gesellschaft von der Vergangenheit in die Moderne, in die Neuzeit. Dabei handelt sich um gesellschaftliche Veränderungen in großen Maßstab. In der sozialwissenschaftlichen Analyse hat die Modernisierung eine weit reichende Bedeutung, weil relevante Analysen mit diesem gesellschaftlichen Wandel verknüpft werden können. So kann gefragt werden, was den Wandel einer Gesellschaft ausmacht, was das Neue im Vergleich zum alten Zustand ist. Die Untersuchung der Modernisierung ist als eine reine Analysetheorie zu verstehen. Dabei fragt man sich, welche Folgen die Modernisierungsprozesse allgemein haben und wieso sie häufig mit einem steigenden Zulauf zu populistischen Bewegungen einhergehen.¹⁸⁴

Jede Modernisierung hat aber gewichtige Auswirkungen auf das Leben der Menschen. Es wird immer Gewinner und Verlierer geben – dies ist die Schattenseite der Modernisierung. Gewinner sind die Bevölkerungsgruppen, die sich an die stattfindenden Veränderungen am besten anpassen können und die Verlierer sind dann diejenigen, die dies nicht können oder zumindest durch den Wandel in unterschiedlicher Weise negativ betroffen werden.¹⁸⁵

Noch stärker kommt der Populismus zum Tragen, wenn die Transformationsprozesse politischer Handlungsformen erhebliche Probleme und Risiken in sich bergen.

Eine Modernisierungsphase in Slowenien war die Transformation des politischen Systems zur Demokratie. Dadurch haben sich viele Möglichkeiten für die gesamte Bevölkerung ergeben, um die Politik mitzugestalten und selbst Entscheidungen zu treffen. Neben dem politischen System hat sich auch der Markt liberalisiert und geöffnet, wodurch sich wiederum viele neue Möglichkeiten ergaben. Allerdings haben einige Bevölkerungsgruppen davon mehr profitiert als andere.

¹⁸⁴ Vgl. Spier, 2006, S. 34f.

¹⁸⁵ Vgl. a.a.O., S. 35.

In Situationen, in denen Menschen im Modernisierungsprozess zu den Verlierern gehören und sozial betroffen sind, entwickeln sich die Voraussetzungen für den politischen Protest. Es gibt eben auch die „Schattenseiten der Globalisierung“ für die Menschen, die von den Folgen der ökonomischen, kulturellen und politischen Globalisierung negativ betroffen sind. Die Modernisierungsverlierer sind durch politische Unzufriedenheit, Statusängste, materielle Not sowie Orientierungs- und Identitätslosigkeit gekennzeichnet.¹⁸⁶

Allgemeine Unzufriedenheit kann sich schnell zu einer politischen Unzufriedenheit entwickeln, wenn die etablierten politischen Eliten die Probleme überhaupt nicht wahrnehmen oder sie nicht lösen können oder wollen. Daraus resultiert das Phänomen der „Politikverdrossenheit“, das sich als eine pauschale Unzufriedenheit mit der Politik und den Politikern mit ihren vermeintlich „leeren“ Versprechungen, erklären lässt.¹⁸⁷ Damit entsteht eine Gruppe, die als Zielgruppe der populistischen Agitationen besonders effektiv angesprochen wird, denn ein wichtiges Merkmal des Populismus ist, dass er an das „Volk“, den „kleinen Mann auf der Straße“ appelliert.¹⁸⁸ Die Populisten meinen, dass die Politik ein Ausdruck des allgemeinen Volkswillens sein sollte.¹⁸⁹

Damit kann Populismus als ein aktuelles politisches Phänomen bezeichnet und als politische Ideologie konzeptualisiert werden. Obwohl der programmatische Kern des Populismus auch an andere ideologische Konzepte gebunden sein kann.¹⁹⁰

Die Elite wird dem Volk gegenübergestellt und die Elite wird von den Massen als korrupt, selbstsüchtig und machtgierig wahrgenommen. Eine Differenzierung zwischen den unterschiedlichen Akteuren innerhalb der Elite wird nicht vorgenommen. Das erklärte Ziel ist *„die herrschende politische Klasse soweit wie möglich ihrer Macht zu berauben, um so dem Volk seine Souveränität zurückzugeben“*.¹⁹¹ Nach den populistischen Parolen repräsentieren nämlich die Eliten nicht den Gesamtwillen des Volkes, sondern setzen ihre Eigeninteressen über das Gemeinwohl.

„Hierdurch werden verschiedene Bedürfnisse von Modernisierungsverlierern effektiv angesprochen. Einerseits wird ihre Unzufriedenheit mit der politischen Elite bedient, die für die negativen Modernisierungsfolgen oder zumindest die ausbleibende Abfederung ihrer

¹⁸⁶ Vgl. Spier, 2006, S. 50.

¹⁸⁷ Vgl. Ebenda, S. 36.

¹⁸⁸ Canovan, 2004 zit. nach: Spier, 2006, S. 37.

¹⁸⁹ Rensmann, 2006, S. 63.

¹⁹⁰ Ebenda.

¹⁹¹ Betz, 1998, S. 5 zit. nach: Rensmann, 2006, S. 64.

Konsequenzen verantwortlich gemacht wird. Andererseits wird aber auch gerade durch die Abgrenzung gegenüber dem vermeintlich korrupten Establishment die Zugehörigkeit zum Kollektiv der „einfachen und ehrlichen Leute“ verstärkt und so eine Identitätsfindung unterstützt. Schließlich spricht die pauschale Gegenüberstellung von „korrupter Elite“ und „hart arbeitendem Volk“ die latente Wut und Aggression von sich politisch ohnmächtig fühlenden Menschen an.“¹⁹²

Eine populistische Partei konstruiert in ihrem Auftreten und in ihrem Programm einen klaren Gegensatz zwischen den „einfachen Leuten“ und „denen da oben“, zwischen Herrschenden und Beherrschten.¹⁹³ Das Model der populistischen Herangehensweise zeigt sich sehr deutlich bei der Slowenischen Nationale Partei mit dem Führer Zmago Jelinčič und äußert sich in seiner politischen Rhetorik. Mehr dazu werde ich in den nächsten Kapiteln schreiben.

Ivan Krastev meint dazu, dass der Kern des Populismus nicht darin liegt, den „Kleinen Mann“ zu manipulieren, also die Masse gegen die Gegner der Populisten aufzuhetzen und sie gegen etablierte Werte und Parteien zu mobilisieren. Der Begriff ist auch nicht dazu geeignet, um die Transformation der politischen Systeme in Europa und den Wechsel der Parteiendemokratie zur Mediendemokratie zu erklären. Der Kern des Populismus ist seiner Meinung nach eigentlich das Gegenteil: Er vertritt die Auffassung, dass die Gesellschaft aus zwei homogenen Teilen besteht, auf der einen Seite das Volk und auf der anderen Seite die korrupte Elite.¹⁹⁴

Der Populismus wird heute so beschrieben, dass er auf das Gefühl der Menschen abziele. Man verbindet mit ihm den vereinfachenden, emotionalen und manipulativen Diskurs, der das Wohlbefinden der Bevölkerung anspricht. Natürlich kann man sich nun fragen, ob es denn der Politik untersagt sein sollte, die Emotionen der Bevölkerung anzusprechen. Und wer entscheidet, welche Politik populistisch und welche ehrlich ist? Ralf Dahrendorf bemerkt dazu, dass *„der Populismus des einen die Demokratie des anderen ist und umgekehrt.“¹⁹⁵* Wo liegen die Grenzen des Populismus und wann gefährdet er den Staat und die Gesellschaft?

Ein Merkmal des Populismus ist es, ein Gefühl der Identität zu erwecken. Konkret spricht man von einem west-und osteuropäischen „Nationalpopulismus“, der durch das Nationalgefühl geprägt wird und ein „Wir-Gefühl“ erzeugt.¹⁹⁶ Dabei werden allerdings bestimmte Gruppen ausgegrenzt.

¹⁹² Spier, 2006, S. 37.

¹⁹³ Vgl. Bachmann, 2006, S. 218.

¹⁹⁴ Vgl. Krastev, 2007, S.185.

¹⁹⁵ Dahrendorf, 2003, zit. nach: Krastev, 2007, S. 186.

¹⁹⁶ Vgl. Rensmann, 2006, S. 65.

Ein Merkmal der populistischen Bewegung ist auch die charismatische Führungsfigur, die sich als Vertreter des Volkes darstellt und vorgibt, das Volk besonders gut zu verstehen. Die Parteien, die auf einen charismatischen Führer hin ausgerichtet sind, können auch als populistische Parteien gelten.¹⁹⁷

Zmago Jelinčič, die Führungsperson der Slowenischen Nationalen Partei ist das Beispiel eines charismatischen Führers. Diese Partei ist eine Ein-Mann-Partei und Zmago Jelinčič ihr Führer. Er ist ein Mensch, der keiner Auseinandersetzung aus dem Weg geht und seit der Unabhängigkeit Sloweniens eine gewisse Macht besitzt.

Das weitere Merkmal der Populisten ist, dass sie sich häufig von bestimmten Gruppen abgrenzen. Die Ausgrenzung der Minderheiten ist ein Beispiel dafür. Eine Partei darf als populistisch angesehen werden, wenn sie eine klare Trennung zwischen der „einheimischen Bevölkerung“ und den „Fremden“ herstellt. Damit ist aber nicht gesagt, dass diese Fremden tatsächlich existieren.¹⁹⁸ Die neuen populistischen Mehrheiten sehen in den Wahlen keine Gelegenheit, um zwischen politischen Alternativen zu entscheiden, sondern eine Möglichkeit des Widerstandes gegen Minderheiten – seien diese die herrschende Elite oder Roma.

Die Rhetorik der populistischen Parteien spricht von der Elite und den Romas als seien es vergleichbare Gruppen. *„Keine von diesen Minderheiten sind so wie wir! Beide stehlen von der Mehrheit, beide zahlen keine Steuern und beide sind von außen unterstützt, noch besonderes von Brüssel“*, beschreibt der Politikwissenschaftler Ivan Krastev die Rhetorik in seiner Analyse.¹⁹⁹

Mit dieser Rhetorik wenden sich die Parteien an die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung, die diese auch übernehmen. Bei den Rechtspopulisten sind es häufig die Ausländer oder andere kulturelle, religiöse oder sprachliche Minderheiten, die man ausgrenzt. Oft richtet sich die Rhetorik der Populisten und deren Kritik gegen Intellektuelle und wirtschaftliche Eliten. Die populistische Ideologie versteht unter Identität die Abgrenzung nach Außen und den Ausschluss derjenigen, *„die nicht dazugehören.“*²⁰⁰

Dadurch, dass der Populismus eher als ein Mittel benutzt wird, um die Verlierer der Modernisierung anzusprechen, gibt es für die ideologisch höchst unterschiedlichen Parteien und

¹⁹⁷ Vgl. Bachmann, 2006, S. 218.

¹⁹⁸ Vgl. Ebenda.

¹⁹⁹ Vgl. Krastev, 2007, S. 190.

²⁰⁰ Geden 2005, zit .nach: Rensmann, 2006, S. 65.

Bewegungen viele Möglichkeiten, um diese Teile der Bevölkerung an sich zu binden, wobei sich die populistische Rhetorik kaum unterscheidet.²⁰¹

Mit dem Populismus als politische Ideologie wird auch ein spezifisches, populäres Verständnis von Demokratie verbunden.

„Populismus impliziert durchweg eine Kritik an den Vermittlungsformen repräsentativer konstitutioneller Demokratie, die sich in einer Krise befindet und die Basis der Gemeinschaft, das souveräne Volk, verrät.“²⁰²

Anton Pelinka definiert Populismus wie folgt:

“Populism is first and foremost not defined by a specific program but by specific technique: mobilizing people against “them” above: against parliament and government, against political parties, against elites, against any form of representative government, of representative democracy. Contemporary populism is characterized all over Europe by its cry for more democracy: more democracy in the sense of plebiscites, of referenda.”²⁰³

Die populistischen Ideologien mobilisieren vorhandene Anti-Parteien-Effekte, die dadurch verstärkt werden. Sie stellen sich als basisdemokratische Bewegung und als eine „Partei gegen die Parteien“ dar, die eine ideologische Kritik an den Erscheinungsformen der liberalen repräsentativen Demokratie manifestierten. Dadurch wird die populistische Demokratie sowohl dem konstitutionellen als auch dem repräsentativen Prinzip gegenüber gestellt. Dies zeigt sich in der Haltung zu den politischen Parteien, die als korrupt und interessenorientiert dargestellt werden. Der populistische Traum der Wiederherstellung der Souveränität des Volkes vereint dagegen Transparenz und Effizienz durch eine Führungsperson, die im ständigen Kontakt zum Volk steht.²⁰⁴ An der Spitze der populistischen Formationen stehen fast immer „charismatische Führungspersonlichkeiten“, mit denen sich der Organisationstypus von autoritären „Top-Down Parteien“ mit geringerer innerparteilicher Demokratie entwickelt. Ihre institutionellen Visionen zielen einerseits auf die Formen der direkten Demokratie, andererseits, gerade bei den Rechtspopulisten, auf die Einführung von präsidentiellen Elementen in das vorhandene konsensdemokratische parlamentarische System.²⁰⁵

²⁰¹ Vgl. Spier, 2006, S. 56.

²⁰² Rensmann, 2006, S. 66.

²⁰³ Pelinka, 2008, S. 39.

²⁰⁴ Vgl. Canovan, 2002, zit.nach: Rensmann, 2006, S. 67.

²⁰⁵ Vgl. Rensmann, 2006, S. 67.

Trotz allem ist die populistische Ideologie nicht unbedingt extremistisch. Obwohl Populismus radikal sein kann, ist er nicht auf ein geschlossenes Weltbild ausgerichtet, sondern bleibt bei den demokratischen Prinzipien. Die populistische Ideologie ist eher reformistisch als systemoppositionell.²⁰⁶

Die Beziehungen zwischen Populismus, Extremismus und Demokratie sind ziemlich kompliziert, weil sie eng miteinander verflochten sind. So können populistische Inhalte von den etablierten demokratischen Akteuren sowie von konservativen oder sozialistischen aufgegriffen werden, oder aber die extremistischen Ideologien können sich des Populismus bedienen. Populistische Ideologien finden sich also sowohl in der demokratischen Mitte als auch im Extremismus.²⁰⁷ Populismus und Demokratie stehen sich in einem dynamischen Verhältnis und komplexen Beziehungsgeflecht gegenüber und sind nicht einfach als Gegensätze zu sehen und zu interpretieren.

Es gibt jedoch signifikante Differenzen im Grad und in der Form der Ideologie. Die Ideologieform der national-populistischen Parteien scheint weniger geschlossen, flexibler und anpassungsfähiger zu sein als die Ideologie der rechtsextremen Parteien.²⁰⁸ Das bestätigt sich wieder bei der Slowenischen National Partei, die als nicht rechtsextrem definiert wird, obwohl sie Fremde und Minderheiten ausgrenzt. Die Partei SNS ist eine wandelbare national-populistische Partei, die in den Jahren seit der Unabhängigkeit Sloweniens ihre politische Rhetorik ständig verändert und sich damit als ein Kontinuum in der slowenischen Parteienlandschaft durchgesetzt hat.

Populistische Parteien sind nicht außerhalb des demokratischen Systems zu verorten, wie die rechtsextremen Parteien. Der Populismus ist von seiner ideologischen Form her flexibler als der geschlossene Extremismus. Er bildet eine kollektive Identitätspolitik, antipluralistische und antilibérale Elemente aus. Man unterscheidet zwischen rechtspopulistischen und linkspopulistischen Parteien. Die rechtspopulistischen Parteien grenzen ihre „kulturelle Identität“ gegen die EU, gegen Fremde, Einwanderer und Minderheiten, gegen Amerikanisierung und Globalisierung ab. Allerdings sprechen sie nicht mehr von einer „überlegenen Rasse“, sondern von kultureller Autonomie im Sinne eines ethnischen Partikularismus bzw. Ethnopluralismus.

²⁰⁶ Vgl. Mudde 1996, zit.nach: Rensmann, 2006, S. 67.

²⁰⁷ Vgl. Rensmann, 2006, S. 68.

²⁰⁸ Mudde 2002, S.214, zit. nach: Rensmann, 2006, S. 68.

„Dieser kulturelle Rechtspopulismus entspricht einem „exklusorischen Identitätspopulismus“, der sich durch soziokulturelle Modernisierungsabwehr und zumindest latente Fremdenfeindlichkeit auszeichnet.“²⁰⁹

Die linkspopulistischen Parteien hingegen agieren gegen das „internationale Kapital“. Sie sind ökonomisch populistisch und vertreten einen Sozial- und Nationalprotektionismus. Sie oppositionieren mit populistischen Mitteln gegen die „Elite“ und verteidigen das „gute Volk“. Differenzen zum Rechtspopulismus zeigen sich im Verhältnis zur Wirtschaft, in der Sicherheits- und Sozialpolitik und in der von der ideologischen Grundorientierung her universalistisch-egalitären, nicht aber nationalistisch-fremdenfeindlichen Positionierung.²¹⁰

Aber auch etablierte demokratische Parteien machen sich populistische Ideologieelemente zunutze. Formen, die für populistische Akteure besonders charakteristisch sind wie die Personalisierung, Polarisierung und kalkulierter Tabubruch zeigen sich heute ganz allgemein in der Politik und in den Medien, vor allem im Kontext einer Wahlkampfmobilisierung. Daraus ist ersichtlich, dass auch populistische Koordinaten ihren Weg in den „Mainstream“ gefunden haben.²¹¹

Die populistische Ideologie ist auch ein Ausdruck einer veränderten politischen Wirklichkeit. Ihr Aufstieg deutet auf die zeitgenössischen Probleme demokratischer Legitimität hin. Man geht davon aus, dass das populistische Modell für Teile der Wählerschaft erst dann attraktiv wird, wenn der normative Anspruch demokratischer Souveränität in repräsentativen politischen Systemen nur unzureichend verwirklicht wird, wenn also eine Krise bei der Repräsentation und Legitimation von politischen Parteien besteht. Diesbezüglich fragen sich viele Autoren, ob eine Krise kausal zum Populismus führt oder umgekehrt, ob der Populismus die Ursache für eine entstehende Krise sein kann.

Der Erfolg populistischer Ideologien in den letzten zwei Jahrzehnten verweist demnach unter anderem auf Repräsentationsschwächen der europäischen Parteiendemokratien, wobei die populistischen Akteure als Indikator und Korrektiv wirken können. Sie verdeutlichen ein reales oder auch nur gefühltes Strukturproblem des politischen Systems, eine Krise der Parteien als demokratische Vermittlungsinstitutionen und deren nicht gehaltene Versprechen von demokratischer Repräsentanz, Transparenz und Partizipation.²¹²

²⁰⁹ Rensmann, 2006, S. 70.

²¹⁰ Ebenda, S. 71.

²¹¹ Vgl. Rensmann, 2006, S. 73.

²¹² Vgl. Rensmann, 2006, S. 74.

*„Der Populismus ist in Europa insofern auch eine Reaktion auf ein zumindest temporäres Ungleichgewicht zwischen den demokratischen Repräsentationsansprüchen, die sich am klassischen Muster nationaler Souveränität orientieren und den neuen Formen des trans- und supranationalen Regierens, wie sie sich in der EU exemplarisch ausgebildet haben.“*²¹³

Man fragt sich, welche Implikationen und mögliche Einflüsse die populistischen Forderungen als solche auf das politische System haben. Können sie als innovativer Motor wirken, oder stellen sie eine Gefahr für die liberale Demokratie dar?

Populisten übernehmen bei Repräsentationskrisen einer Art von Kontrollfunktion, jedoch ist ihre Handlungsspielraum begrenzt, da sie sich verfassungskonform verhalten müssen.

Der Populismus kann also auf den politischen Diskurs, auf die Gesetzgebung und die politische Kultur einwirken und Veränderungen herbeiführen. Populistische Ideologien, die nicht nur von populistischen Parteien propagiert werden, können langfristig zu problematischen Effekten für die Demokratien führen. Dies geschieht dann, wenn sie durch anti-pluralistische Vorstellungen die freiheitliche Demokratie auf die Souveränität eines vermeintlich homogenen Volkswillens reduzieren.²¹⁴

Die Inhalte, die eine populistische Partei vertritt, sind jedoch stark abhängig von der politischen Kultur des jeweiligen Landes, in dem sie aktiv wird. Auch regional unterscheiden sie sich voneinander. Die populistischen Parteien in Westeuropa sind vor einem ganz anderen Hintergrund als in Mitteleuropa entstanden. Man muss in Betracht ziehen, dass die soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung in Ost- und Westeuropa unterschiedlich verlaufen ist. Aber dennoch haben sich populistische Tendenzen auf beiden Teilen des Kontinents entwickelt.²¹⁵ Ein nennenswerter Unterschied zwischen der populistischen Rhetorik der mitteleuropäischen und westeuropäischen Staaten ist die Einstellung gegenüber den Fremden. Es sind nicht nur die Migranten, die in den mitteleuropäischen Staaten als bedrohlich dargestellt werden, sondern auch ausländische Kapitalisten und Investoren.²¹⁶

²¹³ Ebenda S. 75.

²¹⁴ Vgl. Ebenda, 2006, S. 77.

²¹⁵ Vgl. Bachmann, 2006, S. 217.

²¹⁶ Vgl. a.a.O., S. 229.

Wie steht es nun mit dem Populismus in Slowenien? Eine gewisse populistische Rhetorik findet sich in kleinem Maße bei allen Parteien, bei der Slowenisch Nationalen Partei jedoch kommt sie sehr viel mehr zum Ausdruck.²¹⁷

Während der Konflikt zwischen den Postkommunisten und Antikommunisten vielerorts fortbesteht, entwickelt sich parallel dazu ein weiterer Konflikt zwischen dem Volk und der korrupten Elite, der den ersten sukzessive überlagern und populistisch instrumentalisieren wird.²¹⁸

Die populistische Rhetorik der Slowenisch Nationalen Partei (SNS)

Die Slowenische Nationale Partei entstand vor den Wahlen 1992. Sie setzte sich aus einer Reihe unzufriedener Gruppen zusammen, die sich nach den Wahlen 1992 zu kleineren Gruppen aufgespalten haben. Der Vorsitzende der Slowenischen Nationalen Partei ist seit der Gründung der Partei Zmago Jelinčič Plemeniti der sich den Titel „*Plemeniti*“ („*Der Edle*“) zugelegt hat. Bei den Nationalwahlen im Jahr 1992 gewann die Slowenische Nationale Partei 10 Prozent der Stimmen und damit 13 Mandate im Parlament. Die Partei hatte in der Wahlkampagne die Überprüfung der Staatsbürgerschaft von Zuwanderern aus anderen Teilrepubliken Jugoslawiens angestrebt und mit dieser Forderung bei den Wahlen Wählerstimmen dazugewonnen.

Die Partei war zwischen den Jahren 1992 und 2011 im slowenischen Parlament vertreten, dennoch war sie nie ein Mitglied einer Regierungskoalition. Das Koalitionspotenzial der Partei ist am niedrigsten unter allen Parteien im Parlament, von den Koalitionsverhandlungen jedoch wurde sie generell nicht ausgeschlossen.²¹⁹ Bei den Wahlen im Dezember 2011 erreichte die Partei die Vier-Prozent-Hürde nicht und musste das Parlament verlassen.

Als der Vorsitzende der Partei Zmago Jelinčič als ehemaliger Agent der Geheimpolizei enttarnt wurde, haben viele Mitglieder die Partei verlassen und zwei neue Parteien gegründet.²²⁰ Bei der ersten handelt es sich um die im Jahr 1993 gegründete Partei Slowenische Nationale Rechte (*Slovenska Nacionalna Desnica –SND*), die einen faschistoiden rechten Nationalismus vertritt. Die Partei hat sich später den Namen Slowenische Nation (*Stranka Slovenskega Naroda –SSN*) angenommen. In den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts forderte sie die Verweigerung der Staatsbürgerschaft für alle Nichtslowenen und auch für Zuwanderer aus anderen Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawiens. Die zweite Partei ist die Nationale Partei

²¹⁷ Maver, 2007, S. 178.

²¹⁸ Krastev, 2007, zit. Nach: Varga/Freyberg-Inan, 2009, S. 112.

²¹⁹ Vgl. Mareš, 2011, S. 365.

²²⁰ Vgl. Bayer, 2002, S. 278.

der Arbeit (*Nacionalna Stranka Dela - NSD*). Später, im Jahr 2008, spaltete sich die Slowenische Nationale Partei wieder, als drei Abgeordnete die Partei verließen und eine neue Partei LIPA (Die Linde) gründeten.²²¹ Die Partei vertritt eine eher nationale und rechtsextreme Ideologie.

Die Slowenische Nationale Partei bekam eine neue Struktur mit einer radikal antifaschistischen, jedoch nationalen Richtung.²²² Sie bezeichnete die aus dem früheren Jugoslawien kommenden Einwohner als Fremde und forderte eine Verordnung, dass der Anteil an Ausländern nicht mehr als 7 Prozent der Bevölkerung ausmachen sollte.²²³

In der Literatur wird die Slowenische Nationale Partei als eine rechtsextreme Partei bezeichnet. Der Politologe Ladislav Cabada hat die Partei wegen der Wurzeln ihrer Gründungsmitglieder sowie wegen ihrer antiklerikalen Politik als „*postkommunistische nationalisierte Partei*“ charakterisiert.²²⁴

Bei den Wahlen 2004 bekam die Partei 6.3% und bei den Wahlen im Jahr 2008 5,4 % der Stimmen und damit 5 Mandate in der Staatsversammlung.²²⁵ Damit war die Partei bis Dezember 2011 ein Kontinuum in dem slowenischen Parlament, jedoch nur als Oppositionspartei.

Die Slowenische Nationale Partei vertritt einen eigenständigen slowenischen Nationalismus, da ihr Parteiprogramm starke nationalistische und wohlstandschauvinistische Elemente umfasst.²²⁶

In ihrem Parteiprogramm bezieht sie sich auf *Karantanien, das frühere Herzogtum Krain*, auf den Befreiungskampf der Slowenen gegen den deutschen Nationalsozialismus und dessen Verbündete Italien und Ungarn und den Kampf gegen slowenische Kollaborateure (*Slovensko domobranstvo*) der damaligen Zeit. Wir erkennen hier ein Merkmal des Rechtsextremismus, bei dem eine Neuschöpfung der Nation durch historische Revision praktiziert wird. Dabei geht es um eine Mythenbildung durch Romantisierung früherer Epochen, bei der ein naturalisierter Gemeinschaftsgedanke im Mittelpunkt steht.²²⁷ In dem Parteilogo sind bis heute das historische Symbol Kärntens, Istriens und der italienischen Region Furlania enthalten, was auf die historischen Staatskonzepte der slowenischen Nationalbewegung im 19. Jahrhundert zurückgeht.²²⁸

²²¹ Vgl. Mareš, 2011, S. 365.

²²² Vgl. Brezovšek, 2010, S. 157.

²²³ Vgl. Szilagyi, 2001, zit.nach: Bayer, 2002, S. 278.

²²⁴ Ladislav Cabada (FN 32), S.267, zit.nach Mareš, 2011, S. 366.

²²⁵ Vgl: Statistični urad RS: http://www.stat.si/novica_prikazi.aspx?id=1947 (Stand: 14.11.2012).

²²⁶ Mareš, 2011, S. 266.

²²⁷ Vgl. Minkenberg, 1998, S.41, zit. nach: Hartleb, 2004, S. 113.

²²⁸ Mareš, 2011, S. 266

Bei einem Interview beantwortete Zmago Jelinčič die Frage, warum er Führungspersonen wie Saddam Husein, Slobodan Milošević und Fidel Castro besucht habe, damit, dass sich Slowenien eher in einer Anarchie befinde, weil es von keiner festen Hand geführt werde, die es leite.

„Sadam, Milošević und Castro habe ich deswegen besucht, weil ich etwas Konkretes für Slowenien und Europa erreichen wollte.“²²⁹

Zmago Jelinčič bekannte sich im Jahr 2000 zu einem Kurswechsel in Richtung einer sozialpopulistischen Politik. Damit gelang der Partei, sich für eine breitere Wählerschaft zu öffnen.²³⁰

Die Herangehensweise der Partei ist populistisch. Per Definition ist sie eine typische Ein-Mann-Partei; die Slowenische Nationale Partei wird durch Zmago Jelinčič verkörpert. Bei einem Interview hat er auf die Frage, ob es ihn störe, dass die Menschen ihn als Nationalist und Populist bezeichnen und die Partei als nationalistisch wahrnehmen, geantwortet:

„Wenn die Politiker nicht Populisten wären, hätte ihnen niemand zugehört. Die Slowenische Nationale Partei kämpft für die nationalen Interessen und nicht nationalistische – das ist ein Unterschied“²³¹

Populismus kann auch von einem Politiker ausgehen, der durch Populismus Werbung für die eigene Person mit dem Ziel macht, viele Wähler für sich zu gewinnen.²³² Das politische Auftreten von Zmago Jelinčič bestätigt diese Aussage. Er versucht mit prägnanten, mobilisierungsfähigen Parolen für sich zu werben. Zmago Jelinčič sagt, dass er für die Menschen kämpfe und dass er genau wisse, was die Menschen brauchen und benötigen. Er sagt immer das, was er meint, dass die Menschen gerne hören würden. Dabei handelt es sich um „eine mystische Vereinigung mit der Masse, mit dem Volk“, das als Einheit verstanden wird. Das „Volk“ als eine Bezeichnung für eine Gruppe mit homogenem Willen und homogenen Gefühlen existiert in Wahrheit nicht – allerdings existieren die Staatsbürger, die verschiedene Ansichten und Interessen haben und in einem demokratischen Regime souverän sind.²³³ Das Volk bzw. die Menschen sind ein geistiges Konstrukt, werden aber im politischen Diskurs als homogener Faktor dargestellt.

²²⁹ Vgl. Potrč, Delo, S. 3.

²³⁰ Vgl. Mareš, 2011, S. 266.

²³¹ Vgl. Potrč, Delo, S. 4.

²³² Vgl. Hartleb, 2004, S. 60.

²³³ Vgl. Eco, 2009, S. 135.

„Das Volkselement im Populismus ist heterotroph und wird niemals der alleinige und ewige Besitz einer einzelnen Partei sein (...) – noch nicht einmal einer populistischen Bewegung.“²³⁴

Ein Populist versucht seine eigenen Projekte mit dem Willen des Volkes gleichzusetzen und kreiert dabei selbst ein fiktionales Bild des Volkes, das in diesem Sinne nicht existiert.²³⁵ Das Volk ist in einem demokratischen System souverän, aber dennoch verändert sich der Wille des Volkes und seine Aktivitäten. Die Slowenische Nationale Partei propagiert eine ganz klare Diskriminierung in der Minderheitenproblematik. Bei den Wahlen im Jahre 1992 und 2004 ist die Partei SNS mit rechtsextremen Themen angetreten. Sie vertrat eine starke Position gegen Einwanderer aus den südlichen Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawiens, gegen den Bau einer Moschee in Ljubljana, gegen die Minderheit der Roma, gegen die Gruppe, die unter der Namen „Die Ausgelöschten“,²³⁶ bekannt ist, gegen Homosexuelle und aktuell auch gegen die Mitgliedschaft des Nachbarstaates Kroatien in der Europäischen Union. Seit kurzem hat sich Zmago Jelinčič die Europäische Union zum neuen Feindbild erkoren, wobei er die These vertritt, dass die EU für eine Verschlechterung der Lebenssituation der slowenischen Bevölkerung verantwortlich ist.²³⁷ Damit ist die Slowenische Nationale Partei die einzige slowenische Parlamentspartei mit starken euroskeptischen Positionen. Vor dem Beitritt zur Europäischen Union betonte die Partei vor allem die potenziellen Gefährdungen bei einer EU-Mitgliedschaft mit der Erklärung, dass die slowenischen Nationalinteressen mit dem Eintritt in die Europäische Union bedroht sein könnten.²³⁸ Diese Haltung wendet sich gegen das Establishment, das von dem populistischen Lager am meisten angegriffen wird.²³⁹

Der Begriff „Establishment“ umfasst die Gesamtheit der Personen, Institutionen und Verwaltungseinheiten, welche die sozioökonomische und politische Macht in einer Gesellschaft innehaben.²⁴⁰

²³⁴ Hartleb, 2004, S. 49.

²³⁵ Vgl. Eco, 2009, S. 135.

²³⁶ Im Jahr 1991, als Slowenien ein eigener Staat wurde, hatten Bürger aus den anderen jugoslawischen Teilrepubliken sechs Monate Zeit, um die slowenische Staatsbürgerschaft zu beantragen. 171.132 Menschen beantragten ihre slowenische Bürgerschaft. Die 25.761 Betroffenen wurden dann im Februar 1992 kurzerhand aus dem Personenregister gestrichen, buchstäblich "ausgelöscht" und als "Ausländer ohne geregelten Status" geführt. Damit blieben sie ohne Krankenversicherung, Ausweise und Aufenthaltsgenehmigung. (Vgl. o.V.: Fremde in der eigene Heimat, 19.07.2009, Der Standard, online abrufbar unter: <http://derstandard.at/1246542518604/Fremde-in-der-eigenen-Heimat>).

²³⁷ Vgl. Maver, 2007, S. 178.

²³⁸ Vgl. Mareš, 2011, S. 367.

²³⁹ Vgl. Hartleb, 2004, S. 50.

²⁴⁰ Ebenda, S. 75.

Die populistische Rhetorik verunglimpft die europäische Union als eine Institution von „*denen da oben*“ und ihre Behörden werden negativ als eine gesellschaftliche Elite wahrgenommen. Ein Populist betrachtet kritisch die staatlichen und internationalen Institutionen und agiert gegen Bürokratie, Finanzherrschaft und Klientalismus.

Die Populisten predigen von einer radikalen Erneuerung und einem Abschied von der korruptierten Transformationsgegenwart und um dies zu erreichen, sollten sowohl die Kommunisten als auch die Klerikisten aus dem politischen Leben verschwinden. Die populistischen Eliten, die sich außerhalb des diskreditierten Systems aufstellen, verlangen die Entfernung ihrer Rivalen, weil sie korrupt, unfähig oder aber „Kommunisten“ seien.²⁴¹

Die Merkmale des Populismus und Rechtspopulismus sind erstens die Verherrlichung der eigenen Nation. Dies tut Zmago Jelinčič mit der Romantisierung von Karantanien, einer ehemaligen Staatstruktur auf dem Gebiet des heutigen Sloweniens. Zweitens ist die Fremdenfeindlichkeit als Ausdruck von Rassismus und Antisemitismus ein weiteres Merkmal des Rechtspopulismus. Zmago Jelinčič und seine Partei, die Slowenische Nationale Partei, befeinden die Minderheiten, die es in Slowenien gibt. Aber auch das dritte Merkmal des Populismus, die Diffamierung von demokratischen Institutionen und deren Repräsentanten, finden wir bei dieser Partei.

„Der Rechtsextremismus bildet einen Gegen- oder Abgrenzungsbegriff zum demokratischen Verfassungsstaat und umfasst politische Auffassungen, welche die Wertvorstellungen des demokratischen Verfassungsstaates direkt oder indirekt ablehnen. Er verneint das fundamentale Prinzip der Gleichheit aller Menschen, ist aggressiv gegenüber Minderheiten und definiert sein Weltbild nach rassistischen Maximen.“²⁴²

Zmago Jelinčič hat seine Vorstellungen der völkischen Gemeinschaft auf rassistischen Grundlagen aufgebaut. Die völkische Gemeinschaft soll Vorrang vor den Freiheitsrechten des Einzelnen haben. Dadurch, dass die Slowenische Nationale Partei schon sehr früh in der slowenischen politischen Szene Fuß gefasst hat und eine kontinuierliche Unterstützung von der Bevölkerung erhielt, kann man davon ausgehen, dass sich die Partei im Laufe der Zeit verändert hat um verschiedene Wählergruppen zu überzeugen. Allerdings hat sie ihre populistisch-nationalistische Rhetorik beibehalten.

²⁴¹ Varga/Freyberg-Inan, 2009, S. 111.

²⁴² Hartleb, 2004, S. 112.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Demokratie erleichtert den politischen Eliten die populistische Taktik anzuwenden und sich selbst als außenstehend von dem ungeliebten politischen System zu präsentieren.²⁴³ Damit gelingt der Slowenischen Nationalen Partei, sich mit ihrer nationalistisch-populistischen Rhetorik zu legitimieren. Die Partei selbst bezeichnet sich als die einzige Partei Sloweniens, die sich für die nationale Identität und staatliche Souveränität einsetzt und die den Staat vor den Gefahren von außen schützt.

Auf den ersten Blick könnte man die Slowenische Nationale Partei mit den typischen rechtspopulistischen Parteien Europas vergleichen, allerdings sieht man, dass die Partei in Slowenien auch mit anderen Themen die Bevölkerung überzeugt hat. Die Partei hat ihr Wahlprogramm bei den Wahlen 1996 zu einem stärkeren Antiklerikalismus und auch ihre Position gegen kirchliche Interessen bei der Frage der Entstaatlichung ausgebaut. Bis heute ist die Partei der Kirche gegenüber sehr kritisch geblieben, hat jedoch ihren Tonfall etwas gemäßigt und ist weniger hart und extremistisch.

*„Zmago Jelinčič ist ein Unikat in der Weltpolitik. Er ist eine Mischung aus den rechten und linken Ideologien und von Extremen, die man selten in der politischen Bühne weltweit sieht“.*²⁴⁴

Der slowenische Soziologe Matevž Tomšič meint, dass Zmago Jelinčič seine Rhetorik des Protests sowohl gegen die linken als auch die rechten politischen Akteure einsetzt und sich nicht scheut, klare Aussagen zu sensiblen Themen zu machen, was die anderen politischen Parteien nicht wagen.²⁴⁵

Zmago Jelinčič kann man nicht grundsätzlich als Rechtspopulist bezeichnen, da er genauso gut ein Linkspopulist sein könnte. Er ist ein »Unikum« und tendiert dazu, sich als „Antipolitiker“ darzustellen. Er spricht in diesem Zusammenhang davon, dass sämtliche Politiker schlecht, und nur er und seine Partei der Bevölkerung gegenüber ehrlich seien. Damit manipuliert er die Bevölkerung und mobilisiert diejenigen, die mit der aktuellen Regierung unzufrieden sind.

Zmago Jelinčič hat zweimal für das Amt des Präsidenten kandidiert. Im Jahr 2002 erhielt er 8.5 Prozent und 2007 19,16 % der Stimmen.²⁴⁶ Wie und mit welchen Themen konnte der Politiker Zmago Jelinčič bei den Wahlen 2007 fast ein Fünftel der slowenischen Bevölkerung überzeugen? Der politische Analytiker Samo Uhan ist überzeugt, dass diese 20 Prozent der Wähler nicht einfach als 190.000 rechtsextreme und homophobe Menschen bezeichnet werden können.

²⁴³ Varga/Freyberg-Inan, S. 111.

²⁴⁴ Kline, zit. nach Hanc, Delo, 1.07.2005, S. 2.

²⁴⁵ Vgl. Glücks, Delo, 30.10.2007, S. 2.

²⁴⁶ Vgl. Mareš, 2011, S. 365.

»Vielleicht handelt es sich dabei um Menschen, die sozial und ökonomisch nie erfolgreich waren, die sich für Autoritarismus, Chauvinismus und Grobheit begeistern. Vielleicht hat er die Nichtwähler mobilisiert, denen die politische Aufteilung zwischen Rechts und Links nichts bedeutet, was eben auch auf die Jugend (bis zu 30 Jahren) zutrifft. Zmago Jelinčič hat in der Wählergruppe bis zu 30 Jahren Stimmen dazugewonnen.«²⁴⁷

Die Unterstützung von Seiten der jugendlichen Wählergruppe könnte für die slowenische Demokratie auch gefährlich sein. »Mit der Beziehung der slowenischen Jugend zur Politik ist etwas nicht in Ordnung«, meint der Soziologe Matevž Tomšič und sagt, dass die Jugend für radikale Äußerungen eher empfänglich sei und sich leicht von einer vereinfachenden Ansicht begeistern lasse, die verspreche, die gesellschaftlichen Probleme zu erklären und zu bewältigen.²⁴⁸ Die vereinfachende Rhetorik ist leichter zu verstehen und es ist leichter sich mit ihr zu identifizieren.

Ein solcher gesellschaftlicher Trend ist für die Entwicklung des Populismus in Slowenien gefährlich. Dadurch, dass die populistische Rhetorik bei vielen slowenischen Parteien und Führungspersonlichkeiten zu beobachten ist und dieser Trend von der Bevölkerung selbst als positiv angesehen und unterstützt wird, gibt es viele Möglichkeiten, dass sich der Populismus in Slowenien verbreitet und noch mehr an Bedeutung gewinnt.

„Dieses populistische Potenzial ist besorgniserregend, weil ein solches Niveau der Politik unserer Demokratie schaden kann“, meint die Politikwissenschaftlerin Dr. Danica Fink-Hafner.²⁴⁹ Dabei betont sie auch, dass die politischen Führer in Slowenien zu tolerant gegenüber den Extremen sind, die sogar im slowenischen Parlament auftreten. *„Wenn die Qualität der politischen Debatten sinkt und wenn sich der feindliche Diskurs in der Staatsversammlung verbreitet, werden die Wähler für solche Ansichten immer empfänglicher. Es handelt sich um eine vereinfachende Darstellung der Verhältnisse, ohne die gesellschaftliche Verantwortung“,* meint der slowenische politische Analytiker Dr. Samo Uhan und deutet darauf hin, dass für die Verbesserung der politischen Kultur in Slowenien alle Systeme und Organisationen der unteren Ebene wie Schulwesen, Medien und staatliche Institutionen verantwortlich sind.²⁵⁰

Bei den Wahlen im Dezember 2011 erlitt die Partei SNS mit Zmago Jelinčič an der Spitze einen großen Stimmenverlust und bekam nur 1.8 Prozent der Wählerstimmen. Damit hat die Partei die

²⁴⁷ Glücks, Delo, 30.10.2007, S. 2.

²⁴⁸ Vgl. a.a.O. S. 3.

²⁴⁹ Vgl. Ebenda, S. 2.

²⁵⁰ Vgl. Glücks, Delo, 30.10.2007, S. 4.

Vier-Prozent-Hürde nicht erreicht und musste nach vielen Jahren das Parlament verlassen. Dazu sagte Zmago Jelinčič bei einem Interview: »*Die Menschen haben sich entschieden und sie werden dafür die Konsequenzen tragen müssen*«²⁵¹ Jedoch betonte er, dass der momentane Misserfolg seiner Partei noch kein Ende seiner Politik bedeute, jedoch werde er sich noch überlegen, ob er bei der nächsten Präsidentschaftswahl kandidieren werde.

²⁵¹ o.V.: V državnem zboru ne bo več LDS-a, ZARESA in SNS (4.12.2011) (*der Abschied von der Parteien LDS, ZARES und SNS aus dem Parlament*). In: Zeitschrift Delo, online abrufbar unter: <http://www.delo.si/novice/volitve/v-drzavnem-zboru-ne-bo-vec-lds-zaresa-in-sns.html> (Stand: 02.01.2012)

5.3.3. Die Schwierigkeiten der letzten Regierung in der Mandatsperiode von 2008 bis 2011

Im Parlament waren seit dem Jahr 2008 bis September 2011 folgende Parteien repräsentiert: Die Sozialdemokraten (*Socialni demokrati, SD*) mit 29 Mandaten, die Slowenische Demokratische Partei (*Slovenska demokratska stranka, SDS*) mit 28 Mandaten, die Partei ZARES (*Zares – nova politika*) mit 9 Mandaten, die Demokratische Partei der Rentner Sloweniens (*Demokratična stranka upokojencev Slovenije, DESUS*) mit 7 Mandaten, die Slowenische Nationale Partei (*Slovenska nacionalna stranka, SNS*) mit 5 Mandaten, die Slowenische Volkspartei (*Slovenska ljudska stranka, SLS*) zusammen mit der Partei der Jugend Sloweniens (*Stranka mladih Slovenije, SMS*) mit 5 Mandaten und die Partei Liberale Demokratie Sloweniens (*Liberalna demokracija Slovenije*) mit 5 Mandaten.²⁵²

Ministerpräsident Borut Pahor erklärte, das oberste Ziel seiner Regierung sei, Slowenien möglichst unbeschadet durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise zu führen. Damit das erreicht wird, bräuchte er einen breiten Konsens über alle politischen Lager hinweg. Jedoch wurde dieser Wunsch hinfällig, weil die Ziele nicht erreicht werden konnten.²⁵³

Die Mitte-links-Regierung unter der Führung von Ministerpräsident Borut Pahor wurde am 20. September 2011 durch eine Vertrauensabstimmung im Parlament gestürzt. 51 Abgeordnete sprachen dem Ministerpräsidenten Pahor das Misstrauen aus, nur 36 Abgeordneten stimmten für ihn.

Danach hat sich das Parlament auf keinen neuen Regierungschef geeinigt und Neuwahlen wurden für den 4. Dezember 2011 ausgeschrieben. Die Mitte-links-Regierung war seit einiger Zeit in der Krise. Nach der zweiten Hälfte ihrer Amtszeit war sie ständig unter dem politischen Druck der Opposition aber gleichzeitig wurde sie von innerer Spaltungen und Instabilität betroffen.

Die Spaltung zwischen den politischen Lagern war im Jahr 2011 stärker als je zuvor. Sie war nicht nur zwischen der Regierung und Opposition zu spüren, sondern auch unter dem Koalitionspartner innerhalb der Regierung. Ihre Meinungsverschiedenheiten wurden öffentlich ausgetragen und mit dem Austritt aus der Koalition gedroht. Die Austrittsdrohungen wurden später verwirklicht.²⁵⁴

²⁵² Vgl. Brenneis, 2009, S. 177f.

²⁵³ Vgl. Prunč/Wessel, 2011, S. 1.

²⁵⁴ Vgl. Ebenda S. 1f.

Im Juli 2010 musste der Wirtschaftsminister Matej Lahovnik wegen der Korruptionsanklagen gegen Koalitionsparteimitglieder und Minister von der Partei ZARES aus der Koalition ausscheiden. Im Oktober verließ Andrej Magajna die Sozialdemokratische Partei mit der Begründung, dass die vorgesehenen Reformen von den sozialdemokratischen Zielen abweichen würden.

Im Januar 2011 geriet der Finanzminister Franc Križanič von der Sozialdemokratischen Partei (SD) ins Visier des slowenischen Rechnungshofs mit der Begründung, dass er mit der Privatisierung eines Schifffahrtsunternehmens grob gegen Wirtschaftsgrundsätze verstoßen habe. Trotz der kontroversen Diskussion blieb der Minister Križanič im Amt mit der Begründung, dass der Finanzminister gerade in Zeiten der Krise stark gefordert sei.²⁵⁵

Am 8. Mai 2011 hat Karl Erjavec, Minister für Umwelt und Raumplanung und Vorsitzender der Rentnerpartei DESUS, die Koalition verlassen. Dabei unterstützte ihn die eigene Partei, denn von 46 Parteiräten waren 42 für den Ausstieg. Im Mittelpunkt der Streitigkeiten war die Rentenreform, die eine Erhöhung des Renteneintrittalters vorsah. Bei der Volksabstimmung über die Rentenreform wurde diese von der slowenischen Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit zurückgewiesen. Karl Erjavec erklärte seine Entscheidung damit, dass die Partei ihre Ziele und Absichten aus dem Koalitionsabkommen nicht erfüllen könne. Die Rentner mit ihren Forderungen hatten bei den Zielen der Partei absolute Priorität. Außerdem betonte er noch, dass die Regierung keinen der Vorschläge seiner Partei zur Rentenreform beachtet habe.²⁵⁶

In der Woche vor der Volksabstimmung über die Rentenreform verkündete der ZARES Vorsitzende Gregor Golobič seinen Rücktritt als Minister. Der Rücktritt wurde einen Tag vor dem Referendumssonntag wirksam. Der Referendumssonntag am 5. Juni 2011 wurde tatsächlich entscheidend für das Koalitionsbündnis. Denn alle drei Gesetzesvorschläge wurden in der Volksabstimmung von der Bevölkerung verworfen, was eine Niederlage für die Regierung Pahor war. Am Referendumssonntag wurde über das Archivgesetz, die Rentenreform und die Schwarzarbeitsregulierung abgestimmt und alle drei Gesetzesvorschläge wurden abgelehnt. Das Archivgesetz mit 70,88%, die Rentenreform mit 72,05 % und die Schwarzarbeitsregulierung mit 75,41%.²⁵⁷

²⁵⁵ Vgl. Prunč/Wessel, 2011, S. 1f.

²⁵⁶ Vgl. o.V.: DESUS odhaja iz koalicije: Erjavec Pahorju dokončno pomahal v slovo (*DESUS verabschiedete sich aus der Koalition*). In: Politikis 9.5.2011, online abrufbar unter: <http://www.politikis.si/?p=23774> (Stand: 15.11.2011)

²⁵⁷ Vgl. Državna volilna komisija (Wahlkommission Sloweniens), online abrufbar unter: www.dvk.gov.si (Stand: 17.12.2011.)

Prunč und Wessel schrieben in dem Länderbericht: »*De facto bedeutete dies, dass die slowenische Regierung mit ihrer zentralen Reformidee gescheitert war, katastrophale Popularitätswerte aufwies und ihre Mehrheit im Parlament verloren hatte, also mehr oder minder handlungsunfähig war.*«²⁵⁸

Somit wechselte die Regierung von einer Vierparteienkoalition mit klarer parlamentarischer Mehrheit zu einer Zweiparteikoalition, die letztendlich auch nicht lange dauerte.

Anfang August wurden von Seiten des Rechnungshofs und der Antikorruptionsbehörde Korruptionsvorwürfe gegen die LDS-Vorsitzende und Innenministerin Katarina Kresal erhoben. Innerhalb weniger Tage erklärte Katarina Kresal ihren Rücktritt. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 80 % der Slowenen mit der Regierung unzufrieden. Die Abstimmungsniederlage der Regierung folgte am 20. September 2011 und damit war die Mitte-links-Regierung unter der Führung von Borut Pahor gescheitert.²⁵⁹

²⁵⁸ Prunč/Wessel, 2011, S. 4.

²⁵⁹ Vgl. Ebenda, S. 4ff.

5.3.4. Die Vorwahlen im Dezember 2011 und die Probleme der Koalitionsbildung

Nachdem das Parlament dem Ministerpräsidenten Borut Pahor am 20. September 2011 das Misstrauen ausgesprochen hatte, hat der Präsident Danilo Türk Neuwahlen für den 4. Dezember 2011 festgelegt. Dies sind die Ergebnisse der Wahlen:

Das vorläufige Ergebnis der Wahlen:

Partei	Prozentpunkte	Sitze
Liste Zoran Janković – Positives Slowenien	28,54 %	28
Slowenische Demokratische Partei (SDS)	26,25 %	26
Sozialdemokraten (SD)	10,50 %	10
Bürgerliste Gregor Virant	8,42 %	8
Demokratische Partei der Rentner Sloweniens (DESUS)	6,97 %	6
Slowenische Volkspartei (SLS)	6.90 %	6
Neues Slowenien (NSi)	4.79 %	4

Tabelle 1: Das Ergebnis der Parlamentswahlen 2011

Quelle: online abrufbar unter: http://volitve.gov.si/dz2011/rezultati/rezultati_slo.html, (Stand: 01.01.2012)

Die Wahlbeteiligung lag bei 65,60 Prozent. Mit der Wahl im Dezember 2011 kam es zu einem Regierungswechsel, wobei zwei ehemalige Koalitionsparteien Liberal Demokratische Partei Sloweniens (LDS) und die Partei ZARES nicht genug Stimmen bekommen haben, um die Einstiegshürde von 4 Prozent zu erreichen. Auch die streitbare Partei SNS (*Slowenische Nationale Partei*) musste nach 20 Jahren kontinuierlicher Anwesenheit im Parlament aussteigen, weil auch sie die Vier-Prozent-Hürde nicht erreichte. Das Überraschende bei der Parlamentswahl war die Wiederkehr der Partei Nova Slovenija (*Neues Slowenien, NSi*).

Überraschend siegte die Mitte-links-Partei Positives Slowenien mit ihrem Vorsitzenden und früherem Bürgermeister der Hauptstadt Ljubljana Zoran Janković. Die Partei wurde erst kurz zuvor am 10. Oktober 2011 gegründet und siegte bei den Wahlen mit 28. 5 Prozent der Stimmen. Zoran Janković wurde im Jahr 2006 und im Jahr 2010 zum Bürgermeister der Hauptstadt Ljubljana gewählt und erhielt dabei über 60 Prozent der Stimmen. Damals war er als parteiloser Kandidat bei den Wahlen aufgetreten. Es wurde ihm personalisierte Herangehensweise in der Politik vorgeworfen. Die von ihm im Oktober 2011 neu gegründete

Partei Positives Slowenien wurde von vielen berühmten ehemaligen Politikern der Linken, wie zum Beispiel vom ehemaligen Präsidenten Milan Kučan und dem früheren Staatsversammlungspräsidenten France Bučar unterstützt. Die liberalen Parteien LDS und ZARES werden wahrscheinlich kaum die Rückkehr in die parlamentarische Repräsentation erreichen können, weil der Erfolg der Partei Positives Slowenien so groß war. Neben Positives Slowenien und den Sozialdemokraten erreichten noch die Rentner Partei DESUS, die auch 2011 neu gegründete Bürgerliste von Gregor Virant und die Partei Neues Slowenien (NSi) die Vier-Prozent-Hürde. Die favorisierte Slowenische Demokratische Partei (SDS) mit dem Vorsitzenden Janez Janša, erhielt 26,3 Prozent der Stimmen. Die Sozialdemokratische Partei unter der Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Borut Pahor wurde mit dem Ergebnis von 10,5 Prozent die drittstärkste Kraft.²⁶⁰

Parlamentswahlen 2011

Parties and Elections in Europe

SLOVENIA

Legislative elections: National Assembly, 4-year term, 4% threshold, party-list proportional representation system

• **President:** Danilo Türk • **Prime Minister:** Borut Pahor (SD) • **Government:** SD, LDS

Party	Ideology, Affiliation, Founding	2011	Seats	2008	Seats
 Lista Zorana Jankovića - Pozitivna Slovenija (LZJ-PS) ↗ List Zoran Janković - Positive Slovenia	TBA (centre-left)	- 2011	28,5%	28	-
 Slovenska Demokratska Stranka (SDS) ↗ Slovenian Democratic Party	Liberal conservatism	EPP, CDI, IDU 1989	26,3%	26	29,3%
 Socialni Demokrati (SD) ↗ Social Democrats	Social democracy	PES, SLo 1992	10,5%	10	30,5%
 Državljska Lista Gregorja Viranta (LGV) ↗ Gregor Virant's Civic List	Liberalism	- 2011	8,4%	8	-
 Demokratska Stranka Upokojencev Slovenije (DeSUS) ↗ Democratic Pensioners' Party of Slovenia	Pensioners' interests	- 1991	7,0%	6	7,5%
 Slovenska Ljudska Stranka (SLS) ↗ Slovenian People's Party (2008: SLS-SMS)	Conservatism; Christian democracy, Agrarianism	EPP 1988 (hist. 1892)	6,9%	6	5,2%
 Nova Slovenija - Krščanska Ljudska Stranka (NSi) ↗ New Slovenia - Christian People's Party	Christian democracy; Social conservatism	EPP, CDI 2000	4,8%	4	3,4%
 Slovenska Nacionalna Stranka (SNS) ↗ Slovenian National Party	Nationalism	- 1991	1,8%	-	5,4%
 Liberalna Demokracija Slovenije (LDS) ↗ Liberal Democracy of Slovenia	Liberalism	ELDR, LI 1989	1,5%	-	5,2%
 Zares - Socialno Liberalni (ZARES) ↗ For Real - Social Liberals	Social liberalism	ELDR, LI 2007	0,7%	-	9,4%
Minorities	-	-	-	2	2
Others	-	-	3,6%	-	4,2%
Total	-	-	-	90	90
Turnout	-	-	64,7%	-	63,1%

© 2011 Wolfram Nordsieck. Source: Ministry of Public Administration (<http://volitve.gov.si>). Archive: Elections 1990-2004.

© 2011 Wolfram Nordieck. Source: Ministry of Public Administration (<http://volitive.gov.si>). Archive: Elections 1990-2004.

Tabelle 2: Parlamentswahlen 2011

Quelle: online abrufbar unter: <http://www.parties-and-elections.de/slovenia.html> (Stand 01.01.2012).

²⁶⁰ Vgl. o.V.: Überraschungserfolg für die Linken in Slowenien, NZZ online, 5.12.2011, online abrufbar unter: http://www.nzz.ch/marktplaetze/uebersicht/ueberraschungserfolg_fuer_die_linken_1.13513593.html (Stand 1.01.2012).

In der obigen Tabelle sind der Wahlverlauf von 2011 und der Wahlverlauf von 2008 ersichtlich. Drei Parteien (SNS, LDS und ZARES), die im Parlament von 2008 bis 2011 vertreten waren, haben die Vier-Prozent-Hürde nicht erreicht und sind aus dem Parlament ausgeschieden. Dagegen sind zwei ganz neue Parteien in das Parlament gewählt worden – die siegreiche Partei Positives Slowenien mit Zoran Jankovič an der Spitze und die Bürgerliste Gregor Virant. Die beiden im Jahr 2011 neu gegründeten Parteien haben zusammen über 36 Prozent der Stimmen bekommen.

Die Partei Nova Slovenija (Neues Slowenien, NSi) war Koalitionsmitglied der Mitte-rechts-Koalition mit Janez Jansa (SDS) zwischen 2004 und 2008, bei der Wahl 2008 musste die Partei aus dem Parlament ausscheiden und hat nun bei der Wahl 2011 eine Rückkehr ins Parlament erreicht. Die Sozialdemokratische Partei (SD) verliert über 20 Prozent der Stimmen, verglichen mit dem Jahr 2008.

Weil der slowenische Bürger der langjährigen Politiker und deren ideologischen Streitereien überdrüssig und von ihnen auch enttäuscht ist, darf es einen nicht verwundern, wenn neue, unverbrauchte Gesichter in der Politik an Bedeutung gewinnen. Trotz Neuwahlen aber ist die slowenische politische Szene gespaltener als je zuvor, denn die Koalitionsverhandlungen des neu gewählten Mandatar Zoran Jankovič sind gescheitert. Obwohl seine Partei die Siegerpartei bei den letzten Wahlen im Dezember 2011 war, ist es ihm nicht gelungen eine Mitte-links-Koalition zusammenzustellen. Geplant war eine Mitte-links-Koalition mit den Sozialdemokraten, der Rentner Partei Desus und der Bürgerliste von Gregor Virant, die aber von der Staatsversammlung am 11.01.2012 abgelehnt wurde. Zoran Jankovič erhielt nur 42 der 90 Stimmen von der Staatsversammlung und damit nicht die benötigte Mehrheit. Daher verzögerte sich die Regierungsbildung weiter. Janez Janša, der mit seiner Slowenischen Demokratischen Partei SDS bei den Wahlen im Dezember 2011 mit 26,25 % der Wählerstimmen den zweiten Platz erreichte, hat jetzt die Möglichkeit eine Mitte-rechts-Regierung zusammenzustellen.

5.4. Wählervolatilität

Viele wissenschaftliche Autoren gehen davon aus, dass die postkommunistischen Parteien durch eine hohe Fragmentierung und hohe Wählervolatilität gekennzeichnet sind, und dass die hohe Wählervolatilität die Parteienqualität und Stabilität beeinflusst. In dem folgenden Kapitel werde ich darstellen, wie die Wählervolatilität in Slowenien berechnet wird. Es hat mich auch interessiert inwiefern die stark schwankenden Wahlergebnisse die Parteienqualität und Stabilität beeinflussen können.

Auf dem Hintergrund der Systemveränderungen sind bei den Transformationsstaaten schwankende Wahlergebnisse von Wahl zu Wahl zu beobachten. Dies weist auf eine hohe Wählervolatilität hin, das heißt, dass sich sehr viele Wähler bei jeder Wahl für eine andere Partei entscheiden.²⁶¹ Dadurch sind die Parteiensysteme der jungen demokratischen Staaten auch durch höhere Fragmentierung und höhere Volatilität gekennzeichnet.

Die Wählervolatilität wird durch die Relation von sogenannten Stammwählern, die einer Partei gegenüber loyal sind und durch Wechselwähler ohne feste Parteienbindung gekennzeichnet. Das Resultat der stark schwankenden Wahlergebnisse sind die häufig wechselnden Regierungskoalitionen. Das Positive daran ist, dass sich der demokratische Wandel etabliert hat und keine Gefahr besteht für die Monopolisierung einer Partei. Weniger gut jedoch ist, dass sich durch die Kurzzeitigkeit der Regierungspolitik ein Politikstil verbreitet, der auf kurzfristige Erfolge setzt und sich dabei möglicherweise auch einer populistischen Rhetorik bedient. Es existiert eine ungeduldige Wählerschaft, unterentwickelte Parteienqualität und Stabilität. Die Reformpolitik wird dadurch erschwert, dass die Regierungen fürchten abgewählt zu werden, ehe sichtbare Erfolge eintreten.

Ein Mangel an Kontinuität kann viele negative Folgen haben, andererseits kann die Monopolisierung einer Partei der Demokratie schaden.²⁶² Eine hohe Volatilität wird aber häufig als Indiz für eine schwache Professionalisierung des parlamentarischen Lebens gedeutet.²⁶³

Jans-Joachim Venn meint dazu, dass *„um wirklich gestalten und reformieren zu können, in der Regel mindestens zwei Wahlperioden für eine Regierung notwendig sind, und es ist in alten Demokratien ein Zeichen demokratischer Reife, einer Regierung in aller Regel noch eine zweite*

²⁶¹ Vgl. Veen, 2005, S. 26.

²⁶² Vgl. Ebenda S. 27.

²⁶³ Vgl. Beichelt, 2009, S. 124.

*Chance, also eine zweite Wahlperiode zu geben, bevor die Zeichen wieder auf Wechsel gestellt werden.*²⁶⁴

Für die postkommunistischen Gesellschaften sind entstrukturierte Gesellschaften charakteristisch, die nur über mangelhafte intermediäre Kräfte verfügen. Die Folge davon ist eine hohe Wählervolatilität. Wählervolatilität ist ein Indikator mit dem man feststellen kann, wie konsolidiert ein Parteiensystem ist. Um die Wählervolatilität festzustellen muss man den Stimmenanteil einer Partei p_i bei der Wahl zum Zeitpunkt t mit deren Stimmenanteil bei der vorhergehenden Wahl zum Zeitpunkt $t-1$ subtrahieren. Die Beträge der Differenzen muss man addieren und das Ergebnis durch 2 teilen.²⁶⁵ Die Berechnungen werden mit den „Pedersen Index“ durchgeführt.

$$\text{Volatility} = \frac{\sum_{i=1}^n |p_{it} - p_{i(t+1)}|}{2}$$

Catón betont noch die Problematik der Volatilitätsmessung, weil man nicht zwischen Wählerwanderung von einer Partei zur anderen und Veränderungen auf der Elitenebene durch die Spaltung von Parteien unterscheiden kann.²⁶⁶ Auch Catón deutet auf eine höhere Volatilität in den postkommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas hin. Die Begründung dafür ist eine geringe Tradition von Parteien. Die Volatilität geht mit starker Fragmentierung der Parteienlandschaft des Staates einher und dadurch auch mit der schwächeren Stabilität der Parteienlandschaft.

Wie man aus der unteren Tabelle entnehmen kann ist die Fragmentierung der Parteienlandschaft in Slowenien hoch.

²⁶⁴ Veen, 2005, S. 27.

²⁶⁵ Vgl. Catón, 2009, S. 56.

²⁶⁶ Vgl. Ebenda.

Fragmentierung der Parteiensysteme der EU Beitrittsländer 2004.

Land	1998		2002		Anfang 2006	
	Effektive Parteien*	Anzahl der Parteien**	Effektive Parteien*	Anzahl der Parteien**	Effektive Parteien*	Anzahl der Parteien**
Estland	5.4	6	5.5	7	4.7	6
Lettland	5.5	6	5.0	6	***	***
Litauen	2.8	6	4.2	5	6.2	7
Polen	3.1	4	3.6	6	4.3	6
Slowakei	4.8	6	6.1	7	***	***
Slowenien	5.5	7	4.8	8	4.9	7
Tschechien	3.7	5	3.8	5	***	***
Ungarn	3.5	6	2.5	4	***	***

Tabelle 3: Fragmentierung der Parteiensysteme der EU Beitrittsländer 2004

Quelle: Beichelt, 2009, S. 125.

Powell und Tucker untersuchten in ihrer Studie: „New Approaches to Electoral Volatility: Evidence from Postcommunist Countries“, die Wählervolatilität in den postkommunistischen Staaten. Dabei unterscheiden sie unter Volatilität A und Volatilität B. Die Volatilität B zeichnet sich dadurch aus, dass die Wähler zwischen existierenden und gut etablierten Parteien wechseln. Die Autoren meinen, dass die Wirkung dieser Art von Volatilität gut für eine lebendige repräsentative Demokratie ist. Die Volatilität A jedoch hat eher eine negative Wirkung auf die Stabilität der Demokratie. Die Volatilität A ist durch wechselnde Parteien gekennzeichnet: Neue Parteien treten auf oder aber alte Parteien werden abgewählt und verschwinden aus dem System. Volatilität A ist für die ehemaligen kommunistischen Staaten und für die jüngeren Demokratien charakteristisch, bei denen die Parteienlandschaft sehr fragmentiert, vielfältig und instabil ist.

Einige Autoren bezeichnen das Phänomen anders, wie zum Beispiel als „*replacement volatility*“ (Birch, 2001), „*new party volatility*“ (Tavits, 2008) oder „*extra system volatility*“ (Mainwaring et al. (2009).²⁶⁷ Parteien, die kontinuierlich bei mehreren Wahlen auftreten und gewählt werden, werden als stabile Parteien bezeichnet und Parteien, die bei einer Wahl neu oder nicht wieder antreten, werden als „*neue Parteien oder Parteien, die aufhören zu existieren*“ bezeichnet.

In den Fällen, dass neue Parteien auf- oder existierende Parteien abtreten, muss man die Volatilität nach dem Typ Volatilität A mit der folgenden Formel berechnen:

²⁶⁷ Powell/Tucker, 2010, S. 3ff.

$$\text{Type A Volatility} = \frac{|\sum_{o=1}^n p_{ot} + \sum_{w=1}^n p_{w(t+1)}|}{2}$$

Mit der Formel für die Berechnung der Volatilität B, berechnet man die Volatilität der stabilen Parteien, die sich mehrmals zur Wahl stellen. Die Formel ist folgende:

$$\text{Type B Volatility} = \frac{\sum_{i=1}^n |p_{it} - p_{i(t+1)}|}{2}$$

Aus der Gesamtsumme der Berechnung der Volatilität A und Volatilität B ergibt sich der Gesamtwert der Volatilität, der auch als „Pedersen Index“ bezeichnet wird.²⁶⁸

$$\text{Total Volatility} = \frac{\sum_{i=1}^n |p_{it} - p_{i(t+1)}|}{2} = \text{Type A Volatility} + \text{Type B Volatility}$$

Die Autoren haben in der Studie über 92 Wahlen von 21 postkommunistischen Staaten untersucht, die zwischen den Jahren 1990 und 2009 stattgefunden haben. Sie haben die Wählervolatilität in Slowenien anhand der Wahlen zwischen 1990 und 2008 berechnet. Wie in der folgenden Tabelle zu erkennen ist, ist die Volatilität A in Slowenien mit 35 Prozent höher als die Volatilität B mit 15 Prozent. Die Gesamtsumme der Volatilität in dem Untersuchungszeitraum zwischen 1990 und 2009 beträgt 49 Prozent.

²⁶⁸ Powell/Tucker, 2010, S. 6ff.

Berechnung der Wählervolatilität nach Powell und Tucker:

Mean Volatility by Country			
Country	Type A	Type B	Total Volatility
Albania	27	21	48
Armenia	50	6	56
Bosnia-Herzegovina	23	11	34
Bulgaria	22	17	39
Croatia	19	11	30
Czech Republic	15	11	27
Estonia	30	17	47
Georgia	36	10	45
Hungary	13	14	26
Latvia	34	17	50
Lithuania	56	14	69
Macedonia	46	10	57
Moldova	36	10	46
Montenegro	27	4	31
Poland	28	18	46
Romania	38	7	46
Russia	34	13	47
Serbia	32	10	42
Slovakia	50	9	59
Slovenia	35	15	49
Ukraine	23	13	36

Tabelle 4: Wählervolatilität nach Powell/Tucker

Quelle: Powell/Tucker, 2010, S. 31

Matthias Catón kategorisiert drei Gruppen der volatilen Parteiensysteme: 1. Die USA und Großbritannien, die mit durchschnittlich 4 bis 9 Prozent wenig volatile Parteiensysteme haben; 2. Neuseeland und Kanada im mittleren Bereich und 3. Staaten, die mit über 20 Prozent ein hochvolatiles Parteiensystem haben.²⁶⁹ Slowenien kann man, anhand der Gruppenteilung von Catón, in die dritte Gruppe einordnen, da die Volatilität über 20 Prozent beträgt.

Allerdings wurde in keiner der beiden Studien die Wählervolatilität in Slowenien bei den Wahlen 2011 berechnet. Ich gehe aber davon aus, dass diesen Wahlen eine noch höhere Wählervolatilität nachzuweisen ist, da drei Parteien, die in der slowenischen Parteienlandschaft eine gewisse Kontinuität vertraten, nicht mehr in das Parlament gewählt wurden und dafür zwei neue Parteien, die erst im Wahljahr gegründet worden waren, sehr erfolgreich waren.

²⁶⁹ Vgl. Catón, 2009, S. 196.

5.5. Zivilgesellschaft und die Partizipationsbereitschaft

Neben dem Verhalten der Elite sind auch das Verhalten der Zivilgesellschaft und deren Interessenvertretung in einer repräsentativen Demokratie wichtig. Denn eine gesunde Demokratie benötigt eine aktive und partizipierende Zivilgesellschaft. In dem folgenden Kapitel untersuche ich die Aktivität der Zivilgesellschaft in Slowenien, ihre Vertretung in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Institutionen, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften.

Die politische Beteiligung der Bürger kann sich auf verschiedenen Ebenen manifestieren. Das bedeutet nicht nur die Teilnahme an den Wahlen oder Referenden, sondern dass die Bürger bei Nichtregierungsorganisationen und Bürgerinitiativen unterschiedlicher Art mitwirken. Eine zivilgesellschaftliche Konzentrierung ist eng mit der demokratischen Stabilität verknüpft und von dieser auch abhängig. Eine lebendige Zivilgesellschaft ist für eine Demokratie eine unbedingte Forderung und Notwendigkeit.

Die Definition der Zivilgesellschaft ist komplex, sie zeigt aber immer die gleichen Charakteristika wie Unabhängigkeit, Vertretung der spezifischen Interessen, Freiwilligkeit und das Bestreben, die Politik zu beeinflussen. Sowohl die Nichtregierungsorganisationen als auch die politischen Parteien sind die „tragenden Säulen“ der Zivilgesellschaft. Deren Aufgabe ist es, die Interessen der Zivilgesellschaft in dem demokratischen System zu vertreten und zu vermitteln. Weil die politischen Parteien aber zunehmend den Staat und immer weniger die Zivilgesellschaften vertreten, vernachlässigen sie ihre ursprüngliche Aufgabe und verlieren dadurch an Bedeutung.

Die politische Beteiligung vollzieht sich in unterschiedlichen Institutionen. Bürger wirken in verschiedenen Institutionen wie Parteien, verschiedenen Verbänden, Gewerkschaften, Umweltorganisationen, NRO und Bürgerinitiativen unterschiedlicher Art mit. Laut „*CIVICUS Studie 2011*“ sind 21,1 Prozent der slowenischen Bürger in politischen Organisationen wie Gewerkschaften, politischen Parteien, Umweltorganisationen, humanitären Organisationen, Berufsverbänden und Verbraucherverbänden aktiv tätig. 12,2 Prozent der Bürger sind freiwillig in jeweils einer politischen Organisation wie Gewerkschaft, politische Partei, lokalpolitische Initiative, Menschenrechtsorganisation, Umweltorganisation, Frauenorganisation und Friedensbewegung tätig. Ungefähr 28,9 Prozent der Bürger waren in den letzten Jahren an verschiedenartigen politischen Aktivitäten wie Unterschreibung von Petitionen (24,8%), Teilnahme an einem Boykott (4,5%) oder an friedlichen Demonstrationen (8,4%) beteiligt. Ein derartiges Engagement ist auch von den Erwartungen der Bürger abhängig, in wieweit ihre Forderungen berücksichtigt werden und auch von deren Vertrauen in die Institutionen. Die

Daten wurden von dem „*World Value Survey*“ zusammengefasst. Ungefähr 3.7 Prozent der Bevölkerung sind Mitglieder einer Partei und 26.3 Prozent sind Mitglieder einer Gewerkschaft.²⁷⁰

Neben der politischen Partizipation ist auch die zivilgesellschaftliche Partizipation im sozialen Umfeld zu untersuchen. Laut „*World Values Survey 2005*“ sind 33 Prozent der slowenischen Bürger aktive Mitglieder einer Organisation wie Kirche oder anderer religiösen Organisationen, Sport- und Freizeitorganisation und Organisation für Kunst, Musik und Bildung. 48,7 Prozent der Bürger beteiligen sich mehrmals im Jahr an Sport- oder Freizeitorganisationen.

5.5.1. Zivilgesellschaft in Slowenien

Die Zivilgesellschaft einer Demokratie sollte in einer normativen und empirischen Analyse, die deren Zustand beschreibt, eingebettet sein. Eine Definition der Zivilgesellschaft basiert nicht nur auf einer theoretischen Erklärung sondern auch auf ihrer praktizierten politischen Form.

Die ersten zivilgesellschaftlichen Organisationen sind auf dem heutigen slowenischen Territorium im vierzehnten Jahrhundert als religiöse und berufliche Zusammenschlüsse entstanden. Zu dieser Zeit war die Kirche in vielen Bereichen involviert: Sie bestimmte die humanitären, die kulturellen und die sowie die Bildungsaktivitäten. In der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts wurden erste Gewerkschaften gegründet, die aber später unter der Österreichisch-ungarischen Monarchie unterbunden wurden. Da die Mehrheit des slowenischen Volkes landwirtschaftlich geprägt war oder zu der Arbeiterklasse gehörte, entstanden nationale Bewegungen, die die Unabhängigkeit von der Österreichisch-ungarischen Monarchie anstrebten. Die Bewegungen bildeten verschiedene Lager, in denen sich die Menschen öffentlich zusammenfanden. Die Intellektuellen veranstalteten öffentliche Diskussionen, um die damalige Gesellschaft in den Prozess einzubeziehen.

Auch die Genossenschaften spielten eine wichtige Rolle bei der Entstehung der Zivilgesellschaft in dieser Periode. Die Zivilgesellschaft hat sich in dieser Zeit zu einer oppositionellen Macht entwickelt. Später, nach dem zweiten Weltkrieg, wurde die Rolle der Zivilgesellschaft von dem sozialistischen Regime diminuiert, jedoch wurden einige zivilgesellschaftliche Organisationen von der jugoslawischen Regierung zugelassen, wie zum Beispiel die Organisation „Rotes Kreuz“.

²⁷⁰Vgl. Rakar/Deželan et al., 2011, S.33f.

Die politisch gefährlichen Assoziationen wurden aber nicht erlaubt. Die Rolle der Kirche wurde begrenzt und die Gewerkschaften vom Staat stark kontrolliert.²⁷¹

In den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstanden viele ökologische, oppositionelle und spirituelle Bewegungen. Auch mediale Netzwerke wurden organisiert, wie Radio Student oder die kritische Zeitschrift *Mladina*. Das Recht zur Bildung von Assoziationen war nicht gewährleistet und als im Jahr 1989 das Monopol über politische Assoziierung-Bildung durch einen Annex abgeschafft wurde, öffnete sich die politische Bühne und die Zivilgesellschaft erkannte ihre Chance.

„The most general (and most precise) definition of civil society is a sphere which is different, independent and antagonistic to the sphere of the state.“²⁷²

Diese Definition ist in einen bestimmten Kontext zu stellen. Ein Konzeptualisieren der Zivilgesellschaft in Osteuropa wurde in den siebziger und achtziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts wiederentdeckt. Zu dieser Zeit übernahm die Zivilgesellschaft die Kontrolle und die Rolle der Opposition gegenüber dem kommunistischen Regime. Es ging darum, die Zivilgesellschaften aufzubauen und sie in dem politischen Prozess als ernstzunehmenden Akteur zu positionieren. Die Zivilgesellschaften entstanden mit dem Widerstand gegen den Totalitarismus. In der Folge forderten sie die Menschenrechte, die Sicherung der Zivilrechte, die Informationsfreiheit und den Schutz der Umwelt. Es entstanden viele Bewegungen für Menschenrechte, Freiheit, Ökologie, Feminismus und verschiedene subkulturelle und spirituelle Bewegungen.²⁷³

Der Hintergrund hierfür war die Idee eine Differenzierung zwischen dem Staat und der Zivilgesellschaft zu erkämpfen. Die Zivilgesellschaft galt als Synonym für die Demokratie, weil sie gleichzeitig für eine Demokratie kämpfte.²⁷⁴

Die Bevölkerung hatte erkannt, dass die Meinungsfreiheit nur außerhalb des Systems zu erreichen war, und dass die Freiheit des Denkens automatisch auch die Kritik an dem politischen System und deren Tätigkeit enthält. Dies macht deutlich, dass sich mit dem Erstarken der Zivilgesellschaft gleichzeitig eine Opposition zur kommunistischen Herrschaft ausgebildet hat. In den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts waren in Slowenien ungefähr 8.446

²⁷¹ Vgl. Verbajs, 2006, S. 18ff.

²⁷² Zver/Brezovšek/ Haček, 2007, S. 153.

²⁷³ Vgl. a.a.O., S. 156.

²⁷⁴ Vgl. Ebenda, S. 154.

verschiedene Assoziationen registriert, an denen nicht nur Menschen mit einem akademischen Hintergrund beteiligt waren, sondern auch weite Teile der Bevölkerung.

Wie man sieht, waren die achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts entscheidend für die Ausbildung des slowenischen Staates und der slowenischen Nation. Durch die zivilgesellschaftlichen Diskussionen entstanden politische Veränderungen, die wiederum für die slowenische Unabhängigkeit und für die demokratische Transformation verantwortlich waren. Die Rechte und Aufgaben der Zivilgesellschaft waren ausgebildet. In dieser Periode entwickelten sich viele Ideen über die Rechte und Aufgaben der Zivilgesellschaft: das Recht auf Streik, das Recht auf private Initiativen in der Wirtschaft, die Kritik des Ein-Parteien-Systems, die Grundlagen der politischen Verantwortung, die Rechte und Pflichten eines Bürgers, die Rolle der direkten Demokratie, die Frage der Legitimität der neuen sozialen Bewegungen, die Frage der Toleranz von verschiedenartigen Subkulturen, die Frage der kulturellen Autonomie, und die Frage der Bildung und der wissenschaftlichen Kreativität.

Nach der Unabhängigkeit Sloweniens hat sich die Zahl der Nichtregierungsorganisationen erhöht. Die Nichtregierungsorganisationen sind ein wichtiger Kanal der politischen Partizipation und Kommunikation zwischen dem Bürger und dem Staat. Die Partizipation in einer freiwilligen Organisation ermöglicht eine umfassende Kommunikation zwischen den Individuen und bietet den Zugang zu Informationen. Damit hat der Bürger das Wissen und die Erfahrungen, die für eine effektive politische Aktion notwendig sind.²⁷⁵

In der CIVICUS Studie wurde der Begriff „Civil Society Organisations (CSO)“ benutzt, der eine breitere Definition der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten darzustellen versucht und der lautet: *„the arena outside the family, the state and market, where people associate to advance common interests“*.²⁷⁶ In der folgenden Tabelle sind die Typen der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Slowenien aufgelistet, die in der Studie involviert waren.

²⁷⁵ Vgl. Zver/Brezovšek/Haček, 2007, S. 158.

²⁷⁶ Verbajs, 2006, S. 21.

Typen der Zivilgesellschaftlicher Organisationen (Civil Society Organisations)

1. Faith-based organisations (registered and non-registered) and church organisations	11. Professional and business organisations if membership is voluntary (e.g. chambers of commerce, professional associations)
2. Trade unions	12. Community-level groups/associations (e.g. self-help groups, parents' associations)
3. Advocacy CSOs (e.g. social justice, peace, human rights, consumers' groups)	13. Economic interest CSOs if they are nonprofit (e.g. co-operatives, credit unions, mutual saving associations)
4. Service CSOs (e.g. CSOs supporting community development, health, social services)	14. Ethnic/traditional/indigenous associations/organisations
5. CSOs active in education and training (e.g. resource centres, nonprofit schools, private education organisations)	15. Environmental CSOs
6. Nonprofit media	16. Culture & arts CSOs
7. Women's associations and organisations for women	17. Social and recreational CSOs & sport clubs
8. Student and youth associations	18. Grant-making foundations and organisations
9. CSOs engaging with older people	19. CSO networks/federations/support organisations
10. Associations of socio-economically marginalised groups (e.g. poor people, immigrants, refugees)	20. Social movements (e.g. landless people, peace movement)

Abbildung 3: Typen der Zivilgesellschaftlicher Organisationen

Quelle: Verbajs, 2006, S. 22.

Die Aktivitäten der Zivilgesellschaft sanken im Laufe der Jahre seit der Unabhängigkeit. Am stärksten war die Zivilgesellschaft Ende der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, als die Unabhängigkeit Sloweniens und die Transformation zur Demokratie angestrebt wurden.

5.5.2. Nichtregierungsorganisationen und Zivilgesellschaftlicher Organisationen in Slowenien

Heute gibt es in Slowenien ungefähr 21.000 Nichtregierungsorganisationen (NRO), jedoch ist ein Drittel davon nicht an der öffentlichen Politikgestaltung beteiligt.²⁷⁷

Es gibt keine offizielle Definition von Nichtregierungsorganisationen in Slowenien. In der Literatur sind verschiedene Fachausdrücke zu finden, wie zum Beispiel: Nichtregierungsorganisationen, Zivilgesellschaften, Non-Profit-Organisationen, Volontäre Institutionen, Freiwilligenorganisationen, Establishment-Organisationen und so weiter. Strukturell werden sie bezeichnet als: privat, unprofitabel, gegründet unabhängig von der Regierung und als Organisationen, die ein gewisses Maß an Freiwilligkeit garantieren. Nichtregierungsorganisationen umfassen verschiedene Assoziationen, Foundationen, private Institutionen, religiöse Organisationen und zivilgesellschaftliche Organisationen.²⁷⁸

²⁷⁷ Vgl. Nations in Transit 2011, S. 530.

²⁷⁸ Vgl. Zver, Brezovšek, Haček, 2007, S. 162.

In dem Bericht „*After 15 years of independence and a new regime; active but still weak*“ wird der Terminus „*Civil Society Organisations*“, kurz CSO benutzt. Dieser Bericht wurde im Rahmen eines Internationalen Projektes erstellt und von „*CIVICUS Civil Society Index*“ im Jahr 2006 unterstützt. „*CIVICUS Civil Society Index (CSI)*“ untersucht die Aktivitäten der Zivilgesellschaften und deren Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger. Im Rahmen der Analyse werden einige Vorschläge für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Vorschläge zur besseren Beteiligung der Bevölkerung gemacht. Die Analyse wurde von 17 Experten durchgeführt und von dem Informationszentrum für Nichtregierungsorganisationen Sloweniens unterstützt.

Der „Civil Society Diamond“, der in der folgenden Grafik dargestellt wird, zeigt uns das Resultat der Untersuchung. Vier Dimensionen wurden untersucht: Die Struktur (*Structure*) der Zivilgesellschaft, das Umfeld (*Environment*), in dem eine Zivilgesellschaft tätig ist, die Werte (*Values*), die sie fordert und ihren Einfluss auf andere Sektoren. Jede Dimension ist zwischen 0 und 3 bewertet. Die Ziffer 3 ist die höchste Bewertung.

Civil Society Diamond for Slovenia

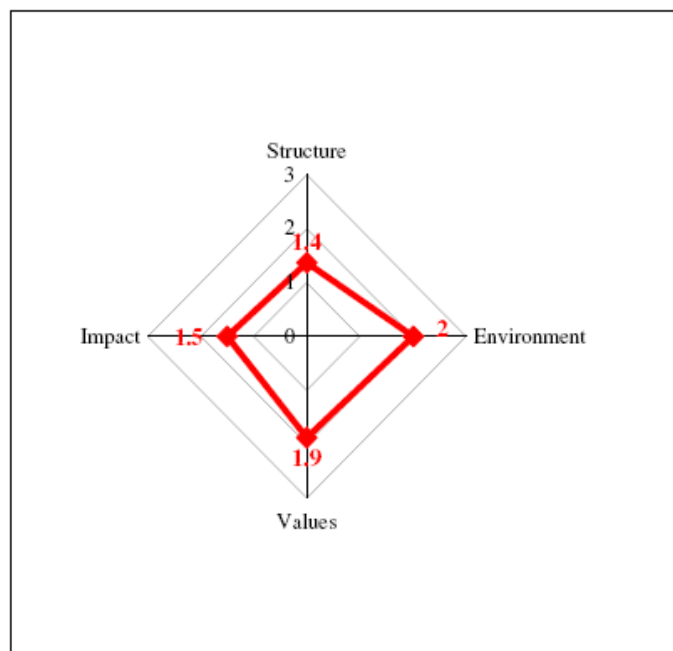


Abbildung 4: Civil Society Diamond

Quelle: Verbajs, 2006, S.8.

Die Struktur der slowenischen Zivilgesellschaft in humaner, organisatorischer und ökonomischer Hinsicht ist mit der Bewertung 1,4 eher niedrig, obwohl die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung mit 66 Prozent hoch ist und auch 55 Prozent der Bevölkerung in zivilgesellschaftlichen

Organisationen aktiv sind. Nur 12 Prozent der Bevölkerung ist im Rahmen ihrer Mitgliedschaft innerhalb und für die Zivilgesellschaftlichen Organisationen freiwillig tätig und 52 Prozent sind zwar aktiv, aber keiner Organisation angeschlossen. Es wurde festgestellt, dass mehr freiwillige Aktivität innerhalb der zivilgesellschaftlichen Organisationen gefordert werden müsste.

Eine weitere Dimension, die untersucht wurde, ist das Umfeld, das für eine Zivilgesellschaft von großer Bedeutung ist, damit sie erfolgreich sein kann. Dieses wurde mit der Punktzahl 2 bewertet. Anhand der Analyse wurde festgestellt, dass keine größeren sozio-ökonomischen Faktoren die Entwicklung der Zivilgesellschaft behindern, auch wenn einige Indikatoren schlechter bewertet waren. Das Vertrauen in die zivilgesellschaftlichen Organisationen ist mit 36 % gewährleistet. Negativ bewertet wurde die Tatsache, dass die meisten Einnahmen der zivilgesellschaftlichen Organisationen zu versteuern sind und es keine Ausnahmen für jene zivilgesellschaftlichen Organisationen gibt, die öffentliche Interessen vertreten. Negativ bewertet werden auch die Zusammenarbeit und der Dialog zwischen den zivilgesellschaftlichen Organisationen und dem Staat. Die Zusammenarbeit ist nicht ausreichend systematisiert und formalisiert.²⁷⁹

Der Umfang der Werte, welche die zivilgesellschaftlichen Organisationen vertreten, wird als positiv mit 1.9 bewertet, weil diese Organisationen die demokratischen Werte, die Gewaltlosigkeit, Geschlechtergleichheit, Toleranz und Umweltschutz vertreten. Für mehr Transparenz und die Beseitigung der Armut wird allerdings noch zu wenig getan. Auch Korruption innerhalb der zivilgesellschaftlichen Organisationen wurde festgestellt.

Die Dimension, die den Einfluss der zivilgesellschaftlichen Organisationen auf andere Sektoren beschreibt, wurde mit der Punktzahl 1.5 bewertet. Im Vergleich zu dem Maß an Aktivitäten im öffentlichen Sektor ist diese Bewertung eher niedrig. Obwohl die zivilgesellschaftlichen Organisationen an der öffentlichen Politikgestaltung beteiligt sind, haben sie einen eher geringeren Einfluss auf die Staatstätigkeiten und Politikimplementierung. Die slowenische Zivilgesellschaft ist nicht effizient genug, um von Staat und Wirtschaft mehr verantwortungsvolles Handeln einzufordern.²⁸⁰

In der Studie wurde noch betont, dass die Medien zu wenig über die Aktivitäten der zivilgesellschaftlichen Organisationen berichten. Eine Unterstützung durch die Medien wäre von großer Wichtigkeit für das Bekanntwerden der Tätigkeiten und der Rolle der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Eine bessere Öffentlichkeitsarbeit wäre für die Inspiration

²⁷⁹ Vgl. Verbajs, 2006, S. 8ff.

²⁸⁰ Vgl. Ebenda, S.10.

und Motivation der Bevölkerung entscheidend, damit diese sich bewusst wird, welche Rolle die zivilgesellschaftlichen Organisationen einnehmen.

Anhand einer weiteren Studie von der Fakultät der Sozialwissenschaften aus Ljubljana wurde im Jahr 2004 festgestellt, dass der Nichtregierungssektor finanziell zu wenig unterstützt wird. Die Gesamteinnahmen des slowenischen Nichtregierungssektors beträgt nur 1,92 Prozent des BIP Einkommens und der Anteil der Beschäftigten liegt nur bei 0,74 Prozent. Bemerkenswerte 80,60 Prozent der NRO können keine regelmäßigen Arbeitsplätze nachweisen, da nur 36,30 Prozent aller Einnahmen des NRO aus dem öffentlichen Sektor kommen. Nach der Wiederholung der Studie im Jahr 2007 hatte man festgestellt, dass sich die durchschnittlichen Einnahmen der Nichtregierungsorganisationen in Slowenien im Vergleich zu dem Jahr 2004 um 12 Prozent reduziert haben. Einer der Gründe liegt darin, dass NRO weniger von staatlichen Finanzierungen gefördert werden.

Neben der Unterfinanzierung von Nichtregierungsorganisationen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen (Dieser Terminus wird bei der CIVICUS-Studie benützt) wurde festgestellt, dass für die weitere Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Sektors mehr Kommunikation sowohl zwischen den Organisationen untereinander als auch mit dem Staat nötig wäre, mehr Fachleute in dem Sektor erwünscht wären und mehr Einfluss auf die öffentliche Politikgestaltung genommen werden sollte.

5.6. Vermittlungsprozesse zwischen der Bevölkerung und dem Staat; die Rolle der Gewerkschaften und Interessenvertreter

Die meisten Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen sind bei den Gewerkschaften festzustellen. Dabei fragt man sich allerdings, ob die slowenischen Gewerkschaften effektiv genug sind, oder ob es sich hier eher um Fassadeninstitutionen handelt. Sind die Akteure der Gewerkschaftsverbände stark genug um erstens mit dem Staat zu kommunizieren, zweitens einen konstruktiven Dialog mit den Sozialpartnern zu führen und drittens die Arbeiterschaft effizient in dem Prozess zu repräsentieren?

Der Sozialdialog jedes Staates ist von dem kulturellen, historischen, wirtschaftlichen und politischen Kontext des Staates abhängig. Dabei sind die Kooperation zwischen den Sozialpartnern, die Qualität des Inhaltes und die Praxis des Sozialdialogs entscheidend. Von einem Sozialdialog sind die Wohlfahrt des Staates und die Lebensqualität jedes einzelnen Bürgers abhängig. Die Gewerkschaften haben in dem Prozess des Sozialdialogs eine herausragende Rolle. Mit der Analyse der Gewerkschaften in Slowenien versuche ich, ihre Rolle und Effektivität kurz darzustellen.

Die Basis der gewerkschaftlichen Organisierung in Slowenien bestand schon in der Zeit vor 1990 aber eher auf betrieblicher Ebene. Die gewerkschaftlichen Strukturen auf der sektoralen Ebene wurden im Rahmen der Transformation ausgebildet. Die Rechte für die Gründung und den Zusammenschluss der Gewerkschaften sind der Arbeiterschaft in Slowenien garantiert. Gemäß dem Artikel 76 der Verfassung der Republik Slowenien (URS) sind die Gründung und die Tätigkeit von Gewerkschaften sowie die Mitgliedschaft bei ihnen jedem Bürger zugesichert.

„Die Arbeitnehmer wirken an der Verwaltung von Wirtschaftsunternehmen und Anstalten auf die Art und unter den Bedingungen mit, die durch das Gesetz festgelegt werden (Art. 75 URS).“

Die Gewerkschaften vertreten die Arbeitnehmerinteressen, die dann im Rahmen des sozialen Dialogs verhandelt und möglichst umgesetzt werden. Zudem müssen die Gewerkschaften ihren Mitgliedern die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Umbaus vermitteln, der für die Arbeitnehmer allerdings nicht immer mit Beschäftigungssicherheit verbunden ist.²⁸¹

Im Rahmen des sozialen Dialogs werden Mindeststandards in Bezug auf die Lohnhöhe vereinbart. Dafür sind die sozialpartnerschaftlichen Verbindungen zwischen Gewerkschaften und

²⁸¹ Vgl. Scroeder/Kalass, 2010, S. 3.

Arbeitgeberverbänden von großer Bedeutung. Die Festlegung des Mindestlohns ist durch die wirtschafts- und sozialpolitischen Institutionen geregelt. An den Verhandlungen der Tripartistischen Kommissionen beteiligen sich die Gewerkschaften, die als national repräsentative Verbände vom Staat anerkannt sind.²⁸²

Die Arbeitnehmer haben das Recht zum Streiken und zum Verhandeln. Der stärkste Gewerkschaftsverband Sloweniens (ZSSS) hat ungefähr 300.000 Mitglieder und ist damit mit vier Sitzen in dem slowenischen Nationalrat vertreten. Ungefähr 60 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung sind gewerkschaftlich organisiert, was den Gewerkschaften ein demokratisches Gewicht gibt.

Slowenische Gewerkschaften sind in den sieben verschiedenen Dachverbänden organisiert: 1. *Zveza svobodnih sindikatov Slovenije* (Verband der freien Gewerkschaften Sloweniens (ZSSS) mit 300.000 Mitgliedern), 2. *Konfederacija sindikatov javnega sektorja Slovenien* (Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Sektors (KSJS) mit 81.000 Mitgliedern), 3. der Verband *Pergam*, 4. *Konfederacija neodvisnih sindikatov Slovenije (KNSS) – Neodvisnost* (Bund der unabhängigen Gewerkschaften Sloweniens – Unabhängigkeit mit 73.421 Mitglieder), 5. *Konfederacija sindikatov Slovenije – 90* (Bund der Gewerkschaften Sloweniens – 90, 6. *Alternativa* (mit 8.199 Mitgliedern) und 7. *Solidarnost* (mit 2.500 Mitgliedern). Für den Verband *Pergam* und *Bund der Gewerkschaften Sloweniens - 90* waren leider keine Mitgliederzahlen zu erfahren.

Die meisten der Dachgewerkschaften sind im Jahr 1990 oder 1991 gegründet worden, wobei allerdings die KSJS (2006) und Solidarnost (2001) später entstanden sind. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Slowenien liegt bei 44 Prozent, was weit über den Durchschnittswerten von 21 Prozent gewerkschaftlicher Organisation der mittelosteuropäischen Staaten liegt.²⁸³

Zveza svobodnih sindikatov Slovenije (ZSSS) ist der stärkste Verband der freien Gewerkschaften in Slowenien, der auch als einziger gewerkschaftlicher Verband Mitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) ist.²⁸⁴

In Slowenien etablierte sich ein dominanter Gewerkschaftsverband - der ZSSS. Dieser vereint 23 Fachgewerkschaften, die volle Autonomie haben, selbst ihre Kollektivverträge aushandeln und sich in den Organen beteiligen, in denen über Wirtschafts- und Sozialfragen der Arbeitnehmer entschieden wird. Die ZSSS organisiert die meisten Gewerkschaftsmitglieder Sloweniens und vereint Gewerkschaften aus dem industriellen und dem öffentlichen Bereich, sowie dem

²⁸² Vgl. Scroeder/Kalass, 2010, S. 5.

²⁸³ Vgl. Ebenda, S. 6.

²⁸⁴ Vgl. Semolič, 2010, S. 169.

Dienstleistungsbereich. Auch die Sportler- und Rentnergewerkschaft und die freien Gewerkschaften Sloweniens sind Verbandsmitglieder der ZSSS²⁸⁵

Der Verband Pergam und der Bund der Gewerkschaften Sloweniens – 90 haben sich nach der Trennung vom ZSSS auf bestimmte Bereiche spezialisiert. Pergam vertritt die Arbeiter aus der Papier- und Grafikindustrie und der Bund der Gewerkschaften Sloweniens 90 hat sich im Westen Sloweniens etabliert. Der Gewerkschaftsverband Alternativa vertritt die Arbeiter aus dem Verkehrssektor. Im Jahr 2006 wurde der Verband der Gewerkschaften des öffentlichen Sektors (KSJS) gegründet, der mit 81.000 Mitgliedern der zweitgrößte und der jüngste Gewerkschaftsverband ist. Mit dabei sind die Vertreter der Lehrer aus der Bildungs- und Lehrgewerkschaft.

Daneben gibt es in Slowenien über 17 autonome Gewerkschaften, die spezifische Interessen vertreten, wie zum Beispiel der Verband FIDES, der als Gewerkschaft der Ärzte tätig ist.²⁸⁶

Obwohl die Gewerkschaften in Slowenien sehr unterteilt sind, arbeiten sie intensiv zusammen und sind Träger der sozialen, wirtschaftlichen sowie beruflichen und lokalen Interessen. Die Gewerkschaftsfunktionäre arbeiten sowohl mit den Arbeitgeber- und Regierungsvertretern als auch mit dem Wirtschafts- und Sozialrat Sloweniens (*ekonomsko socialni svet*) zusammen.

Der Wirtschafts- und Sozialrat ist das wichtigste Organ des sozialen Dialogs. Dort wird über Fragen verhandelt, die durch die Koordinierung zwischen den Sozialpartnern erforderlich sind.²⁸⁷

In dem Wirtschafts- und Sozialrat werden sozialpartnerschaftliche Beziehungen zwischen Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und dem Staat verhandelt. Die Lohnpolitik ist eine zentrale Frage der Verhandlung. Auf der Grundlage dieser Verhandlung wird ein Abkommen für die Dauer von einem oder zwei Jahren geschlossen. Auch über das Sozialabkommen wird in dem Wirtschafts- und Sozialrat diskutiert. Dieser Diskussion soll die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Staates im Bereich der Steuerpolitik, Geldpolitik, Schutz von Arbeitsverhältnissen und Forderung nach der Schaffung neuer Arbeitsplätze zugrunde liegen. Die Verhandlung verläuft auf der dreigliedrigen Basis von Gewerkschaft, Arbeitgeber und Staat.

²⁸⁵ Vgl. Zidar/Mesec, 2010, S. 42.

²⁸⁶ Vgl. Ebenda, S. 42ff.

²⁸⁷ Vgl. Semolič, 2010, S. 171.

In dem Dialog über die Pensionsreform spielt der Wirtschafts- und Sozialrat auch eine bemerkenswerte Rolle. Mit den Verhandlungen über die Pensionsreform wurde in den letzten Jahren ein Konsens für die Erhaltung der Solidarität zwischen den Generationen vereinbart.²⁸⁸

Die Hauptinteressen der Gewerkschaftsverbände Sloweniens sind die Pensionsreform und Erhöhung des Mindestlohns.²⁸⁹

Die Abdeckung der Kollektivverträge in Slowenien ist sehr gut, weil die meisten Arbeiter in die Kollektivvertragsregulierung eingebunden sind. Die Verhandlungen über die Kollektivverträge sind hoch strukturiert und erfassen neben den wirtschaftlichen auch soziale Fragen. Kollektivverhandlungen beinhalten den nationalen, den industriellen und auch den unternehmerischen Sektor. Nur 4 Prozent der Arbeitsverträge sind individuell und 96 Prozent der Arbeitsverträge sind kollektiv beschlossen.²⁹⁰

Die Mindestlohnentwicklung verläuft positiv. Zwischen 2007 und 2011 stieg der Mindestlohn um 38,92 Prozent, davon in der kurzen Zeitspanne zwischen 2009 und 2010 um rund 22.88%. Der Brutto-Mindestlohn in Slowenien beträgt zwischen 1. Januar 2011 und 1. Januar 2012 748,10 Euro. In 2010 wurde die Erhöhung des Mindestlohns von der Staatsversammlung bestätigt. Während die Gewerkschaftsvertreter höhere Mindestlohnquoten gefordert und durchgesetzt haben, war die Arbeitgeberseite mit dem Gesetz nicht zufrieden. Es wurde von ihr ein Verlust von rund 5000 Arbeitsplätzen prognostiziert.²⁹¹

Durch diese Erfahrungen ist belegt, dass die Gewerkschaften in Slowenien eine wichtige Rolle bei dem Sozialpartnerschaftsdialog spielen.

Die Sozialpartnerschaft wird in Slowenien immer mehr im System verankert, aber trotzdem greifen die Gewerkschaften in Fällen, bei denen kein Dialog mehr möglich ist, zu radikaleren Formen, um die Arbeitnehmerinteressen zu vertreten, bis hin zum Streik.²⁹²

Die Arbeitskonflikte betreffen in Slowenien insbesondere den öffentlichen Sektor und sind als Reaktionen auf Reformen zu verstehen.

²⁸⁸ Vgl. Semolič, 2010, S. 172.

²⁸⁹ Vgl. Freedom in the World, 2010, S. 2.

²⁹⁰ Vgl. Zidar/Mesec, 2010, S. 52.

²⁹¹ Vgl. O.v.: Minimalna plača (Minimallohn), Ministerium für Arbeit, Familie und Soziales, Slowenien, online abrufbar unter: www.mddsz.gov.si/si/delovna_podrocja/delovna_razmerja_in_pravice_iz_dela/socialnopartnerstvo/minimalna_placa/ (Stand: 12.12.2011).

²⁹² Vgl. Semolič, 2010, S. 173.

Zwischen den Jahren 1992 und 1993, als nach dem Zusammenbruch Jugoslawiens große Industrieunternehmen in Konkurs gegangen sind, gab es die größte Anzahl von Streiks. Danach wurde immer seltener gestreikt. Im Jahr 1999 gab es 20 Streiks und im Jahr 2000 nur 16. Im Falle, wenn kein Dialog zwischen den Gewerkschaften und Regierung oder Arbeitsgeber möglich ist oder zustande kommt, greifen die Gewerkschaften auf die Form des politischen Drucks wie Streik oder größere Arbeitnehmerversammlungen zurück.

Im Jahr 2010 musste sich die Regierung mit mehreren Streiks der Zivilbevölkerung auseinandersetzen. Im Mai 2010 eskalierte die Studentenbewegung aufs Neue. Studenten protestierten gegen die neue Arbeitsmarktreform und damit gegen das von der Regierung vorgeschlagene Minijob-Gesetz, das die niedrige Besteuerung der preisgünstigeren Studentenarbeit abschaffen und sie durch sogenannte Minijobs ersetzen würde.²⁹³

Und auch die Protestbewegung der Arbeiterschaft im September 2010 hat das Jahr gekennzeichnet. Über 80.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst beteiligten sich an der Protestbewegung. Sie haben gegen einen von der Regierung geplanten Eingriff in den vor zwei Jahren ausgehandelten Kollektivvertrag und gegen folgende Bestimmungen protestiert: gegen Regierungsabsichten den Mindestlohn zu reduzieren, gegen die Erhöhung der Pensionsaltersgrenze und gegen weitere Beschränkungen der Pensions- und Sozialsorge. Die Proteste haben sich im September 2011 wiederholt, was schließlich zur Ablehnung des Amendements im Nationalrat geführt hat. Die Mitteilung, dass über 160.000 Arbeitnehmer in dem slowenischen öffentlichen Sektor durch 4 Prozent Lohnsenkung betroffen wären, hat die Protestbewegung verursacht. Der ehemalige Premierminister Borut Pahor äußerte zu seiner Verteidigung, dass mit dieser Maßnahme das Haushaltsdefizit verringert werden sollte. Die Gewerkschaften waren mit diesem Antrag auf die Änderung des Gesetzes unzufrieden. Sie meinten, dass die Regierung damit versuche, den Sozialdialog zu umgehen.²⁹⁴

Eine gute Sozialpartnerschaft funktioniert im Rahmen der Kooperation und Verhandlung zwischen Akteuren, die unabhängig und gleichberechtigt ihre Interessen vertreten und auch dazu verpflichtet sind, die verhandelten Vereinbarungen einzuhalten.

Der Staat sollte an dem Prozess als gleichberechtigter Partner teilnehmen und nicht als dominanter Akteur auftreten. Hier muss erwähnt werden, dass der Staat bei dem Sozialdialog

²⁹³ Vgl. Nations in Transit 2011, S. 530.

²⁹⁴ Vgl. Skledar, 2011, S. 2.

eher als Vertreter der Arbeitgeberverbände auftritt, und die Gewerkschaften sich nicht als gleichberechtigten Partner akzeptiert fühlen.²⁹⁵

Eine aktivere Rolle der Gewerkschaften wäre in Slowenien in der Zeit der Wirtschafts- und Sozialkrise wünschenswert. Mit mehr eigenen Projekten und Programmen hätten die Gewerkschaften ihre Verhandlungskraft gestärkt. Die erhöhte Aktivität müsste sich mehr auf der Mikro Ebene verstärken. Dabei ist die Rolle der Arbeiter- und Gewerkschaftsrepräsentanten von großer Bedeutung. Es wäre gut, wenn der Bottom-up-Ansatz in Slowenien mehr zur Anwendung käme. Das folgende Model zeigt die erwünschte Form des Sozialdialogs, der auf dem „Bottom-up-Ansatz“ funktioniert. Dadurch hätte der Sozialdialog seine ursprüngliche Perspektive und Absicht eines gleichberechtigten und effizienten Dialogs aufrechterhalten.

Abbildung 8: „Bottom-up-Ansatz“

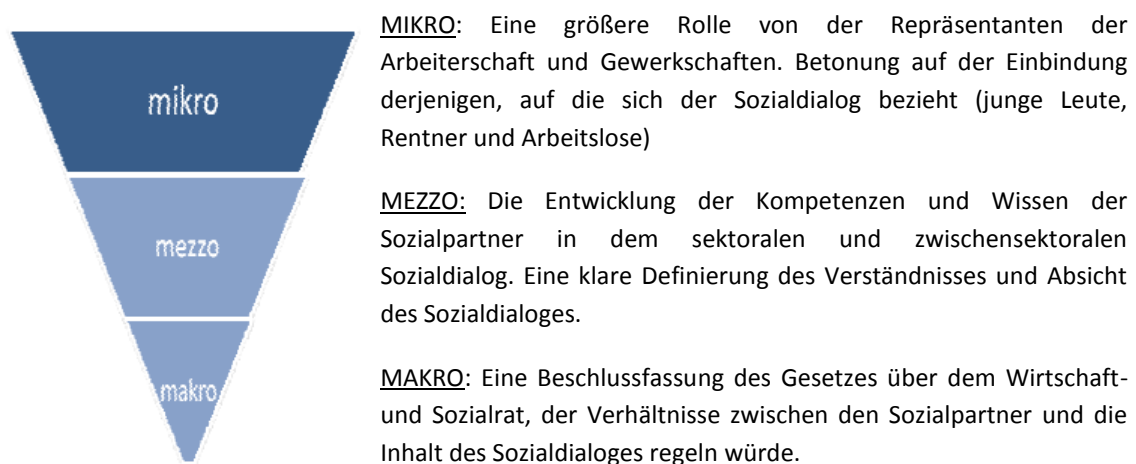


Abbildung 5: Bottom-up Ansatz

Quelle: Zidar/Mesec, 2010, S. 99.

Stattdessen sieht die Praxis des Sozialdialogs anders aus: *„Viel zu häufig finden Machtkämpfe und Beeinflussung durch die Wirtschaftslobby statt und die konstruktive Suche nach einem Konsens kommt zu kurz.“*²⁹⁶ Auch die Ressourcenschwäche der Gewerkschaften, fehlende Kooperationsbereitschaft der Arbeitgeber, Fragmentierung und Konkurrenz zwischen den Gewerkschaften und gesellschaftliche Individualisierung können die Gewerkschaftsarbeit in Slowenien negativ beeinflussen.

²⁹⁵ Vgl. Zidar/Mesec, 2010, S. 52.

²⁹⁶ Vgl. Ebenda S. 99.

Allgemein ist zu sagen, dass die slowenische Bevölkerung eher im Rahmen der Gewerkschaften und in den lokalen Gemeinschaften aktiv ist, als in Organisationen, die sich für die Themen wie Menschenrechte, Umwelt, Geschlechtergleichheit und Friedensbewegungen einsetzen. Das zeigt, dass bei dem Übergang zu den modernen Formen der zivilgesellschaftlichen Organisationen noch Rückstände aufzuholen sind. Nicht nur, dass die Gewerkschaften ihre Rolle in der slowenischen Gesellschaft durch mehr Aktivität stärken sollten, sie sollten auch beim europäischen Integrationsprozess tätig mitwirken.

5.7. Die Praxis der Direkten Demokratie in Slowenien

Die direkte Demokratie in Slowenien basiert auf der Idee der Selbstverwaltung, der Mitentscheidung in der Wirtschaft und der Politik, ist also eine Form der „partizipativen Demokratie“. Wenn man sich das Repertoire an direktdemokratischen Instrumenten in der Verfassung Slowenien ansieht, kann man die Demokratie in Slowenien als stark direktdemokratisch geprägte repräsentative Demokratie identifizieren. In diesem Kapitel werde ich auf die Praxis der direkten Demokratie eingehen um darzustellen, wie die Zivilgesellschaft in Slowenien die Instrumente der direkten Demokratie benützt um an der Politikgestaltung Teil zu nehmen.

Die Strukturmerkmale des politischen Systems Sloweniens sind folgende: Es besteht eine starke Repräsentativdemokratie, ein funktionsfähiger Parteienwettbewerb und ein mächtiges Verfassungsgericht. Direktdemokratisch kann die Bevölkerung unter verschiedenen Instrumenten wählen. Ein Referendum ermöglicht der Bevölkerung, dass sie über die wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Fragen entscheiden und damit die Politikgestaltung des Staates mitbestimmen kann. Das Referendum ist sowohl ein starkes Instrument der Bevölkerung gegenüber dem Parlamentsmonopol als auch eine Ergänzung der slowenischen repräsentativen Demokratie.

Referenden kommen in Slowenien häufig zur Anwendung, jedoch ist sowohl ein Rückgang der Partizipation bei den Referenden als auch ein sinkendes Vertrauen in das Instrument des Referendums sichtbar.

Nicht nur die Parteien, sondern auch bestimmte Interessengruppen benutzen das Referendumsbegehren zu oft als Druck-, Droh- und Blockademittel um ihre politischen Interessen durchzusetzen.²⁹⁷ Um diese Aussage zu bestätigen, muss ich auf das Thema näher eingehen.

²⁹⁷Vgl. Vospernik, 2000, S. 107.

5.7.1. Unabhängigkeitsreferendum 1990

Die erste landesweite Volksabstimmung in der Geschichte Sloweniens war das Plebiszit von 23. Dezember 1990, bei dem sich die Bürger für die Unabhängigkeit und Souveränität der Republik Sloweniens entschieden haben. Diese Entscheidung ist ein Musterbeispiel für die positive Funktion einer Volksabstimmung in dem Staat Sloweniens. So schreibt Cerar: *„Slowenien hat sich international und innerstaatlich gerade mit der nationalen Volksabstimmung erfolgreich legitimiert, was beweist, dass wir Slowenen verantwortungsvoll und effektiv Entscheidungen per Volksabstimmung treffen können“*.²⁹⁸

Aber nicht nur die Wichtigkeit des Entscheidungsthemas oder die klare Formulierung der Referendumsfrage sondern auch die gemeinsame Beschlussfähigkeit und Kooperation der Parteien sind für den Erfolg des Referendums ausschlaggebend. Die Unabhängigkeit Sloweniens von dem ehemaligen Jugoslawien wurde von den Parteien der demokratischen Opposition vorgeschlagen und die Koalition DEMOS hat das Referendum initiiert. Die Bevölkerung bekam die Möglichkeit, über eine neue vom Parlament ausgearbeitete Verfassung entscheiden zu können. Das Referendum hatte gleichzeitig einen plebiszitären Charakter.²⁹⁹

Die Frage, über die die Bevölkerung am 23. Dezember 1990 abgestimmt hat, war klar ausformuliert:

„ Soll Slowenien mit dem Tag dieses Plebiszits ein unabhängiger und souveräner Staat werden, der nicht mehr mit der SFRJ vereint ist?“

Das Ergebnis des Referendums überraschte alle politischen Akteure. Die Wahlbeteiligung lag bei 93,2%. 88,2% aller Wahlberechtigten haben sich für eine Unabhängigkeit des Staates entschieden.³⁰⁰ Slowenien erklärte sich damit am 25. Juni 1991 für unabhängig und selbständig. Am Tag darauf begann die zehntätige Aggression der jugoslawischen Volksarmee gegen Slowenien, das sich erfolgreich wehrte. Und am 15. Januar 1992 haben die Mitgliederstaaten der Europäischen Gemeinschaft Slowenien als selbständig und unabhängig anerkannt.³⁰¹

²⁹⁸ Cerar, 1996, S. 316.

²⁹⁹ Vospornik, 2000, S. 102.

³⁰⁰ Vgl. SURS 1999, S.112, zit. nach Vospornik 2000, S. 104.

³⁰¹ Vgl. Vospornik, 2000, S. 106.

Dieses Plebiszit war der Gründungsakt des slowenischen Staates und es war gleichzeitig auch das erste Mal in der slowenischen Geschichte, dass sich Politiker der verschiedenen ideologischen Lager auf eine gemeinsame Position und ein gemeinsames Ziel einigen konnten.³⁰²

5.7.2. Volksinitiativen

Ein Gesetz mit einer Volksinitiative zu initiieren ist sehr viel schwerer und aufwändiger, als wenn dies von einem Abgeordneten beantragt wird, da jeder Abgeordnete das Recht hat, dies zu tun. Eine Volksinitiative erfordert einen hohen individuellen Einsatz, fachliche Kompetenz und außerdem ein starkes Engagement, um die 5000 verlangten Unterschriften zu sammeln. Dazuhin besteht das Risiko, dass alle Bemühungen erfolglos sind.³⁰³

Bis jetzt wurde nur eine einzige Volksabstimmung mit dem Versuch ein Gesetz zu ändern in die Staatsversammlung eingebracht. Der Direktor des Kaufhauses „Centromerkur“, Jožef Šketa, zusammen mit 154 staatlichen Unternehmen brachte diese Volksabstimmung auf den Weg. Sie wollten den Gesetzesvorschlag über die Änderung und Ergänzungen des Gesetzes über die Denationalisierung durchsetzen (Predlog zakona o spremembah in dopolnitvah zakona o denacionalizaciji, Poročevalc Državnega zbora Nr. 42/94, EPA 707). Es ging darum, dass man den nationalisierten Besitz nicht mehr so großzügig einfach nur zurückgab, sondern dass andere Möglichkeiten des Ausgleiches gefunden würden. Die Unternehmen wollten damit den Verlust von Immobilien vermeiden. Šketa sammelte innerhalb von 60 Tagen 13.812 Stimmen, fast drei Mal so viel wie notwendig, wobei er auch die Unterstützung von der Wirtschaftskammer Sloweniens (GZS) und von der größten slowenischen Gewerkschaft ZSSS hatte. Das Gesetz wurde im April 1995 von der Staatsversammlung behandelt und trotz der Unterstützung von der Parteien ZLSD, SNS und LDS abgelehnt.³⁰⁴

Es gab in Slowenien einige Versuche eine Volksinitiative zu starten, diese waren aber immer erfolglos und kamen niemals so weit, dass die Staatsversammlung darüber hätte entscheiden können.

³⁰² Vgl. Vospersnik, 2000, S. 106.

³⁰³ Vgl. a.a.O., S. 115.

³⁰⁴ Vgl. Ebenda.

5.7.3. Konsultatives Referendum

Bisher wurden nur drei konsultative Referenden in Slowenien durchgeführt und zwar am 22. Juni 2008 über die Provinzen und am 23.03.2011 das Referendum über den Beitritt Sloweniens zur Europäischen Union und gleichzeitig das Referendum über den Beitritt Sloweniens zur NATO. Die Beteiligung an dem Referendum über die Provinzen war mit 10,98 Prozent sehr niedrig, dagegen war die Beteiligung an den Referenden über den Beitritt 60,41 Prozent. Das Resultat des konsultativen Referendums wurde von der Staatsversammlung bei der Entscheidung des Gesetzes auch berücksichtigt.

5.7.4. Das gesetzgebende Referendum

Da das fakultative Referendum in Slowenien sehr wichtig und auch das „stärkste“ Instrument der direkten Demokratie ist, wird es sehr häufig verwendet. Vier unterschiedliche Akteure wie die Abgeordneten der Staatsversammlung, die Regierung, der Staatsrat und das Volk mit 40.000 Unterschriften können das gesetzgebende Referendum initiieren.

Allerdings fragt man sich, ob es tatsächlich der Volkswille ist, der hier zum Ausdruck kommt, denn das Referendum wird auch von den polarisierenden Kräften der Rechten und Linken eingesetzt. Es scheint so, als würde es eher als Waffe bei den zwischenparteilichen Auseinandersetzungen benützt. Das Referendum wird oft von den Parteien aus wahltaktischen Gründen initiiert, um damit Aufmerksamkeit zu erreichen. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn viele Bürger das Referendum nicht mehr als Mittel ihrer Mitbestimmung, sondern lediglich als politische Waffe ansehen, die dem Initiator nutzt.³⁰⁵

Das gesetzgebende Referendum hat auch eine politische Funktion, da es eine indirekte Wirkung auf die Gesetzgebungsverfahren hat. Die „präventive Wirkung“ eines jederzeit drohenden Referendums von der Opposition ist in meiner Analyse allerdings nicht berücksichtigt, da die Drohung zu häufig geäußert wird um ein politisches Ziel zu erreichen.³⁰⁶

³⁰⁵Vgl. Vospernik, 2000, S. 120.

³⁰⁶Vgl. Brenneis, 2009, S. 164.

5.7.5. Themen, Modi und Abstimmungsbeteiligung bei den nationalen Referenden in Slowenien.

In der folgenden Tabelle sind die Referenden aufgelistet, die seit der Unabhängigkeit Sloweniens 1990 bis jetzt stattgegeben sind.

Volksabstimmungen in Slowenien seit 1990 bis 2011

Datum der Abstimmung	Thema	Teilnahme	Resultat
05.06.2011	Arhivgesetz	40,42%	Nicht angenommen
05.06.2011	Rentenreform	40,46%	Nicht angenommen
05.06.2011	Prävention von Schwarzarbeit	40,44%	Nicht angenommen
10.04.2011	„Mini Job“ Gesetz	33,99%	Nicht angenommen
12.12.2010	Regulation des slowenischen Funknetzes	14,78%	Nicht angenommen
06.06.2010	Grenzstreik mit Kroatien. Frage über Annehmens der Arbitration	42,66%	Angenommen
22.06.2008	Fakultatives Referendum über Provinzen in Slowenien	10,12%	Offen
11.11.2007	Versicherung	57,98%	Angenommen
25.09.2005	Regulation des slowenischen Funknetzes	30,71%	Angenommen
04.04.2004	Gesetz über den »Ausgelöschten«	31,55%	Nicht angenommen
21.09.2003	Öffnungszeiten der Geschäfte	27,54%	Angenommen aber später nicht angenommen
23.03.2003	Fakultatives Referendum über den Beitritt zur NATO	60,44%	Angenommen
23.03.2003	Fakultatives Referendum über den Beitritt zur EU	60,43%	Angenommen
19.01.2003	Privatisierung der Eisenbahn	31,15%	Angenommen
19.01.2003	Rückzahlung der zu viel bezahlter Telefongebühren	31,15%	Angenommen
17.06.2001	Künstliche Befruchtung für unverheiratete Frauen	35,65%	Nicht angenommen
10.01.1999	Frage über der Bau von TET3	27,32%	Nicht angenommen
08.12.1996	Wahlsystem für das Parlament	37,94%	Nicht angenommen
23.12.1990	Unabhängigkeit Sloweniens	93,31%	Angenommen

Tabelle 5: Referendum in Slowenien seit 1990 bis 2011

Quelle online abrufbar unter: <http://www.dvk.gov.si/Junij2011/index.html> und <http://volitve.gov.si/> (Stand: 29.1.2012).

Folgende Fragen waren der Gegenstand eines Referendums: In 16 Fällen entschieden die Stimmbürger über konkrete politische Streitfragen, wobei zwei Fälle direkt mit der Privatisierung von Staatseigentum und deren Folgen zusammenhängen. Bei zwei Referenden wurden die Entscheidung über den Beitritt zu internationalen Organisationen (EU und NATO) getroffen, zwei weitere Abstimmungen betrafen die Staatsgründung und die Organisation (Unabhängigkeit und Wahlsystem) und dazu kam im 2010 noch das wichtigste Referendum über das

Grenzabkommen mit Kroatien. Im Jahr 2011 folgten vier weitere Referenden bei denen die Bevölkerung über Reformthemen abgestimmt und alle vorgeschlagene Gesetze abgelehnt hat.

5.7.6. Gesetzesreferendum über die Ladenöffnungszeiten an Sonntagen

Die Ladenöffnungszeiten von Geschäften entwickelten sich seit 1998 zu einem Konfliktthema in der slowenischen Politik. Zwar einigten sich die Tarifpartner auf eine reguläre Verkaufszeit von Montag bis Freitag, strittig blieb jedoch, wie hoch der Lohnzuschlag für diejenigen Gewerbe (Tankstellen, Kioske etc.) sein sollte, deren Öffnung unerlässlich ist. Vor diesem Hintergrund entschloss sich „*Sloweniens Vereinigung freier Gewerkschaften*“ (ZSSS) das gesetzgebende Referendum ante legem zu ergreifen.³⁰⁷

Die ZSSS schlug vor, dass die Öffnung von Geschäften außerhalb der normalen Verkaufszeiten auf zehn Sonntage zu beschränken sei. Etwas ganz Besonderes war diese Referendumsinitiative auch deswegen, weil die Gewerkschaftsvereinigung bei ihrem Anliegen durch die katholische Kirche unterstützt wurde, obwohl sie vorher mit der Kirche keine Interessenkonstellation gebildet hatte. Dennoch kritisierte die Kirche die Liberalisierung der Öffnungszeiten als eine Verletzung traditioneller Werte.³⁰⁸

Gegenüber der Gewerkschaftsvereinigung und der Kirche stand die slowenische Konsumentengesellschaft. Obwohl alle politischen Parteien, mit Ausnahme der katholischen Partei „*Neues Slowenien*“ (NSi) das Referendum ablehnen, erreichten die Initiatoren, dass am 21. September 2003 das Referendum über Ladenöffnung an den Sonntagen abgestimmt wurde. Das Referendum wurde aufgrund der 40.000 Unterschriften ausgeschrieben, denn damit war es eine Initiative des Volkes. Die Beteiligung der Wähler an dem Referendum war sehr niedrig. 445.842 (27,54%) Stimmzettel wurden abgegeben, davon waren nur 442.234 gültig.

Die Frage des Referendums lautete:

„Sind Sie dafür, dass in dem Vorschlag für das Gesetz über die Veränderung der Geschäftszeiten festgelegt wird, dass die Geschäfte mit den für den Alltag benötigten Lebensmitteln an höchstens bis zu 10 Sonntagen im Jahr geöffnet sind, ausgenommen Tankstellen, Geschäfte in

³⁰⁷ Vgl. Fink-Hafner, 2004, S. 113f, zit. nach: Ewert, 2007, S. 105.

³⁰⁸ Ewert, 2007, S. 105.

*Krankenhäusern, Hotels, Flughäfen, Grenzübergängen, Bushaltestellen und Bahnhöfen mit begrenzten Flächen, die ohne Begrenzung geöffnet sein können?*³⁰⁹

Es kam folgendes Ergebnis zustande: 57,53 % (256.461 Stimmen) der Wähler stimmten zu und 41,67% (185.773 Stimmen) stimmten dagegen.³¹⁰

Die Staatsversammlung bestätigte das Gesetz schon am 25. Februar 2004 und am 4. März 2004 wurden die Veränderungen des Gesetzes über die Veränderung der Öffnungszeiten der Geschäfte im Gesetzesblatt veröffentlicht. Einige slowenische Handelsketten wie Mercator, MG Market, Era, Kompas, Petrol und das Kleinunternehmen Marjan Andrlon, haben später verlangt, dass einige Gesetzesartikel auf ihre Rechtmäßigkeit untersucht werden sollten. Der Verfassungsgerichtshof hat festgestellt, dass die Gesetzesartikel, die die neuen Ladenöffnungszeiten bestimmt hatten, verfassungsrechtlich korrekt waren.

Am 7. März 2006 stimmte das Parlament erneut der Veränderung des Gesetzes über die neuen Ladenöffnungszeiten zu.³¹¹, nahm dies aber dann einige Monate später am 2. November 2006 wieder zurück.³¹² Das Gesetz Ende 2008 lautete, dass jeder Händler selbst die Ladenöffnungszeiten bestimmen könne, er aber auf die Bedürfnisse der Konsumenten achten und die Rechte seiner Beschäftigten berücksichtigen müsse.³¹³ Später wurde auch dieses Gesetz zurückgezogen. Bis jetzt wurde noch keine Lösung gefunden, bei der das Resultat des Referendums berücksichtigt worden wäre.

Hier sieht man, dass das Resultat des Referendums, bei dem 57,53% der Wähler für eingeschränkte Ladenöffnungszeiten an den Sonntagen gestimmt haben, mehrere Jahren nach dem Referendum noch immer nicht realisiert worden ist. Einen sehr großen Einfluss übten dabei die slowenischen Handelsketten, die Handelsgesellschaften und die Gewerkschaften aus. Das Referendum berührte die Schlüsselkonflikte der slowenischen Gesellschaft (*religiös versus säkular; traditionell versus modern; Arbeit versus Kapital*).³¹⁴

³⁰⁹ Amtsblatt Nr. 72/2003.

³¹⁰ Amtsblatt Nr. 10-5/00-9/03.

³¹¹ Vgl. a.a.O., Nr. 30/2006.

³¹² Vgl. Ebenda, Nr. 118/2006.

³¹³ Vgl. Ebenda, Nr. 24/2008.

³¹⁴ Vgl. Ewert, 2007, S. 106.

5.8. Die politische Kultur in Slowenien

Eine Demokratie ist mehr als nur die Summe ihrer Institutionen und für ihre Legitimität, für ihr Funktionieren und ihre Nachhaltigkeit benötigt sie eine gesunde politische Kultur. Eine passive und apathische politische Kultur und eine abhängige und schwache Zivilgesellschaft sind mit einer Demokratie nicht in Einklang zu bringen. In dem folgenden Kapitel versuche ich die politische Kultur in Slowenien zu beschreiben und in diesem Zusammenhang betrachte ich anhand von Umfrageergebnissen auch das Maß an Vertrauen, das die Bevölkerung den staatlichen Institutionen und der Demokratie entgegenbringt.

Die politische Kultur ist heute eine wichtige Komponente der politikwissenschaftlichen Forschung, jedoch bleibt das Konzept umstritten.

*„We may agree that culture does affect politics, but the difficulty from an analytic point of view is identifying exactly how political culture exerts its influence in political life.“*³¹⁵

Der Begriff „political culture“ wurde in den Sozialwissenschaften analytisch gut bearbeitet und verweist auf die in einer Gesellschaft verbreiteten subjektiven Deutungsmuster von Politik. Ball und Peters beschreiben den Begriff wie folgt: *„a political culture is composed of the attitudes, beliefs, emotions and values of society that relate to the political system and to political issues.“*³¹⁶

Eine politikwissenschaftliche Nutzung des Begriffes basiert auf der Studie „The Civic Culture“ von Gabriel Almond und Sidney Verba. Anhand deren Meinung hat jedes demokratische System neben einem institutionellen Gefüge eine damit konsistente politische Kultur. Die politische Kultur umfasst dabei *„Kenntnisse und Meinungen über politische Realität, Gefühle über Politik und politische Werthaltungen.“*³¹⁷

Dadurch, dass die politische Kultur die „polity“ beeinflusst, wobei ein Kausalverhältnis zwischen politischer Struktur und Kultur zu verstehen ist, kann politische Kulturforschung *„im Großen und Ganzen mit politischer Partizipations- und Wahlforschung gleichgesetzt werden.“*³¹⁸

³¹⁵ Ball/Peters, 2005, S. 87.

³¹⁶ Ebenda, S. 65.

³¹⁷ Almond, 1987, S. 29, zit. nach Lorig, 2008, S. 31.

³¹⁸ Sturm, 2004, S. 309, zit. nach Lorig, 2008, S. 31f.

Man geht jedoch bei der sozialwissenschaftlichen Untersuchung der politischen Kultur weiter und stellt die politische Kultur als Verkörperung der psychologischen und subjektiven Dimension von Politik dar. Die politische Kultur ist das Ergebnis „sowohl der kollektiven Geschichte eines politischen Systems als auch der Lebensgeschichten seiner einzelnen Mitglieder und wurzelt daher gleichermaßen in öffentlichen Ereignissen und privaten Erfahrungen.“³¹⁹

Die politische Kultur wurde auf der Makroebene und auf der Mikroebene untersucht. Die Makroebene bezieht sich auf die Untersuchung der Gesamtheit einer Gesellschaft oder eines Staates, die Mikroebene auf der Untersuchung der einzelnen Individuen im soziokulturellen System und untersucht ihre politischen Meinungen, Einstellungen und Werte. Dadurch, dass sich die politische Kultur eines Landes an den politischen Einstellungen und am politischen Verhalten der Bevölkerung festmachen lässt,³²⁰ muss auch die persönliche Einstellung der Bürger gegenüber dem politischen System und deren Institutionen berücksichtigt und untersucht werden.

³¹⁹ Pye, 1968, S. 218, zit. nach Lorig, 2008, S. 32f.

³²⁰ Vgl. Sturm, 2004, S. 317, zit. nach Lorig, 2008, S. 34.

5.8.1. Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie

In der politikwissenschaftlichen Literatur zu Mittel- und Osteuropa (MOE) ist die Unzufriedenheit der Bürger mit ihren neuen demokratischen Systemen lange als wenig relevant gesehen worden. Vor allem weil bislang keine demokratiegefährdenden Massenbewegungen stattgefunden haben und weil es prinzipiell zur keiner Ablehnung der Demokratie als politisches System gekommen ist. Trotz allem zeigen sich aber eine niedrige Wahlbeteiligung und eine Enttäuschung von dem neuen demokratischen System im postkommunistischen Mittel-Osteuropa.

Man muss zwischen einer Demokratieunzufriedenheit mit dem neuen demokratischen System und einem Mangel an Demokratieunterstützung unterscheiden. Die Demokratieunzufriedenheit wird von mehreren Faktoren beeinflusst. Erstens vom Vertrauen der Bürger in die wichtigsten demokratischen Einrichtungen, besonders in das Parlament und in die Parteien und zweitens von den Erfahrungen der Bürger mit politischer Beteiligung. Wenn die Interessen der Bürger in dem demokratischen System nicht qualitativ vertreten sind, verhalten sich die Bürger gegenüber dem System eher misstrauisch als unterstützend.³²¹

In der folgenden Grafik aus dem Politbarometer-Bericht vom November 2011 kann man ersehen, dass die Bevölkerung in Slowenien mit dem Funktionieren der Demokratie in starkem Maße unzufrieden ist. Im Dezember 2010 lag die Unzufriedenheitsquote bei 88 Prozent und im November 2011 bei 82 Prozent.

³²¹ Vgl. Varga/Freyberg-Inan, 2009, S. 1f.

Demokratieunzufriedenheit in Slowenien. Die Daten wurden erhoben zwischen Oktober 2010 und November 2011

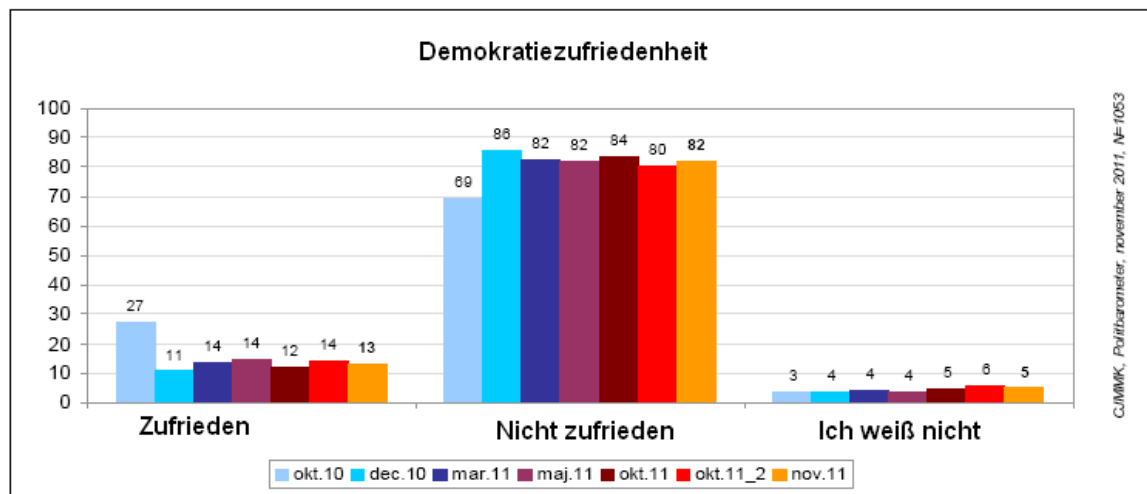


Abbildung 6: Demokratiezufriedenheit in Slowenien im Jahr 2010 und 2011

Quelle: CJM Center za raziskovanje javnega mnenja, (Zentrum für Meinungsforschung), Politbarometer, November 2011

Allerdings ist die Unzufriedenheit mit der Demokratie in Slowenien kein neues Phänomen. Die folgende Grafik zeigt, dass die Bevölkerung seit dem Jahr 1996 mit der Demokratie eher unzufrieden war, da die durchschnittliche Bewertung bei 50 Prozent liegt. Jedoch variiert das Vertrauen in die Demokratie. Ende des Jahres 2010 hat das Vertrauen sowohl in die politischen Institutionen (siehe unten) als auch in die Demokratie den niedrigsten Wert erreicht. Bis Ende des Jahres 2004 war das Vertrauen in die Demokratie wesentlich besser und seit dem Jahr 2005 verschwand zunehmend die positive Einstellung zur Demokratie. Nach dem Ende des Jahres 2010 kann man über ein „*Plafond der Unzufriedenheit mit den politischen Institutionen und der Demokratie*“ sprechen.³²²

³²² Politbarometer, 2010, S. 13.

Demokratieunzufriedenheit seit 1996 bis 2011

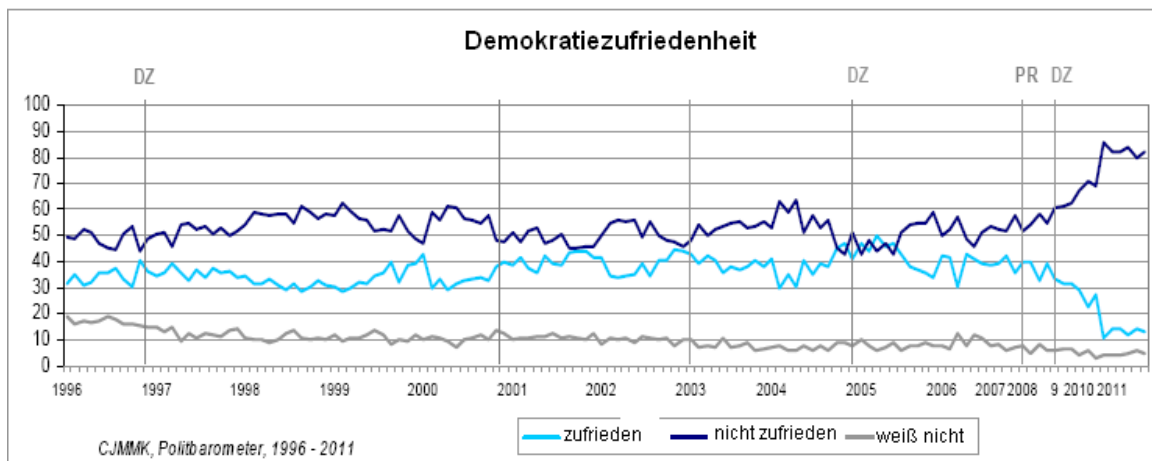


Abbildung 7: Demokratieunzufriedenheit in Slowenien von 1996 bis 2011

Quelle: CJM Center za raziskovanje javnega mnenja, (Zentrum für Meinungsforschung), Politbarometer, November 2011.

In Slowenien ist ein geringeres Vertrauen in das Instrumentarium der direkten Demokratie festzustellen. In der folgenden Grafik aus dem Politbarometer-Bericht vom Dezember 2010 kann man ersehen, dass die Befragten dem direktdemokratischen Instrumentarium eine gewisse Skepsis entgegenbringen.

Die Frage lautete:

„Am Sonntag hatten wir ein Referendum und noch weitere sind vorgesehen. Unterstützen Sie die Möglichkeit, anstelle der Abgeordneten der Staatsversammlung an dem Entscheidungsprozess teilzunehmen?“

Die Frage wurde wie folgt beantwortet:

Abbildung 8:



Abbildung 8: Unterstützung des Referendums

Quelle: CJM Center za raziskovanje javnega mnenja, (Zentrum für Meinungsforschung), Politbarometer, Dezember 2010

Die Unzufriedenheit mit der Demokratie hängt nicht von der Zufriedenheit mit der materiellen Lage des Staates ab. Wie man in der folgenden Grafik sieht, ist die Bevölkerung mit ihren materiellen Bedingungen zufriedener als mit dem Funktionieren der Demokratie.

Unzufriedenheit mit der Lage in Slowenien

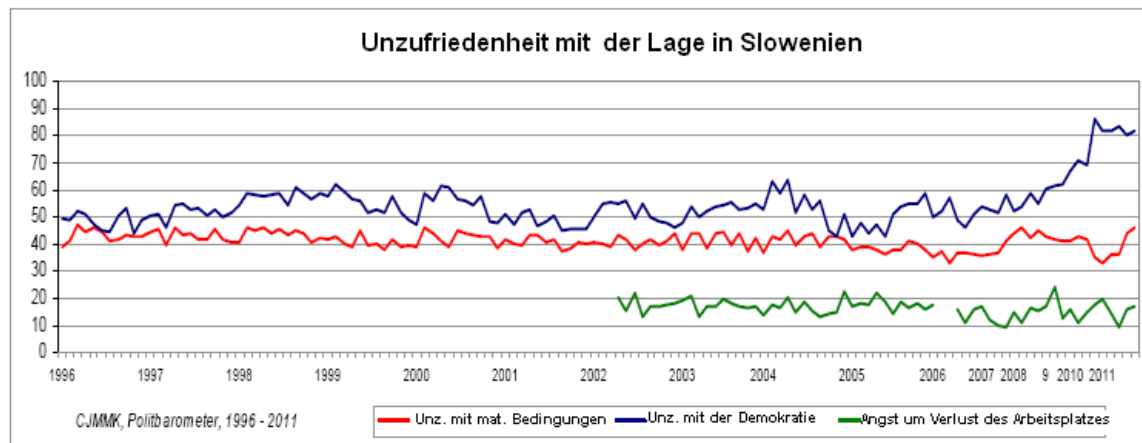


Abbildung 9: Unzufriedenheit mit der Lage in Slowenien und mit der Demokratie

Quelle: CJM Center za raziskovanje javnega mnenja, (Zentrum für Meinungsforschung), Politbarometer, November 2011

Die politischen Parteien in Slowenien wurden als integraler Teil des demokratischen Systems anerkannt. Trotzdem vertraut die Zivilgesellschaft den politischen Parteien und anderen staatlichen Institutionen nicht. Politische Ereignisse haben einen starken Einfluss sowohl auf das Vertrauen in die politischen Parteien als auch in andere staatliche Institutionen. Die höchsten Werte des Misstrauens korrespondieren mit den Perioden der politischen Skandale, mit häufigen Interpellationen von Ministern und damit, wenn die parteiinternen politischen Diskurse öffentlich ausgetragen wurden.³²³

³²³ Vgl. Fink-Hafner/Krašovec, 2011, S.13.

5.8.2. Vertrauen in die politischen Institutionen

Das Vertrauen in die politischen Institutionen ist ein wesentliches Kriterium für eine gut funktionierende Demokratie, da die Bevölkerung mit größerem Vertrauen in das System sich auch ihrer partizipativen Rolle bewusster ist.

Vertrauen in die zentralen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen

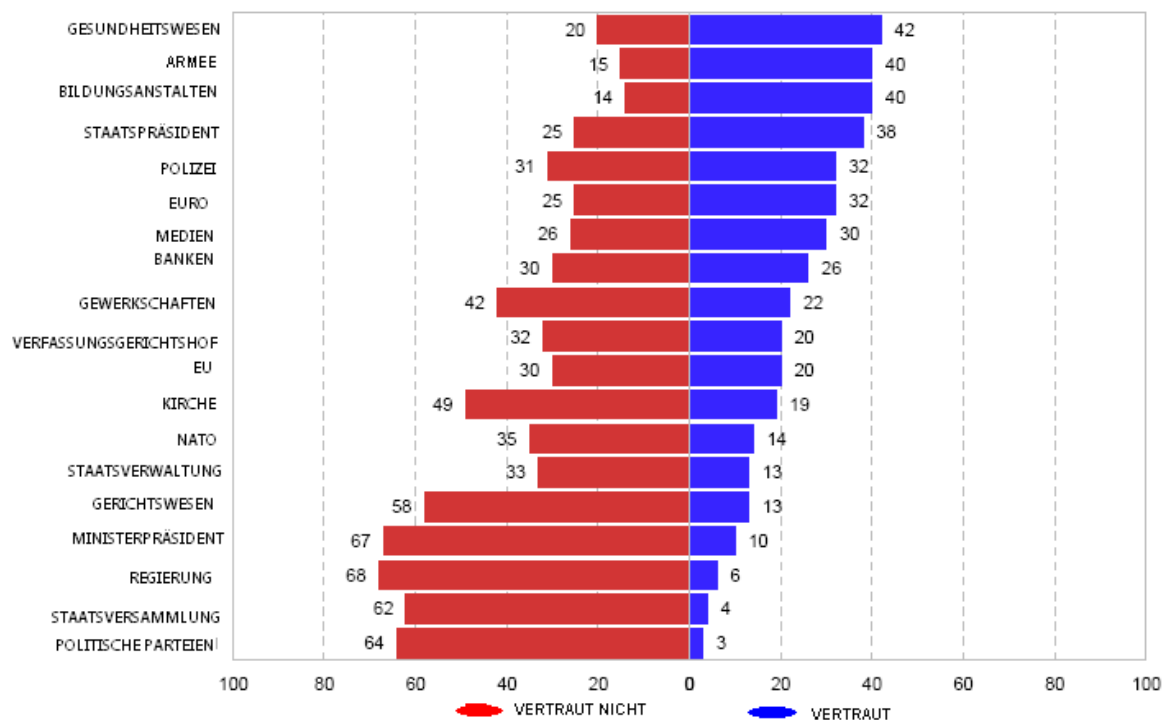


Abbildung 10: Vertrauen in die zentrale staatliche und gesellschaftliche Institutionen

Quelle: Politbarometer 12/2010, S. 24.

Ende des Jahres 2010 waren das Gerichtswesen, der Ministerpräsident, die Regierung, die Staatsversammlung, die Staatsverwaltung und die politischen Parteien am wenigstens vertrauenswürdig. Dagegen waren das Gesundheitswesen, der Staatspräsident, die Armee und das Schulwesen vertrauenswürdiger. Ende des Jahres 2010 hat das Vertrauen in die politischen Institutionen den niedrigsten Wert erreicht. Bis Ende des Jahres 2004 war das Vertrauen in die politischen Institutionen wesentlich besser, aber seit dem Jahr 2005 verlor sich die positive Einstellung. Die durchschnittliche Vertrauensquote lag zwischen den Jahren 1991 und 2004 in die Parteien bei 7,3 Prozent (im Jahr 2010 bei 3 %), in die Regierung bei 27,6 Prozent (im Jahr 2010 bei 6%), in das Parlament bei 17,6 Prozent (im Jahr 2010 bei 4%) und in den Staatspräsidenten bei 44,3 Prozent (im Jahr 2010 bei 38%).

Vertrauen in die zentralen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen (1991-2004)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	2003	2004	≈
Armee	54	60	42	49	29	33	32	35	41,7	43	41,9
Parlament	37	20	15	15	10	11	13	9	20,7	25	17,6
Regierung	43	34	13	13	28	29	28	26	34,7	27	27,6
Kirche	29	20	17	19	21	22	17	22	26,4	-	21,5
Polizei	43	31	21	28	28	34	34	37	39,9	37	33,3
Präsident	68	58	45	45	36	40	42	44	40,6	-	44,3
Gewerkschaften	15	13	11	12	15	14	13	29	39,2	34	19,5
Parteien	12	8	3	5	5	4	6	4	10,1	16	7,3
Medien	34	23	19	24	26	28	32	41	43,6	54	32,5
Gerichte	35	31	25	26	26	24	30	33	35,9	30	29,6
Banken	12	21	28	35	40	44	46	53	58,9	-	37,5
Bildungsanstalten	52	57	57	67	72	69	70	76	80,4	-	66,7

Tabelle 6: Vertrauen in die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen von 1991 bis 2004

Quelle: Ewert (2007), S.146.

Eine generelle Skepsis gegenüber den Akteuren der repräsentativen Demokratie zeigte sich schon in der Analyse zwischen dem Jahr 1991 und 2004. Hohe Vertrauenswerte erhielten nur die Armee (1991-1992), der Staatspräsident (1991-1992), die Medien (2004), die öffentlichen Banken (1998 und 2003) und die nationalen Bildungsanstalten (1991-2004). Dagegen ist das Vertrauen gegenüber dem Parlament und den Parteien äußerst gering. Die Parteien erhielten während des Untersuchungszeitraums durchschnittlich 7.3 Prozent, das Parlament dagegen 17.6 Prozent des Vertrauens. Diese extrem niedrigen Werte sind zum Teil auf den hohen Stellenwert der Selbstverwaltung und des Korporatismus in Slowenien zurückzuführen. Zusammenfassend ist in Slowenien eine relative Skepsis festzustellen, die die Bürger den Institutionen generell entgegenbringen. Besonders drastisch ist das starke Misstrauen gegenüber den Parteien.³²⁴ Das Phänomen könnte man als Verachtung der Parteien oder Verachtung der politischen Institutionen allgemein bezeichnen. Das regt die Diskussion über den Prozess der Demokratisierung in Slowenien, über die Krise des demokratischen Systems oder aber über eine allgemeine Krise der Demokratie an.

Insbesondere in neuen Demokratien ist das politische Vertrauen von großer Bedeutung, seine Generierung scheint aber problematisch sein, da die nichtdemokratischen Vorläuferregime sich viel mehr durch Misstrauen als durch Vertrauen auszeichneten.³²⁵ Die Bevölkerung in diesen Ländern hatte kurz nach dem Regimewechsel nur wenig oder gar keine Erfahrung mit dem demokratischen politischen System, damit kann das politische Vertrauen in neuen Demokratien

³²⁴Vgl. Ewert, 2007, S. 73.

³²⁵Vgl. Merkova, 2004; zit. nach: Braun, 2010, S. 5.

einzig auf die Zukunft ausgerichtet sein. Vertrauen muss nach einem Regimewechsel erst mühevoll aufgebaut werden.³²⁶

Die folgende Grafik vom Eurobarometer zeigt die unterschiedlichen Vertrauensbewertungen in die demokratischen Regierungen zwischen den 27 EU Ländern. In Slowenien war die Unzufriedenheit mit der Regierung Ende des Jahres 2010 bemerkenswert hoch. Von 27 EU Staaten ist Slowenien unter den 7 Staaten, die über 70 Prozent Unzufriedenheit mit der Regierung aufzeigen. Die Bewertung hängt auch von der damaligen Regierungsarbeit ab.

Vertrauen in die nationale Regierung im Vergleich zu 27 EU-Staaten

	%	Eher vertrauen		Eher nicht vertrauen		WN	
		EB 73.4	Diff. EB 72.4	EB 73.4	Diff. EB 72.4	EB 73.4	Diff. EB 72.4
	EU 27	29	0	66	+1	5	-1
	BE	22	-14	76	+15	2	-1
	BG	43	-1	48	+5	9	-4
	CZ	32	-5	67	+6	1	-1
	DK	50	-7	48	+8	2	-1
	DE	32	-8	64	+11	4	-3
	EE	53	+6	44	-5	3	-1
	IE	21	+6	75	-4	4	-2
	EL	25	-19	73	+19	2	0
	ES	20	-9	76	+8	4	+1
	FR	25	+3	71	-2	4	-1
	IT	25	-1	64	-1	11	+2
	CY	43	-10	51	+11	6	-1
	LV	13	+4	85	-3	2	-1
	LT	13	-2	84	+4	3	-2
	LU	66	-2	27	+3	7	-1
	HU	40	+26	44	-34	16	+8
	MT	33	-3	55	+6	12	-3
	NL	47	-2	50	+1	3	+1
	AT	54	0	41	0	5	0
	PL	28	+12	66	-10	6	-2
	PT	20	-12	76	+16	4	-4
	RO	12	-5	85	+9	3	-4
	SI	27	-2	72	+3	1	-1
	SK	38	+2	58	-3	4	+1
	FI	49	+1	48	-1	3	0
	SE	57	+2	40	-1	3	-1
	UK	26	+7	69	-9	5	+2
	HR	13	+1	82	-2	5	+1
	TR	43	-8	52	+7	5	+1
	MK	25	-6	72	+13	3	-7
	IS	34		62		4	

Tabelle 7: Vertrauen in die nationale Regierung im Vergleich zu 27 EU Staaten

Quelle: Eurobarometer, 2010, S. 23.

³²⁶ Offe 2001, zit. nach: Braun, 2010, S. 5.

6. Resümee

Die vorliegende Arbeit habe ich der Frage gewidmet, *ob man in Slowenien über eine Krise der repräsentativen Demokratie sprechen kann*. In der Zusammenfassung sollen meine Forschungsfragen beantwortet und die Ergebnisse meiner Analyse erörtert werden. Im Zentrum der vorliegenden Analyse stand die Qualität der repräsentativen Demokratie in Slowenien.

Die repräsentative Demokratie ist die Regelungsform der slowenischen staatlichen Ordnung, jedoch sind direktdemokratische Elemente in der repräsentativen Demokratie Sloweniens stark eingebettet. Der Herrschaftsträger ist das Volk und übt seine Macht entweder durch seine Repräsentanten oder aber direkt aus. Die Repräsentanten vertreten mit einer gewissen Verantwortung die Interessen, die sich in dem gesellschaftlichen Umfeld herausgebildet haben. Dadurch, dass eine gut funktionierende repräsentative Demokratie von den staatlichen Institutionen, von deren Arbeit und Stabilität, von der Aktivität der Zivilgesellschaft, deren Interessenvertreter und deren politischer Kultur abhängig ist, stellt sich hier die Frage, was eine repräsentative Demokratie gefährdet und eine Krise verursachen könnte. Sind es die staatlichen Institutionen, die Parteien als Repräsentanten der Bevölkerung diejenigen, die mit ihren Handlungen eine repräsentativen Demokratie gefährden, oder ist es auch die Bevölkerung selbst, die durch ihre mangelnde Partizipationsbereitschaft, durch ihren Verlust von Glauben und Vertrauen in das System die Krise mit verursacht. Ich habe sämtliche Kriterien, die nach meinem Verständnis eine Krise der repräsentativen Demokratie ausmachen können, untersucht.

Die mögliche Erklärung von Demokratie und deren beiden Formen, der direkten und der repräsentativen Demokratie, wurden dargelegt. Was eine Krise der repräsentativen Demokratie ausmacht, habe ich beschrieben. Auf Grundlage zweier Demokratieindizes habe ich geprüft, wie in der empirisch vergleichenden Demokratieforschung der Zustand und die Qualität der slowenischen Demokratie eingeschätzt werden. Beide Demokratieindizes schildern eine Verschlechterung der slowenischen Demokratie. Laut „The Economist Intelligence Unit’s Index of Democracy 2010“ ist die slowenische Demokratie von der vollständigen zur defekten Demokratie abgesunken. Als Gründe dafür wurden die geringentwickelte politische Kultur und ein niedriges Partizipationsniveau der Bevölkerung genannt.

In dem zentralen Teil meiner Arbeit gehe ich auf die Untersuchung der möglichen Auslöser und Ursachen für eine Krise der repräsentativen Demokratie ein. Die Analyse des Zustands der

repräsentativen Demokratie in Slowenien wurde anhand der Auswertung politikwissenschaftlicher Einschätzungen und von Umfragedaten durchgeführt. Das politische System wurde betrachtet, um darzustellen, wie die politischen Institutionen miteinander verbunden sind. Daraufhin wurden die Möglichkeiten der direkten Demokratie in Slowenien dargestellt. Ein besonderes Augenmerk wurde auf das Parteiensystem Sloweniens gelegt und auf die Darstellung der slowenischen Parteienlandschaft.

Für eine gut funktionierende repräsentative Demokratie sind sowohl das Verhalten der Elite als auch das Verhalten der Zivilgesellschaft und deren Interessenvertretung von großer Bedeutung. Der zentrale Gegenstand der Untersuchung waren die möglichen Auslöser einer Krise der repräsentativen Demokratie. Die Untersuchung hat gezeigt, dass eine repräsentative Demokratie auf eine aktive Vermittlung zwischen Wählerschaft und Politikern durch die Parteien angewiesen ist. Und weil die Parteien ein wichtiges Entscheidungsgremium in der slowenischen repräsentativen Demokratie sind, wurde auf die Rolle der Parteien eingegangen. In Slowenien herrscht seit Anfang letzten Jahres eine Regierungskrise. Ein allmählicher Niedergang der Mitte-links-Regierung, eine politische Wende nach den Vorwahlen im Dezember 2011 und die darauf folgenden Schwierigkeiten bei der Koalitionsbildung des neu gewählten Mandatars haben das Jahr gekennzeichnet. Meines Erachtens ist die Regierungskrise ein Resultat der stark verankerten Polarisierung zwischen den Parteien, deren Wurzeln sich auch in dem ideologischen Konflikt finden lassen.

Die Besonderheiten der slowenischen Polarisierung habe ich in dem fünften Kapitel dieser Arbeit beschrieben. Ich gehe davon aus, dass die destruktiven Elitenkonflikte die Effizienz der Politik in Slowenien verringern werden. Weil die politischen Gegner versuchen, sich gegenseitig auszugrenzen, und dies anhand der ideologischen Differenzen aus der Vergangenheit tun, wird die Koalitionspolitik erschwert. Das bestätigte sich schlussendlich mit den Problemen der Koalitionsbildung Ende des Jahres 2011.

Durch die starke Polarisierung in Slowenien bietet sich für die populistischen Parteien die Möglichkeit, ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Populistische Parteien in Slowenien sind kein vorübergehendes Phänomen, da sich die Slowenische Nationale Partei mit ihrem Führer Zmago Jelinčič und ihrer nationalistisch-populistischen Rhetorik bereits als fester Bestandteil im Parteiensystem seit der Unabhängigkeit Sloweniens 1991 etabliert hat. Hier muss aber erwähnt werden, dass das Charakteristikum des Populismus in der Parteienlandschaft Sloweniens nicht alleine auf die Slowenische Nationale Partei begrenzt ist, sondern dass sie auch bei anderen Parteien zu finden ist. Ich habe die Slowenische Nationale Partei exemplarisch ausgewählt, weil

sie schon seit der Unabhängigkeit Sloweniens in der politischen Arena kontinuierlich vertreten ist und eine gewisse Aufmerksamkeit und Unterstützung von der slowenischen Bevölkerung erhält. Das Gefährliche daran ist nicht nur der Erfolg der Partei, sondern die lang anhaltende Unterstützung seitens der Bevölkerung. Diese Unterstützung könnte dafür sorgen, dass der Populismus mit seiner spezifischen Rhetorik sich weiter ausbreiten könnte. Als Gegenbewegung zu dem instabilen Parteiensystem in Slowenien bildeten sich starke Akteure heraus, was sich in einer stark personalisierten Politik widerspiegelt. Dies entwickelte sich auf der lokalen politischen Ebene und hat in der Zwischenzeit auch die staatliche Ebene erreicht, was sich bei den Parlamentswahlen 2011 bestätigt hat. Starke Persönlichkeiten, die nicht von der Parteipolitik belastet sind, gewinnen an Bedeutung.

Weiterhin lässt sich eine höhere Wählervolatilität und starke parteiliche Fragmentierung in Slowenien feststellen. Durch die hohe Wählervolatilität und das niedrige Vertrauen in die Parteien, sind diese nicht in der Lage, ihre Wählerschaft stabil an sich zu binden und das Vertrauen der Bevölkerung zu erringen. Wenn man die sinkende Partizipationsbereitschaft, die volatile Wahlbeteiligung, das schwindende Vertrauen in die Institutionen und in die Politiker analysiert, kann man ganz allgemein davon ausgehen, dass die repräsentative Demokratie einiges an politischer Unzufriedenheit mit sich gebracht hat.

Eine lebendige Zivilgesellschaft ist für eine Demokratie erforderlich und stellt eine Notwendigkeit dar. Aus diesem Verständnis heraus habe ich die Rolle der Zivilgesellschaft und ihre Beteiligung bei der Politikgestaltung in Slowenien untersucht. Es muss betont werden, dass sich die slowenische Zivilgesellschaft mit dem Widerstand gegen das ehemalige Regime in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts ausgebildet hat, als die Unabhängigkeit Sloweniens und die Transformation zur Demokratie angestrebt wurden. Im Rahmen meiner Analyse, habe ich die Aktivitäten der Zivilgesellschaft und ihre Vertretung in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Institutionen und Gewerkschaften betrachtet, um die Vermittlungsprozesse zwischen der Bevölkerung und dem Staat zu untersuchen. Da neben den politischen Parteien auch die Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Organisationen und ihre Interessenvertreter die tragenden Säulen der Zivilgesellschaft sind, habe ich auch diese in meiner Untersuchung involviert. Die Untersuchung hat gezeigt, dass ihr Einfluss und ihre Möglichkeit mitzuentcheiden schwächer ist, als es notwendig wäre. Und dies, obwohl sich die Menschen bei vielen politischen und zivilgesellschaftlichen Institutionen beteiligen oder auch in einer Gewerkschaft aktiv sind. Obwohl die Gewerkschaften in Slowenien sehr fragmentiert sind, arbeiten sie zusammen, um die sozialen, wirtschaftlichen und beruflichen

Interessen der Zivilgesellschaft zu vertreten. Jedoch wäre bei dem slowenischen Sozialdialog mehr „Bottom-up-Ansatz“ erwünscht.

Die Verfassung Sloweniens gibt der Zivilgesellschaft weitgehende Rechte und direktdemokratische Möglichkeiten um sich an der Politik zu beteiligen. Mit den Instrumenten der direkten Demokratie ermöglicht der Staat den Bürgern eine unmittelbare Beteiligung bei den Entscheidungen über wichtige politische Fragen. Leider zeigte sich in Slowenien, dass das Parlament den Willen der Wähler nicht immer berücksichtigt und in einigen Fällen diesen Volkswillen schlichtweg negiert hat. Laut Verfassung und laut ZRLI Gesetz sind aber keine Rechtsmittel vorgesehen, um gegen diese Nichtbeachtung vorzugehen. Im politischen Alltag zeigte sich auch, dass das direktdemokratische Instrumentarium von einigen Parteien zu Wahlzwecken missbraucht wird.

Außerdem wird kritisch festgestellt, dass schon 30 Parlamentarier (von 90 Parlamentariern) der Staatsversammlung eine solche Volksabstimmung initiieren können. Es sind mehr die Parteien, die solche Gesetzesreferenden verlangen, als die Bevölkerung, weil sie damit den politischen Gegner blockieren können. Auch dadurch wird das Vertrauen der Bevölkerung in das direktdemokratische Instrumentarium negativ beeinflusst.

Trotz eines gut funktionierenden Systems der repräsentativen Demokratie erleiden die Institutionen in den Augen der Öffentlichkeit einen Legitimitätsverlust. Auf den Bezug der politischen Kultur in Slowenien bin ich in meiner Arbeit eingegangen. Die Mitwirkung der slowenischen Zivilgesellschaft in der repräsentativen Demokratie ist entscheidend, denn nicht nur, dass sie selbst anhand der verschiedenen Instrumente der direkten Demokratie über inhaltliche Angelegenheiten entscheidet, sie wählt auch ihre Repräsentanten, die in ihrem Namen die politische Herrschaft übernehmen. Aber die slowenische Zivilgesellschaft vertraut den demokratischen Institutionen und den Parteien nicht in dem Maße, wie das für eine lebendige Demokratie erwünscht wäre. Das Vertrauen in die politischen Institutionen und in die Demokratie ist messbar und das Ergebnis sagt uns, wie die Bevölkerung mit dem Vorgehen der Institutionen vertraut ist und ob sie mit deren Ergebnissen und Leistungen zufrieden ist. Das Vertrauen der Bevölkerung in die politischen Institutionen ist in Slowenien geringer als je zuvor. Nur ein Drittel der Bevölkerung ist mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden. Dabei frage ich mich, wieviel öffentliche Legitimität eine repräsentative Demokratie braucht um wirkungsvoll zu sein. Anders formuliert: Wie verantwortungsvoll müssen die Repräsentanten mit dem Vertrauen der Bevölkerung umgehen, damit dieses gerechtfertigt ist? Eine Bevölkerung, die sich weigert am politischen Leben teilzunehmen und die kein Vertrauen in die wichtigsten

Institutionen des demokratischen Systems hat, wird die Eliten auch nicht kontrollieren und motivieren können. Dadurch fühlen sich die Politiker gegenüber der Bürgerschaft wenig verpflichtet.

Mit meiner Analyse habe ich festgestellt, dass sich die slowenische repräsentative Demokratie in einer Krise befindet. Wenn ich mir die Ergebnisse meiner Analyse betrachte, muss ich meine Ausgangsfrage mit einem klaren Ja beantworten. Eine gut funktionierende repräsentative Demokratie ist von der Stabilität ihrer Institutionen und der politischen Kultur abhängig. Es erweist sich aber, dass es sehr große Probleme gibt, die dieses Funktionieren behindern.

Bibliographie

Alemann, Ulrich von (2005): Methodik der Politikwissenschaft; Eine Einführung in Arbeitstechnik und Forschungspraxis, Siebte Auflage, Kohlhammer GmbH, Stuttgart.

Alemann, Ulrich von (Hrsg.) (1995): Politikwissenschaftliche Methoden; Grundriss für Studium und Forschung, Westdeutscher Verlag, Opladen.

Alonso, Sonia (2011): Representative democracy and the multinational demos. In: Alonso, Sonia/Keane, Jürgen/Merkel, Wolfgang (Hrsg.): The Future of Representative Democracy, Cambridge University Press, New York.

Alonso, Sonia/Keane, Jürgen/Merkel, Wolfgang (Hrsg.) (2011): The Future of Representative Democracy, Cambridge University Press, New York.

Amna, Erik: New Forms of Citizen Participation (2010): Normative Implications, Nomos, Baden-Baden.

Bachmann, Klaus (2006): Populistische Parteien und Bewegungen in Mitteleuropa. In: Decker, Frank (Hrsg.): Populismus; Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 1. Auflage. S. 216-228.

Ball, Alan R. /Peters, Guy (2005): Modern Politics and Government, Houndmills, Basingstoke, Hampshire; New York: Palgrave Macmillan.

Bayer, Jozsef (2002): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Ostmitteleuropa. In: Österreichischer Zeitschrift für Politikwissenschaft, n. 31, 265-280, online abrufbar unter: http://www.politikberatung.or.at/typo3/fileadmin/02_Studien/6_europa/Rechte_Parteien.pdf [1.12.2011]

Beichelt, Tim (2009): Die Folgen der Osterweiterung für politische Kultur und Demokratie in Mitteleuropa. In: Moritz, Brunn / Jan H. Fahlbusch / Raj Kollmorgen u.a. (Hrsg.): Transformation und Europäisierung. Eigenarten und (Inter-)Dependenzen von postsozialistischem Wandel und Europäischer Integration, Münster, S. 107-130.

Berend, Ivan T. (2007): Social Shock in transforming Central and Eastern Europe, "Communist and Post-Communist Studies", University of California, Los Angeles, S. 269-280.

Berger, Manfred/Johannsen, Arne (2011): Vorsicht Vertrauen; Das Ende der Vertrauensgesellschaft und was danach kommt, 1. Auflage, Edition Wien.

Beyme, Klaus von (2011): Representative democracy and the populist temptation. In: Alonso, Sonia/Keane, Jürgen/Merkel, Wolfgang (Hrsg.): The Future of Representative Democracy, Cambridge University Press, New York.

Boettcher, Alexander (August 2011): Rechtspopulismus in Europa, Fragen und Antworten, Friedrich Ebert Stiftung, Berlin, online abrufbar unter:
<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/08363.pdf> [12.01.2012].

Boss, Ellen (2010): Parteien und Parteiensysteme in den post-sozialistischen Staaten Osteuropas-zwischen Konsolidierung und Krise. In: Schrenk, Klemens H./Soldner, Markus: Analyse demokratischer Regierungssysteme, Wiesbaden, S. 587-597.

Brandt, Neven (2010): Die Regierung der Republik Slowenien. In: Polzer, Miroslav/Brandt, Neven/Polzer-Srienz, Mirjam(Hrsg.): Das politische System Sloweniens in der Zeit vor den EU Beitritt, Hermagoras, Laibach/Klagenfurt/Wien.

Brenneis, Alexander (2009): Das parlamentarische System in Slowenien und Österreich im Vergleich, Leykam, Graz.

Brezovšek, Marjan (2010): Die politischen Parteien in Slowenien. In: Polzer, Miroslav/Brandt, Neven/ Polzer-Srienz, Mirjam (Hrsg.): Das politische System der Republik Slowenien in der Zeit vor dem EU-Beitritt, Hermagoras, Laibach/Klagenfurt/Wien, S. 151-167.

Brunn, Moritz/Fahlbusch, Jan H./Kollmorgen, Jan u.a. (Hrsg.) (2009): Transformation und Europäisierung; Eigenarten und (Inter-)Dependenzen von postsozialistischem Wandel und Europäischer Integration, Münster.

Bučar, France (1998): Demokracija in kriza naših ustavnih institucij (*Demokratie und Krise unserer verfassungsrechtlichen Institutionen*) Nova revija, Ljubljana.

Bučar, France (2007): Rojstvo države; izpred praga narodove smrti v lastno državnost, (*Die Geburt des Staates; Von der Schwelle des Todes der Nation hin zu der eigenen Staatlichkeit*), Didaktika, Ljubljana(Formatisk).

Bučar, France (2009): Slovenci in prihodnost; slovenski narod po rojstvu države (Slowenen und die Zukunft; Slowenische Nation nach der Geburt des Staates), Didaktika, Ljubljana (Formatisk).

Catón, Matthias (2009): Wahlsysteme und Parteiensysteme im Kontext; Vergleichende Analyse der Wirkung von Wahlsystemen unter verschiedenen Kontextbedingungen, Heidelberg: Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft der Ruprecht-Karls-Universität, Diss, online abrufbar unter:
http://archiv.ub.uni-heidelberg.de/volltextserver/volltexte/2009/9054/pdf/wahlsystem_kontext.pdf [12.1.2012]

Cerar, Miro (1996): Zakonodajni referendum in vloga Državnega zbora (*Das gesetzgebende Referendum und die Rolle der Staasversammlung*). In: Brezovšek, Marjan (Hrsg.) (1996): Slovenski parlament – izkušnje in perspektive (*Slowenisches Parlament – Erfahrungen und Perspektiven*), Slovenski politološko društvo (*Slowenischer Verband der Politologen*), Ljubljana.

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt am Main, Edition Suhrkamp 2540.

Dahl, Robert A. (1971): Polyarchie, Participation and Opposition, Yale Univ. Press, New Haven and London.

Dahrendorf, Ralf (2002): Die Krisen der Demokratie. Ein Gespräch mit Antonio Polito, C.H.Beck Verlag, München.

Dauderstädt, Michael (2008): Post-communist Transition, EU Accession and its Social Consequences. In: Swoboda, Hannes/Wiersma, Jan Marinus: Democracy, Populism and Minority Rights, Socialist Group in the European Parliament, S.31-38.

Decker, Frank (2006): Populismus; Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage, Wiesbaden.

Eco, Umberto (2009): Po rakovi poti; vroče vojne in medijski populizem (*Im Krebsgang voran; Heiße Kriege und medialer Populismus*), Mladinska knjiga, Nova Gorica.

Eismann, Wolfgang (Hrsg.)(2002): Rechtspopulismus; Österreichische Krankheit oder europäische Normalität, Czernin Verlag, Wien.

Esaiasson, Peter (2010): Is Citizen Political Involvement Always a Plus? In: Amna, Erik: New Forms of Citizen Participation; Normative Implications, Nomos, Baden-Baden, S. 15-21.

Ewert, Benjamin (2007): Potentiale der direkten Demokratie in Litauen, Slowenien und Ungarn unter besonderer Berücksichtigung der politischen Kultur, Verlag Lang, Frankfurt am Main.

Fink Hafner, Danica (2006): Strankarski sistem v Sloveniji: Od prikrite k transparentni bipolarnosti (*Parteiensystem in Slowenien: Von der heimlichen zur transparenten Bipolarität*), Fakulteta za družbene vede, Ljubljana.

Fink Hafner, Danica/ Hačar Miro (Hrsg.)(2000): Demokratični prehodi I; Slovenija v primerjavi s srednjeevropskimi post-socialističnimi državami (*Übergang zur Demokratie I; Slowenien im Vergleich mit mitteleuropäischen post-sozialistischen Staaten*), FDV Ljubljana.

Fink Hafner, Danica/Krašovec Alenka (2000): Konsolidacija slovenske strankarske arene v primerjevalni perspektivi (*Die Konsolidierung der slowenischen parteilichen Arena in vergleichender Perspektive*). In: Fink Hafner, Danica/ Hačar Miro (Hsg.): Demokratični prehodi I; Slovenija v primerjavi s srednjeevropskimi post-socialističnimi državami (*Übergang zur Demokratie I; Slowenien in Vergleich mit mitteleuropäischen post-sozialistischen Staaten*), FDV Ljubljana, S. 155-176.

Fink Hafner, Danica/Krašovec, Alenka (2011): The stability of the Slovenian Party System: Reasons for the success of failure of new parties, draft version, Ljubljana, online abrufbar unter:<http://www.ecprnet.eu/MyECPR/proposals/reykjavik/uploads/papers/463.pdf> [12.11.2011].

Fink Hafner, Danica/Strmčnik, Berni (1993): Problemi konsolidacije demokracije (*Die Probleme bei der Konsolidierung der Demokratie*), Ljubljana.

Freise, Matthias (2008): Zivilgesellschaft und Engagementpolitik in den neuen Mitgliedstaaten der EU. In: Olk, Thomas/ Klein, Ansgar/Roth, Roland (Hrsg.): Engagemenpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, VS Verlag, Wiesbaden.

Frölich-Steffen, Susanne/Rensmann, Lars (Hrsg.)(2005): Populisten an der Macht; Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa, Braumüller, Wien.

Gebhard, Jürgen (2007): Idee und Wirklichkeit der „Representative Republic“. In: Inklusion durch Repräsentation, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Glücks, Nenad (2007): Dim populizma; SNS na krilih gostilniške politike (*Rauch des Populismus; SNS auf den Flügeln einer Politik auf Stammtischniveau*). In: Delo, vom 30.10.2007.

Godeša, Bojan (2007): Razpotja in dileme slovenskega zgodovinoisja o drugi svetovni vojni po osamosvojitvi Slovenije (*Kreuzweg und Dilemma der slowenischen Geschichtsschreibung des zweiten Weltkriegs nach der Unabhängigkeit Sloweniens*). In: Nova revija 26, n.307/308, S.279-286.

Granberg, Mikael/Aström Joachim (1994): Civic Participation and Interactive Decision-Making: A Case Study. In: New Forms of Citizen Participation, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Hanc, Marjana (2005): Politika se spreminja v nastopaštvo in populizem (*Die Politik verändert sich zu Angeberei und Populismus*). In: Delo, vom 01.07.2005.

Hartleb, Florian (2004): Rechts- und Linkspopulismus; eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 1. Auflage, Wiesbaden.

Hribar, Spomenka (1994): Svitanja (*die Dämmerung*), ČZP Enotnost, Ljubljana.

Jesse, Eckhard/Thieme, Tom (Hrsg.) (2011): Extremismus in den EU-Staaten, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Springer Fachmedien, 1. Auflage, Wiesbaden.

Jungerstam-Mulders, Susanne (2006): Parties and Party Systems in Post-Communist EU Member States: Comparative Aspects, Ashgate Publishing Limited, Hampshire.

Kaučič, Igor (2010): Formen der unmittelbaren Demokratie in Slowenien. In: Polzer, Miroslav/Brandt, Neven/Polzer-Srienz, Mirjam (Hrsg.): Das politische System Sloweniens in der Zeit vor den EU Beitritt, Hermagoras, Laibach/Klagenfurt/Wien.

Kirbiš, Andrej/Flere, Sergej (2011): Državlјanska participacija; primerjevalna analiza postjugoslovanskih entitet (*Bürgerbeteiligung; Vergleichende Analyse postjugoslawischer Einheiten*). In: Grizold, Anton/ Lah, Marko: Teorija in Praksa (*Theorie und Praxis*), družboslovna revija, Ljubljana, Marec-April.

Klepec, Peter (2006): Populizem kot panacea za zagate (post) demokracije? (*Populismus als Allheilmittel für Probleme der Postdemokratie?*) In: Filozofski vestnik, Številka 1, Ljubljana, S.65-80.

Kojc, Janez (2010): Volitve v Državni zbor in politična kultura (*Parlamentswahlen und die Politische Kultur*). In: Prihodnost parlamentarne demokracije; Zbornik strokovnega srečanja ob 20. Obletnici prvih večstrankarskih volitev (*Die Zukunft der parlamentarischen Demokratie; Sammelband der wissenschaftlichen Tagung beim 20. Jubiläums der ersten Mehrparteienwahlen*), Ljubljana.

Kornai, Janos (2006): The great transformation of the Central and Eastern Europe; Success and disappointment. In: Economies of Transition, vol.14, no.2, 207-244.

Krašovec, Alenka (2010): Volitve v Evropski parlament 2009 (*Die Wahlen zum Europäischen Parlament*), FDV Ljubljana.

Krašovec, Alenka/Haughton, Tim (2011): Money, Organization and the state: The partial cartelization of party politics in Slovenia, 11. August, online abrufbar unter: <http://transatlantic.sais-jhu.edu/publications/articles/Tim%20Haughton%20Article.pdf> [1.12.2011].

Krastev, Ivan (2007): Die Stunde des Populismus, Eurozine, 18. September.

Krastev, Ivan (2010): Deepening Dissatisfaction, Journal of Democracy, Volume 21, Number 1, January, online abrufbar unter: <http://www.cls-sofia.org/uploads/files/DEEPENING%20DISSATISFACTION.pdf> [21.12.2011].

Lorig, Wolfgang H. (2008): Politische Kultur. In: Lorig, Wolfgang H. Das politische System Luxemburgs, Eine Einführung, VS-Verlag, Wiesbaden.

Lukšič, Igor (2010): Der Präsident der Republik Slowenien. In: Polzer, Miroslav/Brandt, Neven/Polzer-Srienz, Mirjam(Hrsg.): Das politische System Sloweniens in der Zeit vor den EU Beitritt, Verlag Hermagoras, Laibach/Klagenfurt/Wien.

Mareš, Miroslav (2011): Extremismus in Slowenien. In: Jesse, Eckhard/Thieme, Tom (Hrsg.): Extremismus in den EU-Staaten, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Springer Fachmedien Wiesbaden, 1. Auflage, Wiesbaden.

Maver, Aleš (2007): Mnogoteri obrazi populizma (*Vielfältiger Gesichter des Populismus*). In: Nova revija 26, n. 307/308, S.165-179.

McBride, Cillian (2007): Reason, Representation and participation. In Res Publica 13, S. 171-189.

Meerkamp, Frank (2011): Die Quotenfrage im Volksgesetzgebungsverfahren; Bedeutung und Entwicklung, VS Verlag für Sozialwissenschaften/Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden.

Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden: VS Verlag, 2. Auflage, Wiesbaden.

Meyer, Thomas (2003): Die Theatralität der Politik in der Demokratie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), B 53/2003, S. 12-19.

Meyer, Thomas (2009): Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung, VS Verlag, Wiesbaden.

Münch, Richard (2010): Das Regime des Pluralismus; Zivilgesellschaft im Kontext der Globalisierung, Campus Verlag, Frankfurt am Main.

Münkler, Herfried (Hrsg.) (1992): Die Chance der Freiheit; Grundprobleme der Demokratie, Verlag Piper, München.

Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hrsg.) (2010): Engagementpolitik; Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, VS Verlag, Wiesbaden.

Pelinka, Anton (2008): The Rise of Populism, in: Swoboda, Hannes/Wiersma, Jan Marinus: Democracy, Populism and Minority Rights, Socialist Group in the European Parliament.

Polzer, Miroslav/Brandt, Neven/Polzer-Srien, Mirjam (Hrsg.) (2010): Das politische System Sloweniens in der Zeit vor den EU Beitritt, Hermagoras, Laibach/Klagenfurt/Wien.

Potrč, Zoran (2008): Če je človek blizu ljudem, ga imajo za sebi enakega (*Wenn ein Mensch den Menschen nahe ist, betrachten sie ihn als gleichberechtigt*). In: Delo, Sobotna priloga vom 2.08.2008.

Powell, Eleanor Neff/Tucker, Joshua A. (2010): New Approaches to Electoral Volatility: Evidence from Postcommunist Countries, July 14, New York.

Priester, Karin (2007): Populismus; Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt am Main/New York.

Prunč, Luka/Wessel, Reinhard (2011): Boris Pahors Regierung am Ende – Chronik eines Scheiterns, 28.9.2011, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Rakar, Tatjana/Deželan, Tomaž/Vrbca, Senka/Kolarič, Zinka et al. (2011): Civil Society in Slovenia, Verlag CIP, Ljubljana.

Ramet, Sabrina P. (2010): Central and Southeast European Politics since 1989, Cambridge University press, Cambridge.

Ramet, Sabrina P. / Fink-Hayner, Danica (2006): Democratic transition in Slovenia, Value transformation, Education and Media, Texas A&M University Press.

Rensmann, Lars (2006): Populismus und Ideologie. In: Populismus; Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 1. Auflage, Januar, S. 59–81.

Repe, Božo: „Bili smo blizu sprave, a smo se oddaljili“ (*“Wir waren der Versöhnung nah, aber wir haben uns veriirt“*). In: Delo vom 27. April 2008.

Repe, Božo: „Politika naj neha kuriti pod kotlom z zgodovinskimi temami“ (*„Die Politik soll aufhören mit geschichtlichen Themen das Feuer zu schüren“*). In: Delo vom 6. März 2010.

Repe, Božo: Smo res želeli to? (*Haben wir uns das wirklich gewünscht?*) In: Delo vom 12. November 2010, S.28-30.

Rojko, Katarina (2003): Zakonodajni in ustavni referendum v Sloveniji (*das gesetzgebende- und das Verfassungsreferendum*), FDV Ljubljana, Ljubljana.

Rupnik, Jaques (2007): Populizem v vzhodni in Srednji Evropi (*Populismus in Ost- und Mitteleuropa*). In: Nova revija 26, n. 307/308, S.180-184.

Schmidt, Manfred G. (2008): Demokratietheorien; Eine Einführung, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 4. überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden.

Schrenk, Klemens H./Soldner, Markus (2007): Analyse demokratischer Regierungssysteme, Wiesbaden.

Schiller, Theo (Hrsg.) (1999): Direkte Demokratie in Theorie und kommunaler Praxis, Campus Verlag, Frankfurt/Main; New York.

Schroeder, Wolfgang/Kalass Viktoria (2010): Sozialdemokratie und Gewerkschaften in Mittel- und Osteuropa; Schwache Verbindungen und versteckte Gemeinsamkeiten, Friedrich Ebert Stiftung, online abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07250.pdf> [12.11.2011].

Segert, Dieter (2008): Parteiendemokratie in der Krise. Gründe und Grundlagen in Ostmitteleuropa. In: Osteuropa 2008/1, 49-62.

Segert, Dieter (2009): Sozialer Wandel in Osteuropa nach 1989 und staatssozialistisches Erbe. In: Berliner Debatte Initial Heft 4/2009, S. 120-135.

Segert, Dieter (2010): Osteuropa nach 1989 – ein Labour für die soziale Belastbarkeit unserer Demokratie? In: WISO 33. Jg. Nr. 3.

Skledar, Stefan (2010): Public sector union calls for strike action, Institute of Macroeconomic Analysis and Development, online abrufbar unter:
<http://www.eurofound.europa.eu/eiro/2011/09/articles/si1109019i.htm>
[10.12.2011]

Smith, G.W (Hrsg.) (1998): John Stuart Mill's social and political thought; critical assessments, London and New York.

Spier, Tim (Januar 2006): Populismus und Modernisierung. In: Populismus; Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 1. Auflage, S. 33-59.

Swoboda, Hannes/Wiersma, Jan Marinus (2008): Democracy, Populism and Minority Rights, Socialist Group in the European Parliament.

Thaa, Winfried (Hrsg.) (2007): Inklusion durch Repräsentation, Nomos-Verl.-Ges., Baden-Baden.

Tilly, Charles (2007): Democracy, Cambridge, Cambridge University Press.

Tomšič, Matevž (2002): Politična stabilnost v novih demokracijah (*die politische Stabilität in den neuen Demokratien*), Ljubljana.

Tomšič, Matevž/Prijon, Lea (April 2010): Personalized politics in new democracies; the case of Slovenia, Edinburg, online abrufbar unter:
http://www.psa.ac.uk/journals/pdf/5/2010/1436_1213.pdf [1. 10. 2011].

Toplak, Jurij (2010): Das Wahlrecht in Slowenien. In: Polzer, Miroslav/Brandt, Neven/Polzer-Srienz, Mirjam (Hrsg.): Das politische System Sloweniens in der Zeit vor den EU Beitritt, Hermagoras, Laibach/Klagenfurt/Wien.

Trstenjak, Verica (2010): Grundlage der staatlichen Ordnung in Slowenien. In: Polzer, Miroslav/Brandt, Neven/Polzer-Srienz, Mirjam (Hrsg.): Das politische System Sloweniens in der Zeit vor den EU Beitritt, Hermagoras, Laibach/Klagenfurt/Wien.

Urbinati, Nadia (2011): Representative democracy and its critics. In: Alonso, Sonia/Keane, Jürgen/Merkel, Wolfgang (Hrsg.): The Future of Representative Democracy, Cambridge University Press, New York.

Varga, Michal / Freyberg-Inan, Annette (2009): Demokratie okay, aber für alle?; Demokratieunzufriedenheit und selektive Demokratie in Mittel- und Osteuropa. In Berliner Debatte Initial 20, Berlin.

Veen, Hans-Joachim (2005): Die Entwicklung der Parteiensysteme in den postkommunistischen EU-Beitrittsländern; eine vergleichende Analyse ihrer Errungenschaften und Defizite, Konrad-Adenauer-Stiftung, online abrufbar unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_7001-544-1-30.pdf?050804120233 [4.10.2011].

Verbaj, Matej (2006): After 15 years of independence and a new regime; Active but still weak, Civicus Civil Society Index, Ljubljana, online abrufbar unter: https://www.civicus.org/new/media/CSI_Slovenia_Executive_Summary.pdf [23.10.2011].

Veres, Andreas (2008): Slowenien-Ein Grenzland mit Vorbildfunktion, Verlag Nomos, Baden-Baden.

Vidmar, Jure (2008): Democratic Transition and Democratic Consolidation in Slovenia, Verlag Peter Lang, Frankfurt am Main.

Vospersnik, Stefan (Dezember 2000): Direkte Demokratie in Slowenien; Diplomarbeit zur Erlangung des Magistergrades der Philosophie an der Grund- und Integrativwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, Wien.

Waas, Lothar R. (2007): Repräsentation durch (Massen-) Partizipation und (Eliten-) Kompetenz? John Stuart Mills Considerations on Representative Government. In: Inklusion durch Repräsentation, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Waele de/Jean-Michel (2008): Faces of Populism in Central and Eastern Europe. In: Swoboda, Hannes/Wiersma, Jan Marinus: Democracy, Populism and Minority Rights, Socialist Group in the European Parliament, S.49-65.

Werz, Nikolaus (Hrsg.) (2003): Populismus; Populisten in Übersee und Europa, Leske Budrich, Opladen.

Wessel, Reinhard (2010): Referendum in Slowenien am 6. 6. 2010; Schiedsverfahren zur Lösung des kroatisch-slowenischen Grenzstreit auf dem Prüfstand, Konrad-Adenauer Stiftung, Sankt Augustin, online abrufbar unter: http://www.kas.de/wf/doc/kas_19755-1522-1-30.pdf?100615153150 [23.10.2011]

Willems, Ulrich (Hrsg.) (2002): Demokratie auf dem Prüfstand; Bürger, Staaten, Weltwirtschaft, Leske + Budrich, Opladen.

Zidar, Andraž (1996): Lustracija; Izločitev nasprotnikov demokracije z javnih položajev (*Lustration; Elimination von den Gegner der Demokratie aus öffentlichen Ämtern*), Nova Revija, Ljubljana.

Zidar, Romana/Mesec, Bojana (Januar 2010): Primerjalna analiza o kakovosti socialnega dialoga v Sloveniji, Nemčiji in na Švedskem (*Vergleichende Analyse der Qualität des sozialen Dialogs in Slowenien, Deutschland und Schweden*), Ljubljana, online abrufbar unter: http://www.socialnidialog.si/UserFiles/File/PRIMERJALNA_RAZISKAVA.pdf [28.1.2012].

Zver, Milan/Brezovšek, Marjan/Hačer, Miro (2007): Democratic praxis in Slovenia, Vydavatelství a nakladatelství Aleš Čeněk, Plzen.

Verwendete Online Ressourcen:

- Ace, the Electoral Knowledge Network, Slovenia, online abrufbar unter:
<http://aceproject.org/regions-en/countries-and-territories/SI> [28.01.2012]
- Bertelsmann Transformation index, Slovenia Country Report 2010, online abrufbar unter:
<http://www.bertelsmann-transformation-index.de/bti/laendergutachten/laendergutachten/ostmittel-und-suedosteuropa/slovenia/> [28.01.2012]
- Bertelsmann Stiftung, Strategien der Entwicklung und Transformation, BTI Country Report, Slovenia, online abrufbar unter: <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/bti/laendergutachten/laendergutachten/ostmittel-und-suedosteuropa/slovenia/> [28.01.2012]
- Center za raziskovanje javnega mnenja: Politbarometer 12/2010, December 2010; Javnomnenjske raziskave o odnosu javnosti do aktualnih razmer in dogajanj v Sloveniji, Ljubljana, 22.12.2010. (*Meinungsforschungsinstitut Ljubljana, Politbarometer 12/2010, Öffentliche Meinungsumfragen auf die Haltung der Öffentlichkeit gegenüber der aktuellen Situation und Entwicklungen in Slowenien*), online abrufbar unter:
http://www.cjm.si/sites/cjm.si/files/file/raziskava_pb/pb_dec_2010%20koncno.pdf [28.01.2012]
- Democracy Index 2010; Democracy in retreat; A report from the Economist Intelligence Unit's, online abrufbar unter: www.eiu.com [28.01.2012]
- Državna volilna komisija (Wahlkommission Sloweniens), online abrufbar unter: www.dvk.gov.si [Stand: 17.12.2011]
- Eurobarometer 72, Herbst 2009, National report Slovenia, online abrufbar unter: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_sl_en_exec.pdf [28.01.2012]
- Freedom House; Freedom in the World-Slovenia 2010, online abrufbar unter: <http://freedomhouse.org/template.cfm?page=22&country=7917&year=2010> [28.01.2012]
- Freedom House ;Freedom in the World-Slovenia 2011, online abrufbar unter: <http://freedomhouse.org/template.cfm?page=363&year=2011&country=8132> [28.01.2012]

- Freedom House; Nations in Transit 2011, Slovenia, online abrufbar unter:
<http://www.freedomhouse.org/images/File/nit/2011/NIT-2011-Slovenia.pdf>
[28.01.2012]
- Friderich Ebert Stiftung, online abrufbar unter:
<http://www.fes.de/> [28.01.2012]
- Konrad Adenauer Stiftung, online abrufbar unter:
<http://www.kas.de/> [28.01.2012]
- O.v.: Minimalna plača (Minimallohn), Ministerium für Arbeit, Familie und Soziales, Slowenien, online abrufbar unter:
www.mddsz.gov.si/si/delovna_podrocja/delovna_razmerja_in_pravice_iz_dela/socialno_partnerstvo/minimalna_placa/ [12.12.2011]
- o.V.: Ustavno sodisce razveljavilo poimenovanje Titova cesta (*das Verfassungsgerichtshof annullierte die Strassenbenennung nach Tito*), Online abrufbar unter:
<http://www.rtv slo.si/slovenija/ustavno-sodisce-razveljavilo-poimenovanje-titova-cesta/267677> [Stand: 14.11.2011].
- o.V.: Fremde in der eigene Heimat. In: Der Standard vom 19. 07. 2009, online abrufbar unter:
<http://derstandard.at/1246542518604/Fremde-in-der-eigenen-Heimat> [29.2.2012]
- o.V.: Gesetz für „Ausgelöschte“. In: Der Standard vom 9. 3. 2010, online abrufbar unter:
<http://derstandard.at/1267743627660/Gesetz-fuer-Ausgeloeschte> [15.11.2011].
- o.V.: V državnem zboru ne bo več LDS-a, ZARESA in SNS (*der Abschied von der Parteien LDS, ZARES und SNS aus dem Parlament*). In: Zeitschrift Delo 4.12.2011, online abrufbar unter:
<http://www.delo.si/novice/volitve/v-drzavnem-zboru-ne-bo-vec-lds-zaresa-in-sns.html> [02.01.2012]
- o.V.: DESUS odhaja iz koalicije: Erjavec Pahorju dokončno pomahal v slovo (*DESUS verabschiedete sich aus der Koalition*). In: Politikis 9.5.2011, online abrufbar unter:
<http://www.politikis.si/?p=23774> [15.11.2011]
- o.V.: Überraschungserfolg für die Linken in Slowenien, NZZ online, 5.12.2011, online abrufbar unter:
http://www.nzz.ch/marktplaetze/uebersicht/ueberraschungserfolg_fuer_die_linken_1.13513593.html [01.01.2012]
- o.V.: Schatten der Vergangenheit, OE1 ORF online, 15. 5. 2009, online abrufbar unter:
<http://oe1.orf.at/artikel/214027> [Stand: 14.11.2011].

- Parties and Elections Europe, Slovenia, elections 2011, online abrufbar unter:
<http://www.parties-and-elections.de/index.html> [28.01.2012]
- Slowenische Zeitschrift Demokracija, online abrufbar unter:
<http://www.demokracija.si> [28.01.2012]
- Slowenische Zeitschrift Delo, online abrufbar unter:
www.delo.si [28.01.2012]
- Statistični urad Republike Slovenije; Volitve v državni zbor RS, Slovenija, 21. September, 2008. (*Statistisches Amt der Republik Slowenien, Parlamentswahlen*), online abrufbar unter: http://www.stat.si/novica_prikazi.aspx?id=1947 [28.01.2012]
- Standard Eurobarometer 73, August 2010, online abrufbar unter:
http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb73/eb73_anx_en.pdf [28.01.2012]
- Transparency International, online abrufbar unter:
<http://www.transparency.org/> [28.01.2012]

Gesetzestexte und parlamentarische Materialien

- Amtsblatt der Republik Slowenien Nr. 27/2003, Referendum Nr. 005-02/97-8/31, 15. Juni 2003, online abrufbar unter:
http://www.dvk.gov.si/referendum200303/M1_razpis_trgovina.html
[01.01.2012]
- Amtsblatt der Republik Slowenien Nr. 30/2006 , Nr. 30/2006, online abrufbar unter:
<http://www.uradni-list.si/1/index?edition=200630> [01.01.2012]
- Poročilo o izidu predhodnega zakonodajnega referenduma v zvezi s predlogom zakona o trgovini (*Bericht des Ergebnisses des Gesetzesreferendum über den Entwurf eines Handelsgesetzes*), 10-5/00-9/03, 30.09.2003, online abrufbar unter:
http://www.dvk.gov.si/referendum200303/M1_porocilo_trgovina.html
[28.01.2012]
- Predčasne volitve v državni zbor (Vorgezogene Wahlen zur Staatsversammlung), online abrufbar unter: http://volitve.gov.si/dz2011/rezultati/rezultati_slo.html [01.01.2012]
- URS, Ustava republike Slovenije (*Verfassung der Republik Slowenien, Amtsblatt*), Uradni list RS 33/1991, 28.12.1991, online abrufbar unter:
<http://www.uradni-list.si/1/index?edition=199133> [28.01.2012]

- ZRLI Zakon o referendumu in ljudski iniciativi, Uradni list Republike Slovenije, Nr. 15/1994, 18.03.1994 (*Gesetz über Volksbegehren und Volksabstimmung, Amtsblatt der Republik Slowenien*), online abrufbar unter:
http://zakonodaja.gov.si/rpsi/r09/predpis_ZAKO4439.html [28.01.2012]

Abstract

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Frage, ob man in Slowenien über eine Krise der repräsentativen Demokratie sprechen kann. In Slowenien herrscht seit Anfang letzten Jahres eine Regierungskrise. Ein allmählicher Niedergang der Mitte-links-Regierung, eine politische Wende nach den Vorwahlen im Dezember 2011 und die darauf folgenden Schwierigkeiten bei der Koalitionsbildung des neu gewählten Mandatars haben das Jahr gekennzeichnet. Die Regierungskrise ist ein Resultat der stark verankerten Polarisierung zwischen den Parteien, deren Wurzeln sich auch in dem ideologischen Konflikt finden lassen. Die destruktiven Elitekonflikte verringern die Effizienz der Politik und eine Koalitionspolitik wird dadurch erschwert. Durch die starke Polarisierung in Slowenien bieten sich die Möglichkeiten für eine populistische und personalisierte Politik, die an Bedeutung gewinnt. Weiterhin lässt sich eine hohe Wählervolatilität und starke parteiliche Fragmentierung in Slowenien feststellen, die mit einem immer geringeren Vertrauen der Bevölkerung in die Parteien einhergeht. Die Parteien sind nicht in der Lage, ihre Wählerschaft stabil an sich zu binden und das Vertrauen der Bevölkerung zu rechtfertigen.

Weiter wurden die Möglichkeiten der direkten Demokratie in Slowenien untersucht. Da die repräsentative Demokratie in Slowenien mit Elementen der direkten Demokratie stark verflochten ist, hätte man erwartet, dass die Bevölkerung an einer höheren Partizipation interessiert ist und der Demokratie mehr Vertrauen entgegenbringt. Aber es zeigt sich im politischen Alltag, dass das direktdemokratische Instrumentarium von einigen Parteien zu Wahlzwecken missbraucht wird, und dass nicht alle Entscheidungen, die durch Volksabstimmungen getroffen werden, in der Politik auch implementiert werden. In der Praxis wurde auch beobachtet, dass die Gesetzesreferenden mehr von den Parteien als von der Bevölkerung initiiert worden waren, und dies oft in der Absicht sich gegenseitig zu blockieren. Außerdem kann festgehalten werden, dass das sinkende Vertrauen in die politischen Institutionen und in die Demokratie die repräsentative Demokratie in Slowenien maßgeblich gefährdet, denn eine unterstützende politische Kultur wäre für ihre Stabilität von großer Bedeutung. Demokratieunzufriedenheit geht auch mit einem geringeren Vertrauen der Bürger in die zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften und mit einer Zunahme von gewaltsamen Demonstrationen der Bevölkerung einher. Mit meiner Analyse habe ich festgestellt, dass sich die slowenische repräsentative Demokratie in einer Krise befindet. Eine gut funktionierende repräsentative Demokratie ist von der Stabilität ihrer Institutionen und der politischen Kultur abhängig. Diese weisen aber jedoch Probleme auf.

Curriculum Vitae

Personalien

Vorname	Julija
Nachname	Golob
Geboren	4. Juli 1985 Maribor/Slowenien
Nationalität	Slowenisch

Ausbildung

Seit 2005	Universität Wien Studium der Politikwissenschaft Spezialisierungsmodule: Internationale Politik, Europa und Europäische Union, Politik Ost-, Süd- und Mitteleuropa
10. 2005-06. 2006	EU Kurs CIFE (Centre international de Formation Européenne)
2000–2004	Humanistisches Gymnasium Maribor/Slowenien Matura

Arbeitserfahrungen

Seit April 2011	Noack&AG, Wien Vollbeschäftigung
03. 2009-07. 2011	Regio Plan GmbH, Wien (projektbezogene Arbeit) Marktforschung und Ausarbeitung der Marktanalysen in CEE Staaten
03. 2010-06. 2011	Slowenisches Wissenschaftsinstitut Wien (projektbezogene Arbeit) Assistenz bei der Durchführung der wissenschaftlichen Projekte
10. 2004-04. 2005	Europäisches Parlament, Brüssel Praktikum

Sprachen

Slowenisch	Muttersprache
Deutsch	sehr gut in Wort und Schrift
Englisch	sehr gut in Wort und Schrift
Kroatisch/Serbisch	gut in Wort und Schrift
Spanisch	Grundkenntnisse